



13. Sitzung

Mittwoch, 1. Oktober 2008

Vorsitzende: Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog und Vizepräsidentin Nebahat Güclü

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 619

Abwicklung und Ergänzung
der **Tagesordnung** 619

Aktuelle Stunde 619

Fraktion der CDU:

**Moorburg – Perspektiven der
Energiepolitik**

mit

Fraktion der GAL:

**Moorburg – Perspektiven der
Energiepolitik**

Jens Kerstan GAL 619, 629
Frank Schira CDU 620
Michael Neumann SPD 621
Dora Heyenn DIE LINKE 622, 628
Anja Hajduk, Senatorin 623
Jenny Weggen GAL 625
Rüdiger Kruse CDU 626
Ingo Egloff SPD 627
Dr. Monika Schaal SPD 630
Norbert Hackbusch DIE LINKE 631

Fraktion der SPD:

**Elbphilharmonie: Vom Glanz-
projekt zum Millionengrab?**

Dr. Peter Tschentscher SPD 632
Brigitta Martens CDU 632
Dr. Karin von Welck, Senatorin 633
Dr. Eva Gümber GAL 635
Norbert Hackbusch DIE LINKE 636
Andy Grote SPD 636

Fraktion DIE LINKE:

**Rückwirkungen der Finanzkri-
se auf Hamburg– Das Desaster
der HSH Nordbank und die öf-
fentlichen Finanzen**

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Bericht des Haushaltsausschusses
über die Drucksache 19/918:

Haushaltsplan 2008		Beschluss, Besprechung erfolgt	654
Einzelplan 4 – Mehrbedarf im Deckungskreis 43 "Kindertagesbetreuung" – Mehrbedarf im Deckungskreis 46 "Hilfen für Erziehung, Inobhutnahmen und sonstige Einzelfall-Hilfen nach dem SGB VIII" (Senatsantrag)		Antrag der Fraktionen der GAL und CDU:	
– Drs 19/1097 –	638	Deutschkurse für geduldete Flüchtlinge	
Dr. Friederike Föcking CDU	638	– Drs 19/1123 –	654
Thomas Böwer SPD	639	dazu	
Christiane Blömeke GAL	641	Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
Mehmet Yildiz DIE LINKE	642	Deutschkurse für geduldete Flüchtlinge	
Stephan Müller CDU	642	– Drs 19/1199 –	654
Dr. Peter Tschentscher SPD	643	Bettina Machaczek CDU	654
Beschlüsse	643	Bülent Ciftlik SPD	655, 657
Bericht des Unterausschusses über die Drucksache 19/23:		Antje Möller GAL	655, 657
Kein Kohlekraftwerk in Moorburg (Antrag der SPD-Fraktion)		Mehmet Yildiz DIE LINKE	656
– Drs 19/1120 –	643	Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	657
Beschluss	644	Beschlüsse	657
Antrag der Fraktion der GAL:		Antrag der Fraktion der SPD:	
Technologiepark Vorhornweg vorbildlich und flächensparend gestalten		Qualität der Pflege sichern – Ausbildungsplätze in der Altenpflege fördern – Ausbildungsplatzumlage in der Altenpflege	
– Drs 19/1113 –	644	– Drs 19/1114 –	658
Horst Becker GAL	644, 646	Dirk Kienscherf SPD	658, 663
Stephan Müller CDU	644	Egbert von Frankenberg CDU	659
Anne Krischok SPD	645	Christiane Blömeke GAL	660
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	646	Christiane Schneider DIE LINKE	662
Beschlüsse	647	Beschluss	663
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:		Senatsmitteilung:	
Perspektiven des Taxengewerbes in Hamburg		Bericht zum Verkauf von städtischen Grundstücken für den Geschosswohnungsbau	
– Drs 19/887 –	647	– Drs 19/1048 –	663
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	647, 653	Beschluss	663
Jörn Frommann CDU	648	Gemeinsame Beratung	
Ole Thorben Buschhüter SPD	649	Bericht des Eingabenausschusses:	
Martina Gregersen GAL	650	Eingaben	
Anja Hajduk, Senatorin	651	– Drs 19/1087 –	663

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 19/1088 –

663

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetzes (Senatsantrag)

– Drs 19/1051 –

665

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 19/1089 –

663

dazu

Antrag der Fraktionen der GAL und CDU:

Beschlüsse

663

Viertes Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetzes

– Drs 19/1192 –

665

Sammelübersicht

664

Beschlüsse

664

Beschlüsse

665

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Mittelverwendung der Ausgleichsabgabe für Schwerbehinderte in Hamburg

– Drs 19/599 –

664

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/744:

Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern für das Kalenderjahr 2008 (Senatsantrag)

– Drs 19/1090 –

665

Beschluss, Kenntnisnahme ohne Besprechung

664

Beschlüsse

665

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Erkenntnisse aus dem „Jahresbericht 2007 der bezirklichen Jugendämter zum Kinderschutz“: Situation der Allgemeinen Sozialen Dienste (ASD) sowie Leistungen der bezirklichen Jugendämter

– Drs 19/946 –

664

Bericht des Umweltausschusses über die Drucksache 19/590:

Artenschutz am Gebäude: Ein Platz für den Spatz! (Antrag der SPD-Fraktion)

– Drs 19/1085 –

665

Beschluss

665

Beschluss, Besprechung beantragt

664

Bericht des Schulausschusses über die Drucksache 19/12:

Volkspetition "Wiederherstellung der Lernmittelfreiheit" (Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft)

– Drs 19/1119 –

665

Senatsantrag:

Entwurf eines Gesetzes zur Gewährung einer Einmalzahlung für das Jahr 2008

– Drs 19/1146 –

664

Beschluss

666

Beschlüsse

664

Antrag der Fraktion der SPD:

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/895:

Explodierende Energiekosten für Geringverdiener auffangen – Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger

– Drs 19/1116 –

666

Beschluss [666](#)

Antrag der Fraktion der CDU:

**Verwendung der Mittel aus der
Tronc-Abgabe des Jahres
2007, Haushaltsplan 2008, Titel
9500.971.01**

– Drs 19/1117 (2. Neufassung) – [666](#)

Beschlüsse [666](#)

Beginn: 15.02 Uhr

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Zunächst freue ich mich, dass bei unserer heutigen Sitzung Gäste unserer Partnerstadt Chicago anwesend sind. Ich begrüße Herrn Alderman Brandon Reilly und seine Delegation.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Reilly ist verantwortlich für den Innenstadtbereich Chicagos und möchte sich in Hamburg über stadtentwicklungspolitische Themen, hier insbesondere die HafenCity, informieren. Ich heiße Sie herzlich willkommen in unserer Stadt.

Meine Damen und Herren! Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats sind die Fraktionen übereingekommen, auch den Tagesordnungspunkt 29 zu vertagen. Es handelt sich dabei um den Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/1118.

Wir kommen dann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind vier Themen angemeldet worden, und zwar von der CDU-Fraktion

Moorburg – Perspektiven der Energiepolitik

von der SPD-Fraktion

Elbphilharmonie: Vom Glanzprojekt zum Millionengrab?

von der GAL-Fraktion

Moorburg – Perspektiven der Energiepolitik

und von der Fraktion DIE LINKE

Rückwirkungen der Finanzkrise auf Hamburg – Das Desaster der HSH Nordbank und die öffentlichen Finanzen

Die Fraktionen sind übereingekommen, das erste und das dritte Thema gemeinsam zu debattieren. Dazu rufe ich nun auf. Wer wünscht das Wort? Herr Kerstan, bitte.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die grüne Umweltsenatorin Frau Hajduk sah sich gestern gezwungen, für den Bau des Kohlekraftwerks in Moorburg eine Genehmigung mit Einschränkungen zu erteilen. Wir Grüne haben damit unser politisches Ziel, den Bau zu verhindern, nicht erreicht. Für uns ist das bitter, denn wir als Klimaschutzpartei lehnen auch weiterhin den Neubau von Kohlekraftwerken ab.

So absurd es auch klingen mag, Bundesgesetze erlauben es nicht, dass bei der Genehmigung eines Kraftwerks der Kohlendioxidausstoß eine Rolle spielen darf geschweige denn die Sinnhaftigkeit von Kraftwerken oder einer Energiepolitik. Das gibt den gewinnorientierten Konzernen wie Vattenfall viele Trümpfe in die Hand und der Politik sind in weiten Teilen die Hände gebunden. Wir Grüne werden dieses Thema bei der nächsten Bundestagswahl zu einem wichtigen Thema in der politischen Auseinandersetzung machen.

Dennoch hat die grüne Umweltsenatorin ihre Möglichkeiten bis zur Grenze ausgeschöpft. Die Teilablehnung der wasserrechtlichen Genehmigung wird Vattenfall nicht erlauben, das Kraftwerk so, wie es beantragt wurde, zu betreiben. Das Kraftwerk kann an 250 Tagen im Jahr nicht mit Volllast betrieben werden. In den Sommermonaten müssen beide Blöcke zum Teil komplett stillgelegt werden. Der zweite Block des Kraftwerks wird im Durchschnitt des Jahresverbrauchs nur zu einem Drittel betrieben werden können.

Wenn Vattenfall angesichts dieser Situation dennoch beabsichtigt, das Kraftwerk ohne jede Änderung zu bauen, dann zeigt dies eines: Vattenfall will seine Interessen ohne Rücksicht auf Verluste, aber auch ohne Rücksicht auf klima- und naturschutzrechtliche Belange durchsetzen. Wenn man das so sieht, hofft Vattenfall darauf, nach der nächsten Bürgerschaftswahl eine uneingeschränkte Genehmigung von einer anderen politischen Mehrheit erteilt zu bekommen und damit befinden wir uns nicht am Ende der Auseinandersetzung mit Vattenfall, sondern mittendrin.

(Ingo Egloff SPD: Stimmt!)

Wir Grüne haben sehr genau verfolgt, wer sich in dieser Auseinandersetzung auf wessen Seite geschlagen hat. Es waren führende Hamburger Sozialdemokraten, die durch ihre wiederholte Forderung, dieses Kraftwerk zu genehmigen, den Grünen in ihrem Kampf für Klimaschutz und Naturschutz in den Rücken gefallen sind.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Dirk Kienscherf SPD: Das ist doch Ihr Versagen gewesen!)

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass der SPD-Umweltminister Gabriel das Festhalten am Atomausstieg anscheinend dazu benutzen will, um praktisch an jeder Ecke dieser Republik den Bau eines Kohlekraftwerks durchzuführen.

(Zuruf von der SPD: Der Einzige, der das genehmigt hat, sind Sie!)

Es ist schon ein Treppenwitz, wenn die Fraktionsvorsitzende der LINKEN angesichts drohender Rechtsstreitigkeiten mit Vattenfall einen privaten Energiekonzern mit Monopolgewinn befürchtet, so wie es gestern in der Zeitung zu lesen war. An an-

(Jens Kerstan)

derer Stelle sind Sie nicht so zimperlich und pflegen eine harte antikapitalistische Rhetorik. Das kann wenig verwundern, denn in Ostdeutschland pflegt Ihre Partei, DIE LINKE, in Treue fest ohne Wenn und Aber zu Vattenfall zu stehen beim Braunkohletagebau und dem Betrieb von Braunkohlekraftwerken, die ein klimapolitischer Albtraum sind.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Wolfgang Beuß CDU: Hört, hört!*)

Meine Damen und Herren! Wir haben in diesem Haus schon oft darüber geredet und waren uns einig, dass der Verkauf der HEW ein schwerer politischer Fehler war. Nun ist es Zeit für die Politik zu handeln. Hamburg braucht mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt, Hamburg braucht einen Energieversorger, der dem Klimaschutz und dem Allgemeinwohl verpflichtet ist. Deshalb hat sich die schwarz-grüne Koalition darauf geeinigt, ein neues Stadtwerk zu gründen. Schon im nächsten Jahr soll die "Hamburg Energie" in einem ersten Schritt allen Hamburgerinnen und Hamburgern saubere Energie ohne Kohle- und Atomstrom anbieten.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der CDU – *Dr. Monika Schaal SPD: Das wird LichtBlick aber freuen!*)

Mit "Hamburg Wasser" steht dafür ein öffentliches Unternehmen bereit, dessen hohe Qualität und Serviceorientierung alle Haushalte in Hamburg kennen und schätzen gelernt haben. Hamburg begibt sich damit auf den Weg, eine zukunftsfähige und klimaschutzgerechte Energieversorgung aufzubauen und sich vom Energiemonopolisten Vattenfall unabhängig zu machen. Diesen Weg wollen wir konsequent für den Klimaschutz in dieser Stadt weitergehen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Schira.

Frank Schira CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestern hat der Senat über den Vattenfall-Antrag entschieden. CDU und GAL haben sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, diese Entscheidung völlig unideologisch und nach Recht und Gesetz zu treffen und dies ist erfolgt.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD: Muss man sich dafür entscheiden?*)

Zu der gestrigen Entscheidung gehört auch, dass wir wieder mehr Marktwirtschaft und mehr Wettbewerb auf dem Hamburger Energiemarkt haben wollen. Die angestrebte Gründung eines stadteigenen Energieversorgungsunternehmens soll allen Hamburgerinnen und Hamburgern nützen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die SPD hat in den Neunzigerjahren die HEW und die Hamburger Gaswerke verkauft.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE: Und wer hat zugestimmt?*)

Ich weiß auch, dass wir als CDU seinerzeit die vermeintlichen Vorteile einer Privatisierung öffentlicher Versorgungsunternehmen gepriesen haben. Aber die Welt hat sich verändert und ein stures Festhalten an einer wie auch immer gearteten reinen Lehre darf es heute nicht mehr geben; die Welt hat sich weiter entwickelt. Deshalb müssen wir in vielen Lebensbereichen umdenken und vor allen Dingen – da fordere ich auch die Sozialdemokraten auf – neu nachdenken.

(*Dr. Monika Schaal SPD: Wir haben schon nachgedacht! – Ingo Egloff SPD: Denken Sie mal über Atomstrom nach!*)

Das gilt für die Energiemärkte, das gilt aber auch für die allgemeine Sensibilität in Fragen des Umweltschutzes.

Wir leben in einer unsicheren Welt. Das sehen wir deutlich an der Finanzkrise, die über uns gekommen ist. Wir müssen die soziale Marktwirtschaft wieder so interpretieren und leben, dass die Menschen sich sicher fühlen. Die Menschen haben eine tiefe Sehnsucht nach Stabilität und verlässlichen Verhältnissen. Wir müssen die Ängste nicht nur ernst nehmen, sondern auch entsprechend handeln.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Dazu muss der Staat auch seine ordnungspolitischen Verpflichtungen erfüllen. Wir wurden gewählt, um Verantwortung zu übernehmen. Die Menschen erwarten von uns zum Beispiel die Bereitstellung einer Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen. Unser Ziel ist ambitioniert und es gibt nichts umsonst, das wissen wir auch. Aber wir müssen den Mut finden, eingefahrene Denk- und Handlungspfade zu verlassen.

CDU und GAL haben sich im Koalitionsvertrag zu einer objektiven Prüfung des Bauantrags verpflichtet. Es wurde durch die intensive Prüfung keine politische, sondern eine rein sachliche und fachliche Entscheidung vorbereitet. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt hat den Antrag anhand der bundesweit geltenden Rechtslage geprüft. So war es vereinbart und so wurde es gemacht.

(*Dr. Monika Schaal SPD: Amen!*)

Als wir im April den Koalitionsvertrag unterschrieben haben, wusste keiner von den beiden Partnern, weder wir von der CDU noch unsere Kollegen von der GAL, ob Moorburg gebaut werden kann oder nicht. Die Entscheidung ist jetzt da, die Genehmigung ist erteilt,

(Frank Schira)

(Ingo Egloff SPD: Weihnachten kommt genauso überraschend!)

die Auflagen zum Schutz der Umwelt sind Bestandteil dieser Genehmigung. Vattenfall kann das Kraftwerk so bauen, wie es Frau Hajduk gestern erläutert hat. So wird die Elbe nicht über Gebühr belastet und wir sichern damit langfristig die Energieversorgung Hamburgs.

Die CDU-Fraktion – das sage ich hier ganz ausdrücklich – hat Respekt vor Ihrer Entscheidung, Frau Senatorin Hajduk.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir stehen zu dieser Entscheidung mit den enthaltenen Auflagen. Wir hielten und halten als CDU-Fraktion den Bau von Moorburg für notwendig. Wir stehen aber auch für uns selbst und vor allen Dingen für die nachfolgende Generation in der Verpflichtung zum Erhalt der Schöpfung. Das Ergebnis der Prüfung zeigt einen guten Weg. Es ist nicht der Erfolg oder Misserfolg des einen oder anderen Koalitionspartners. Es ist die Umsetzung unserer Koalitionsvereinbarung. Wir haben keinen Grund, die gestrige Entscheidung zu bedauern, aber – das sage ich ausdrücklich – wir haben auch keinen Grund zum Jubeln. Es ist nicht populär, den Bau eines Kraftwerks zu genehmigen. Dieses Kraftwerk, so wie es jetzt genehmigt ist, erfüllt die rechtlichen Anforderungen. Deshalb erhält Vattenfall die Baugenehmigung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Neumann.

Michael Neumann SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kerstan hat von einer bitteren Niederlage der GAL gesprochen und damit hat er sicherlich recht. Auch Frau Hajduk sagte gestern, dass ihr die Entscheidung schwer gefallen sei. Das glaube ich ihr besonders deshalb, weil man weiß, wie sich der Koalitionspartner der Grünen über diese Entscheidung ins Fäustchen lacht.

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist Blödsinn!)

Wenn Sie gerade davon gesprochen haben, wer Ihnen in den Rücken gefallen sei, Herr Kerstan, dann sollten Sie das einmal in der Koalitionsrunde besprechen; die Sozialdemokraten waren es sicherlich nicht.

(Beifall bei der SPD)

Durch die gestrige Entscheidung für den Bau des Kohlekraftwerks lässt sich zum einen beschreiben, dass Vattenfall weiterhin über eine Klage nachdenkt. Auf der anderen Seite will auch der BUND klagen, die Handelskammer ist immerhin skeptisch und an der GAL-Basis brodelt es, weil sich die Kol-

legen der GAL, in Teilen jedenfalls, von der CDU über den Tisch gezogen fühlen. Im Ergebnis hat das Vertrauen in Politik durch die verschiedenen Winkelzüge und geheimen Nebenabsprachen aus unserer Sicht nachhaltig Schaden genommen und auch das Vertrauen in Zusagen von Senatoren, Bürgermeister und vom Gesamtsenat unserer Stadt an Investoren hat nachhaltig Schaden genommen.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings wird die schwarz-grüne Koalition es überleben und deshalb scheint es Ihnen, liebe Kollegen der GAL und der CDU, vielleicht nicht wichtig, dass der Schaden am Image unserer Stadt erheblich war. Uns Sozialdemokraten ist es schon wichtig und wir bedauern ausdrücklich, welche Schmierkomödie zum Teil um diese Baugenehmigung stattgefunden hat.

(Beifall bei der SPD – Frank Schira CDU: Das fällt auf Sie zurück!)

Ich stelle für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fest, dass die Idee der eigenen Stadtwerke eine sehr gute ist, auch wenn sie in dieser Situation als Schmiermittel, als Gleitmittel für die GAL-Basis missbraucht wird. Richtig war diese Idee der Stadtwerke auch schon vor der gestrigen Genehmigung und sie war auch richtig, als Herr Gedaschko unsere Initiative für Stadtwerke noch als Wolkenkuckucksheim bezeichnete. Die Gründung von Stadtwerken war auch schon richtig, als Herr Freytag noch seine Behörde unser Regierungsprogramm teuer rechnen ließ und immer wieder über Kosten von mindestens 2 Milliarden Euro für diese Stadtwerke schwadronierte.

Ihre Positionen, Herr von Beust, Herr Freytag, Herr Gedaschko und Herr Schira zeigen aber mal wieder die völlige Beliebigkeit, im Wahlkampf Stadtwerke abzulehnen und wenn es als Schmiermittel für die GAL-Basis reicht, auf einmal ganz engagiert das Hohelied der Stadtwerke zu singen.

(Beifall bei der SPD – Kai Voet van Vormizele CDU: Von Beliebigkeit haben Sie viel Ahnung!)

Dieses Lied der Beliebigkeit hat nicht nur die Strophe der überteuren Stadtwerke, es hat auch die Strophe des Straßenkampfes um jedes einzelne Gymnasium, es hat die Strophe der umkämpften Stadtbahn,

(Viviane Spethmann CDU: Wofür steht die SPD überhaupt?)

es hat die Strophe, dass angeblich "Mehr Demokratie" die Demokratie abschaffen würde und es hat die Strophe, dass Sie mittlerweile die Abschaffung des Elternwillens vertreten. Das alles macht deutlich, dass die CDU völlig beliebig geworden ist in ihren Positionen.

(Michael Neumann)

(Beifall bei der SPD – *Viviane Spethmann CDU*: Das ist die falsche Debatte!)

Das von Ihnen heute gemeinsam angemeldete Thema lautet: Moorburg – Perspektiven der Energiepolitik. Die Perspektive nach dieser Genehmigung vom gestrigen Tage ist, dass erstens das Kohlekraftwerk gebaut wird und zweitens die Auflagen nur eine Zweidrittel-Leistung dieses Kraftwerks ermöglichen. Das macht das Kraftwerk nicht nur unwirtschaftlich, sondern vermutlich auch weniger effizient. Das bedeutet im Ergebnis, dass wir ein sehr großes Kraftwerk in unserer Stadt haben. Es wird ab 2014 dort auch noch Fernwärme produziert, die nach Ihrem Wunsch überhaupt nicht mehr ins Netz eingespeist werden sollte – im Ergebnis also zumindest klimapolitisch ein Schildbürgerstreich.

(Beifall bei der SPD)

Wie konnte es zu diesem Dilemma kommen und wem verdanken wir das? Wir verdanken es in erster Linie der Beliebigkeit des Bürgermeisters Herrn von Beust. Es war sein Fehler, Vattenfall die Verdoppelung der Kraftwerksleistung anzudienen, es war sein Fehler, Vattenfall die Genehmigung zu signalisieren, es war sein Fehler, mit Vattenfall öffentlich Vereinbarungen zum Bau des Kraftwerks zu zelebrieren, es war sein Fehler, in den Koalitionsverhandlungen nicht die Unumkehrbarkeit all dieser Fehlentscheidungen deutlich zu machen und es war sein Fehler, die GAL im Glauben zu lassen, es gebe noch zulässige rechtliche Hebel, um das Kraftwerk zu verhindern. Diese Fehler hätte ein Bürgermeister, dem die Verlässlichkeit von Politik in unserer Stadt Hamburg wichtig ist, ganz gewiss nicht gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Aber, Herr von Beust, so ein Bürgermeister sind Sie nun einmal nicht. Ihnen sind Verlässlichkeit und Vertrauen nicht wichtig, wenn es um Ihr Amt geht. Ihnen geht es um Machterhalt vor Vertrauen und Verlässlichkeit. Ich persönlich würde mich nicht wundern, ...

(*Wolfgang Beuß CDU*: Ihre Zeit ist um! – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Sehen Sie das rote Licht?

Michael Neumann (fortfahrend): Ja, Frau Präsidentin –, ... wenn Sie nach der nächsten Wahl mit der LINKEN koalieren würden, die Schlüsselindustrien verstaatlichten, aus der NATO austräten oder zugunsten von Frau Schneider sogar noch dem Dalai Lama die Freundschaft kündigen würden.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Unser nächster Koalitionspartner!)

Dora Heyenn DIE LINKE: – Das glaube ich nicht.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn ein Kohlekraftwerk genehmigt wird, hat das etwas mit Klimaschutz zu tun und im Wahlkampf hat die GAL gesagt, ein Kohlekraftwerk in Moorburg sei ein Klimakiller für Hamburg. Gestern haben wir gehört, dass die Entscheidung für ein Kohlekraftwerk nichts mit Klimaschutzargumenten zu tun hat. Das mag verstehen, wer will. Ich kann das nicht verstehen, das kann man nicht ausklammern.

Wenn mit großem Bedauern davon gesprochen wird, dass die GAL ihr wichtigstes Wahlversprechen nicht halten konnte oder gebrochen hat und es ein schwarzer Tag für Hamburg und den Klimaschutz sei,

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Das hat mit Recht zu tun!)

dann muss ich das leider verbessern und sagen, dass uns 40 kohlrabenschwarze Jahre bevorstehen, weil ein Kohlekraftwerk 40 Jahre läuft. Wir haben 40 Jahre damit zu tun, dass wir jetzt ein großes Kohlekraftwerk haben.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Wir haben noch gar keine in Hamburg!)

Dieses Kohlekraftwerk ist mit Auflagen genehmigt worden und Herr Kerstan hat eben schon geunkelt, dass es durchaus sein könne, dass diese Auflagen irgendwann, wenn sich andere Konstellationen, Sachzwänge oder andere Rechte und Gesetze ergäben, wieder außer Kraft gesetzt würden.

Ich möchte nur einmal darauf hinweisen, dass Vattenfall mehrfach über die Presse angeboten hatte, mit einer Dreiviertel-Kraft zu fahren. Herausgekommen sind jetzt Zweidrittel und alle, die ein bisschen Mathematik und Bruchrechnen können – ich weiß, das geliebte Thema in der Schule –, wissen, dass schlecht verhandelt worden ist. Es wird jetzt mit mehr Last gefahren, als Vattenfall angeboten hatte.

(Heiterkeit bei der CDU und der GAL – *Wolfgang Beuß CDU*: Was ist denn das für eine Logik?)

Jetzt zur Durchführbarkeit der Auflagen. Die Auflagen sind so, dass wir über Abflussmengen sprechen, über Temperatur und über Sauerstoffgehalt. Aber in den Papieren von gestern steht keine einzige konkrete Zahl. Das heißt, jedes Mal, wenn sich der Verdacht ergibt, dass die Temperatur in der Elbe steigt oder der Sauerstoffgehalt absinkt, muss die BSU anordnen, dass das Kraftwerk stillgelegt wird. Jeder von uns weiß, dass das nicht

(Dora Heyenn)

einfach so über die Bühne geht. Es wird immer darauf hinauslaufen, dass Vattenfall zum Gericht geht und – das ist eben auch schon gesagt worden – es ist noch lange nicht heraus, ob diese Auflagen, die Vattenfall jetzt prüft, akzeptiert werden. Wir stehen nicht am Ende einer langen Diskussion um ein Kohlekraftwerk in Moorburg, wir stehen am Anfang. Es wird ständig Diskussionen darüber geben, es wird ständig Auseinandersetzungen geben und ich glaube noch lange nicht daran, dass diese Auflagen wirklich eingehalten werden und ständig kontrolliert werden können.

Wenn wir uns einmal Wedel anschauen, so haben wir dort ein Kohlekraftwerk mit 400 Megawatt.

(Jörn Frommann CDU: Das liegt bei Hamburg!)

Dort werden 2 Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr in die Luft geblasen. In Moorburg haben wir 1600 Megawatt und es werden bei Volllast 8 Millionen Tonnen Kohlendioxid in die Luft gejagt. Wir wissen ja noch nicht, ob es reduziert wird, aber bei Volllast wäre es schon viermal so viel. Die GAL hat gestern noch einmal betont, dass sie in Sachen Klimaschutz und Umweltschutz ihre Kernkompetenz behalten wolle und das hat Herr Kerstan eben auch noch einmal gesagt.

Wenn man die Emission von CO₂ vervierfacht, meinerwegen auch verdreifacht – wir können uns auch auf diese 250 Tage zurückziehen –, dann möchte ich einmal wissen, wie denn die GAL für Hamburg das Klimaziel erreichen will, nämlich eine CO₂-Reduktion um 40 Prozent bis zum Jahre 2020. Es liegen überhaupt keine anderen belastbaren Daten vor, wie diese Koalition CO₂ reduzieren will. Es sind alles nur Prüfungen, freiwillige Leistungen

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das stimmt doch alles gar nicht!)

und der Zuschuss für Solarenergie wird auch noch gekürzt, damit es nicht so viele Solarenergieanlagen gibt. Ich sehe ein ganz großes Problem darin, wie die Grünen es überhaupt hinbekommen wollen, dieses Klimaziel auch nur annähernd zu erreichen. Es erinnert mich ein bisschen an den Nachrüstungsbeschluss von Helmut Schmidt: erst aufrüsten, dann abrüsten,

(Michael Neumann SPD: Das war sehr gut!)

hat nicht geklappt, klappt diesmal auch nicht.

Jetzt zum Bedarf. Wir haben jetzt schon im norddeutschen Raum ein Überangebot an Strom. Das Hauptargument für das Kraftwerk in Moorburg war, dass immer gesagt wurde, wir hätten ein Fernwärmenetz und dafür bräuchten wir auf jeden Fall ein Kraftwerk, egal ob Gas oder Kohle. Wir haben jetzt schon achtmal so viel Strom in der Region, als wir eigentlich brauchen.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Heyenn, das rote Licht bedeutet, dass Sie nur noch einen Satz formulieren können.

Dora Heyenn (fortfahrend): – Ich sage auch nur noch einen Satz.

(Ingo Egloff SPD: Bei der roten Lampe müssen Sie doch eigentlich reagieren!)

Die GAL hat in dieser Koalition ihre umweltpolitischen Punkte nicht durchbringen können. Sie musste für die Elbvertiefung sein, für die Hafenspange, für die A 26 und jetzt für ein Kohlekraftwerk und das ist traurig.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senatorin Hajduk.

Senatorin Anja Hajduk: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe gestern den Genehmigungsbescheid meiner Behörde zum Kraftwerk Moorburg vorgestellt. Die Inhalte sind eingehend dargelegt worden – einige von Ihnen waren auch persönlich da – und darüber ist heute ausführlich berichtet worden.

Ich will noch einmal kurz die Inhalte skizzieren, möchte dann aber auf die politische Auseinandersetzung hier im Hause eingehen, zumal das Thema Kraftwerk Moorburg in den vergangenen Monaten und auch im Wahlkampf eine sehr zentrale Rolle gespielt hat. Deswegen ist es mir auch wichtig, auf Ihre Argumente einzugehen.

Der Inhalt der Genehmigung bedeutet, dass wir nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz die Genehmigung nicht versagen, allerdings versehen mit Auflagen mit Blick auf die Erfordernis, mit CCS nachzurüsten, sofern diese Technologie in Zukunft zur Verfügung steht, aber auch mit Blick auf die Filterung von Stickoxiden strengere Maßstäbe anlegen.

In einem zweiten Bereich, dem der wasserrechtlichen Erlaubnis, haben wir wegen der erheblichen ökologischen Auswirkungen auf die Elbe strenge, aber eben aus ökologischen Gründen auch notwendige Auflagen zum Betrieb des Kraftwerks erteilt. Es wird den Betrieb dieses Kraftwerks einschränken, aber die Maßgaben, nach denen ich zu urteilen hatte, sehen natürlich auch den Rahmen vor, der die Sicherheit oder den Schutz der Elbe betrifft, und der war hier maßgeblich. Das hat sich nicht nur ausgedrückt in den Aspekten, was die Erwärmung oder den Sauerstoffgehalt der Elbe angeht, sondern auch, was die Kühlwasserentnahmemenge angeht.

(Senatorin Anja Hajduk)

Ich hatte aber eine weitere, schwierigere Abwägung zu treffen, nämlich eine, die ich treffen musste, nachdem sich meine Behörde und ich zu eigen gemacht hatten, dass aus naturschutzrechtlichen Gründen entsprechend der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der EU dieses Kraftwerk nicht genehmigt werden kann. Diese Auffassung hatten wir uns zu eigen gemacht und auch vorgetragen. Nachdem das Obergerverwaltungsgericht in Hamburg in einem Hinweisbeschluss Ende August diese Auffassung, die wir vertreten haben, zurückgewiesen und angekündigt hat, auch bei einem endgültigen Beschluss davon nicht abzuweichen, sofern nicht andere maßgebliche Dinge vorgetragen würden, hatte ich die Abwägung zu treffen, ob und wie wir mit unseren naturschutzrechtlichen Auffassungen, die auch im Rahmen der wasserrechtlichen Erlaubnis abzuwägen waren, umgehen sollten. Ich habe mit Blick auf das erhebliche Entschädigungsrisiko, mit hoher Wahrscheinlichkeit beim Obergerverwaltungsgericht in die Situation zu kommen, sich nicht durchsetzen zu können, entschieden, mich dieser Auffassung, die das Obergerverwaltungsgericht deutlich gemacht hat, zu fügen, weil ich es nicht vertretbar finde, ein dermaßen hohes Entschädigungsrisiko für Hamburg einzugehen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das ist in der Tat keine leichte Entscheidung gewesen, weil sie mit Blick auf die klimapolitischen Ziele, die wir als grüne Partei verfolgen, natürlich schwer verständlich zu machen ist. Aber es ist wichtig, auch einmal auszuhalten, dass schwierige Abwägungsprozesse mit der realen Politik verbunden sind und sich nicht einfach hopplahopp darüber hinwegzusetzen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Sie werden verstehen, dass ich vor diesem Hintergrund Ihre Kritik, ihre kritischen Nachfragen und Ihre Argumente wägen möchte. Herr Neumann, wie darf ich Ihren Vorwurf verstehen, dass diese Entscheidung ein typischer schwarz-grüner Minimalkompromiss sei? Sie beschreiben es als Problem, dass es möglich sein könnte, dass Vattenfall gegen die Auflagen klagt. Darf ich das so verstehen, dass Sie es nicht für erforderlich halten, den ökologischen Schutz der Elbe auch im Rahmen einer wasserrechtlichen Erlaubnis durch Auflagen zu gewährleisten? Ist das die Konsequenz, denn die müssen Sie ausführen und auch in Ihrer Fraktion durchsetzen?

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wie darf man Ihre inhaltliche Ernsthaftigkeit in einer solchen Frage bewerten? Sie machen es sich als Oppositionschef wirklich zu einfach, denn Sie wissen, wie schwierig die Frage war.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Was heißt es, wenn Sie sagen, das ist ein Imageschaden für die Stadt,

wenn man bei einer so komplexen Frage nicht auch kritisch unterschiedlich Bewertungskategorien in die Waagschale werfen darf?

(Michael Neumann SPD: Sie haben eine Koalition mit jemandem gemacht, der von vornherein den Sack zugemacht hat!)

– Hören Sie doch einmal zu, ich habe Ihnen auch zugehört. Das müssen Sie jetzt einmal ganz ruhig aushalten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Sie hätten es gar nicht nötig, sich mit Ihrem Imagevorwurf und der Frage, ob die Hamburger Politik noch verlässlich ist, dahinter zu verstecken, dass Sie Ihre eigene inhaltliche Position zu Kohlekraftwerken heute gar nicht mehr erklären können.

(Michael Neumann SPD: Doch!)

Sie haben nämlich eine äußerst wackelige Position. Das ist leider die Wahrheit.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich glaube auch, dass die Bürgerinnen und Bürger so etwas sehen. Sie und wir haben im Wahlkampf

(Michael Neumann SPD: Nein, da gab es einen Unterschied!)

dafür gekämpft, dass Moorburg nicht verwirklicht werden soll.

(Michael Neumann SPD: ... wenn rechtlich möglich! Sie haben gesagt, mit uns niemals!)

Dass das ein rechtliches Problem ist, wussten nicht nur Sie, das wussten wir auch.

(Michael Neumann SPD: Wir haben es auch gesagt! – Dr. Andreas Dressel SPD: Das haben Sie im Wahlkampf nicht gesagt!)

Sie haben nach dem Wahlkampf unglaublich schnell Ihre Position gewechselt. Vielleicht wird uns Herr Egloff noch erklären, welche Argumente dahinter stehen, wenn es nicht Opportunismus ist.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es glaubt Ihnen keiner, dass die SPD die einzige Partei ist, die vor einer rechtlichen Prüfung genau weiß, was hinten heraus kommt.

(Michael Neumann SPD: Das haben Sie doch gesagt!)

Sie sind nicht so viel schlauer als wir oder als die CDU. Das verfängt nicht.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich möchte noch auf die Argumente von Frau Heyenn eingehen. Frau Heyenn, Sie haben Recht, es ist für eine grüne Klimaschutzpartei nicht einfach

(Senatorin Anja Hajduk)

zu erklären, warum sie eine solche Entscheidung getroffen hat. Wir haben uns mit dieser Entscheidung nicht hinter bürokratischen Genehmigungsverfahren versteckt, sondern ich habe mich gehalten gesehen, mich an einen rechtlichen Rahmen zu halten. Die rechtlichen Maßstäbe, die wir in unserem Land haben, müssen wir Politiker alle ernst nehmen. Wenn Sie das verniedlichen und sich hinter bürokratischen Genehmigungsverfahren verstecken, dann setzen Sie sich dem Verdacht aus, dass Sie mit dem rechtlichen Rahmen in der Bundesrepublik nicht ernsthaft umgehen wollen. Ich würde das an Ihrer Stelle nicht tun.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Deswegen gilt auch, dass gerade bei dem Streit um Kohlekraftwerke, um andere Kraftwerke, um unsere Energiesicherheit und Energieversorgung alle gehalten sind, ernst zu nehmen, wie ernsthaft sich die Bevölkerung darum Sorgen macht und wie wenig sie darauf angewiesen ist, zu einfache Antworten zu erhalten

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Michael Neumann SPD*: Die haben Sie im Wahlkampf gegeben und nicht gehalten. Das ist Ihr Problem!)

Ich kann zum künftigen Wahlkampf auch noch etwas sagen. Einfache Antworten helfen nicht weiter. Was weiter hilft, ist, dass wir mit Blick auf das Bundesimmissionsschutzgesetz Änderungen bekommen, damit klimapolitische Erwägungen, die Sie fordern, Frau Heyenn, in die Genehmigungsverfahren solcher Kraftwerke einbezogen werden können. Das werden die Grünen im Bundestagswahlkampf zum Thema machen. Ich hoffe, dass die LINKE an der Stelle springt. Herr Kerstan hat zu Recht darauf hingewiesen, dass sie mit Blick auf die Kohle eine differenzierte Position hat, wenn man die Landkarte der Bundesrepublik Deutschland betrachtet.

Ich habe jetzt, glaube ich, ein bisschen zu viel geredet. Deswegen komme ich zum Schluss.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn ich die Opposition kritisiert habe, im Mittelpunkt steht natürlich, das will ich nicht leugnen, die Glaubwürdigkeit der grünen Politik im Wahlkampf. Wir haben politisch – und dabei bleiben wir – eine Position, die neue Kohlekraftwerke nicht für den richtigen Weg hält. Wir haben einen rechtlichen Weg gesehen, dieses Kraftwerk nicht genehmigen zu müssen oder zu dürfen. Der hat sich nicht durchgesetzt, dass ich den weiter vollziehen könnte. Ich bin gern bereit einzuräumen, dass das auch heißt, dass wir uns an der Stelle politisch nicht durchgesetzt haben, weil es rechtlich keinen Weg gab, weil ich das nach rechtlichen Maßstäben bewerten wollte und musste. Ich will gern einräumen, dass das auch für uns eine Enttäuschung ist. Aber ich bleibe dabei, in der Politik ist es nicht viel

anders als im normalen Leben oder – andersherum – zum Glück ist es in der Politik so wie im normalen Leben, es gehören auch schwierige Entscheidungen dazu. Ehrlich darüber zu reden, könnte ein Weg sein, die Glaubwürdigkeit der Politik zu erhöhen. Zu laute Häme macht einen überhaupt nicht glaubwürdig.

(Lang anhaltender Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Frau Senatorin, ich gebe Ihrem Gefühl des Zulange-Redens recht. Das war die doppelte Redezeit, die ein Abgeordneter in der Aktuellen Stunde hat.

Frau Weggen bekommt das Wort.

Jenny Weggen GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Genehmigung, die von der Behörde für das Kohlekraftwerk Moorburg erteilt werden musste, ist sicherlich keine Sternstunde für Hamburg, auch nicht für meine Partei und sicherlich auch keine Sternstunde für den Klimaschutz. Das ist nicht kleinzureden und das ist mit Sicherheit auch nicht meine Absicht.

Die Auflagen, die erteilt wurden, bieten die Möglichkeit, schlimmere ökologische Auswirkungen zu verhindern. Das ist zu begrüßen, aber sicherlich kein Grund zu feiern. Aber, Frau Heyenn, die Auflagen müssen eingehalten werden und das ist sehr wichtig für die Umwelt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die Genehmigungen – auch mit ihren Auflagen –, die gefällt werden mussten, sind nach Recht und Gesetz getroffen worden. Uns wäre es natürlich auch lieber gewesen, wenn das Gericht unserer Auffassung über die Fischtrappe in seinem Hinweisbeschluss gefolgt wäre. Aber wir stehen nun einmal nicht über dem Gesetz. Schließlich musste diese Genehmigung nach den gesetzlichen Vorgaben getroffen werden und das war die einzige Entscheidungsbasis. Die gesetzlichen Vorgaben stellen die eigentliche Problematik dar. Darauf haben Herr Kerstan und Frau Senatorin Hajduk schon hingewiesen. Die Rahmenbedingungen für die Genehmigung von Kohlekraftwerken werden von der Bundesgesetzgebung vorgegeben. Ein zentrales Regelwerk ist dabei das Bundesimmissionsschutzgesetz. In diesem Gesetz sind keinerlei Regelungen und keinerlei Grenzwerte für den CO₂-Ausstoß von Kohlekraftwerken vorgesehen. Wenn man bedenkt, dass eines der Hauptargumente gegen den Neubau von Kohlekraftwerken in ihrer Klimaschädlichkeit besteht, dann ist das absurd. Kohlekraftwerke sind aufgrund ihrer Klimaschädlichkeit nicht zu verhindern. Damit dieses möglich wäre, müsste die Bundesgesetzgebung geändert werden. Frau Heyenn, vielleicht hat das ein bisschen zur Klärung beigetragen.

(Jenny Weggen)

Wenn man die Bundesgesetzgebung ändert, kann man Moorburg vielleicht nicht mehr verhindern. Aber, meine Damen und Herren von der SPD, wenn Sie es wirklich ernst meinen, dass keine neuen Kohlekraftwerke gebaut werden sollen – Herr Neumann, bei Ihnen konnte ich das eben nicht heraushören, Sie haben sich nicht klar positioniert, aber in der Vergangenheit hat, wenn ich mich richtig erinnere, eine ganze andere Positionierung stattgefunden – nehmen Sie Ihre Möglichkeit wahr, auf Bundesebene auf Ihre Partei einzuwirken. Immerhin stellen Sie den Bundesumweltminister. Allerdings hat sich Herr Gabriel in der vergangenen Woche deutlich zum Bau von Moorburg bekannt. Reden Sie also nicht nur mit uns über Moorburg, führen Sie keine Stellvertreterdebatte, sondern handeln Sie verantwortlich im Interesse des Klimaschutzes.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich habe von Ihnen schon sehr viele Worte gehört, auch viele gute Gründe gegen den Neubau von Kohlekraftwerken. Aber dann setzen Sie das bitte auch in Taten um, überzeugen Sie Ihre Partei auf Bundesebene und Ihren Bundesumweltminister.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

In Berlin – nicht in Hamburg – kann entschieden werden, dass keine neuen Kohlekraftwerke gebaut werden. Wir ziehen Konsequenzen, indem wir die Energieversorgung in Hamburg neu ausrichten. Wir setzen in Zukunft auf einen stadt eigenen Energieversorger, denn es hat sich deutlich gezeigt, dass mit Vattenfall in Hamburg keine Klimaschutzpolitik zu machen ist. Also nehmen wir das selbst in die Hand und schaffen die Voraussetzung dafür, dass alle Hamburger Haushalte in Zukunft von einem stadt eigenen Anbieter sauberen Strom bekommen können, der jetzt schon alle Hamburger Haushalte erreicht.

Wir schaffen außerdem die Voraussetzungen dafür, dass wir in Zukunft verstärkt erneuerbare Energien fordern und uns dafür entscheiden können, aus welchen Energiequellen Energie in die Hamburger Netze eingespeist wird.

Das alles kann durch einen stadt eigenen Energieversorger geschehen. So handeln wir im Interesse des Klimaschutzes.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Zum Abschluss komme ich kurz auf die Auflagen zu sprechen. Das Kraftwerk kann so nicht auf vollen Touren laufen – das ist wichtig – und die Wasserentnahme aus der Elbe wird deutlich beschränkt. Sie können sicher sein, solange wir als Grüne in Hamburg mit an der Regierung beteiligt sind, gibt es keine Fischsuppe in der Elbe. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kruse.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Erzählen Sie mal etwas über die Fischtreppe!)

Rüdiger Kruse CDU:* Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. Frau Heyenn, sollte es noch einen Beweis dafür geben müssen, warum wir Ihnen die Bildungspolitik niemals anvertrauen würden, Sie haben ihn geliefert.

(Michael Neumann SPD: Warten Sie mal ab, was der Ihnen noch abnötigt!)

Es mag sein, dass im Sozialismus alles anders ist, aber für den Rest der Welt gilt immer noch, dass zwei Drittel deutlich weniger sind als drei Viertel.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Einmal ist keinmal, aber dann haben Sie sich gleich noch einmal verrechnet und uns vorgeworfen, wir hätten das Solarprogramm gekürzt. Wir hatten es mit 5 Millionen Euro ausgestattet, wir haben dann weitere 2 Millionen Euro hinzugetan. Fünf plus zwei macht sieben, auch das ist mehr, das nennt man nicht kürzen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Es ist schon fast lässlich, dass Sie sich dann noch ein drittes Mal vertan haben. Das macht es nicht ganz so schlimm. Sie haben hin und her gerechnet, bei der CO₂-Belastung ist es nun einmal so, in Deutschland gibt es für die Energieversorgung 440 Millionen Tonnen CO₂-Zertifikate. Die sind verteilt und das war es; das CO₂ wird in die Luft gepustet. Unser Weg, für den wir uns entschieden haben, ist, über diese Zertifikate den CO₂-Gehalt zu senken. Wir müssen nicht hin und her rechnen, wo etwas abgeschaltet oder dazu geschaltet wird.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Darf es ein bisschen mehr sein?)

Sie haben zu Recht gesagt, jetzt muss geguckt werden, wo wir klimapolitisch die Akzente setzen könnten, nachdem wir in Hamburg in eine Technik investieren werden, die der Zeit, aber nicht der Zukunft entspricht. Das haben wir immer gesagt und Sie werden sich erinnern, dass die CDU, als dieser Antrag gestellt wurde, ein solches Kraftwerk zu bauen, es sich damit in der letzten Legislatur nicht leicht gemacht hat. Wir haben zunächst gesagt, das passt so, wie es beantragt wurde, nicht in die Landschaft. Dann haben wir in schwierigen Verhandlungen

(Ingo Egloff SPD: Deshalb ist es doppelt so groß geworden!)

erhebliche Nachbesserungen erreicht. Es gab mit zusätzlich 160 Millionen Euro für Investitionen in den Umweltbereich einen wesentlich erhöhten Wir-

(Rüdiger Kruse)

kungsgrad, sodass wir zu dem Zeitpunkt gesagt haben, für uns ist dieses Kraftwerk akzeptabel.

Jetzt haben wir noch einmal über eine lange Zeit Debatten in dieser Stadt ausgehalten und austragen müssen. Ich bin allen Beteiligten dankbar, dass man weder auf CDU- noch auf GAL-Seite die Nerven verloren und auf irgendeine populistische Strömung gesetzt hat. Genauso wie wir von Wirtschaftsseite ist vor allem die GAL für diesen Entscheidungsprozess kritisiert worden. Er hat lange gedauert, aber das musste auch so sein. Herausgekommen ist eine abgewogene und sowohl ökologisch als auch ökonomisch vernünftige Entscheidung. Ökologisch vernünftig ist sie deswegen, weil die Belange des Gewässerschutzes in größtmöglichem Maße hervorragend beachtet werden. Ökonomisch vernünftig ist sie, weil diese Entscheidung auch das Entwicklungspotenzial zukünftiger Firmenansiedlungen mit im Auge hat, sodass wir mit einer Genehmigung quasi für alle Zukunft der Elbe von der Wärmelast her nicht alles verbauen. Es ist ein schwieriger Prozess gewesen. Besonders freut mich, dass wir in diesem Prozess einen Weg gefunden haben, der in die Zukunft weist. Das sind die neuen eigenen Stadtwerke und vor allem das Konzept "Klimaschutz für Hamburg", das wir 2007 begonnen haben und das wir nun weiter deutlich ausbauen.

(Michael Neumann SPD: Wieso haben Sie das noch vor einem Jahr abgelehnt?)

– Herr Neumann, Sie haben uns Koalitionsvorschlüsse gemacht. Das Einzige, was Sie damit bewiesen haben, ist, dass Sie sich auch in vier Jahren nicht in der Lage sehen, selbst in eine Koalition einzutreten.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Partei, Herr Neumann, hat in dieser Debatte wirklich alles im Angebot gehabt. Das Dumme ist, dass der Bürger es auch mitbekommen hat. Sie haben dem einen gesagt, es ist ein Unding, dass die CDU die Wirtschaft so hinhält und nicht entscheidet, und dem anderen, Sie wollen das Kraftwerk nicht. Dann haben Sie gesagt, Sie finden es eigentlich ganz gut, wenn das Kraftwerk reduziert laufen würde. Innerhalb Ihrer Partei, zwischen Herrn Egloff und Frau Schaal, war alles möglich.

(Michael Neumann SPD: Wieso haben Sie die Stadtwerke vor einem Jahr abgelehnt?)

Das ist ja das Interessante, Sie sind noch nicht einmal kompromissfähig. Politik ist Diskurs. Man streitet sich, man hat seine Ansichten und dann findet man für das Ganze einen vernünftigen Konsens. Da Sie das nicht können, sitzen Sie da, wo Sie sitzen.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker GAL – Michael Neumann SPD: Politik ma-

chen, heißt bei Ihnen, man macht das, was man will!)

Wir müssen ganz klar sehen, dass das, was wir herausgeholt haben, das optimal Mögliche an Genehmigungen in einem Rechtsstaat ist. Es wird auf dieser Welt kein besseres konventionelles Kraftwerk geben. Das ist wahr und das werden Sie auch wissen. Das ist vom Wirkungsgrad so und auch von der Mühe, die wir uns in diesem Prozess gemacht haben, die ökologischen Belange möglichst hochzustellen, sodass wir eine Genehmigung geben konnten, die aber gleichzeitig diese Belange unterstreicht und herausstellt. Darüber bin ich sehr froh. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Egloff.

Ingo Egloff SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der eine Koalitionspartner muss feststellen, dass er sich nicht durchsetzen kann, und der andere Koalitionspartner hat ruhig zugeschaut, wie man sich abstrampelt. Der Bürgermeister sozusagen vor dem Hamsterkäfig und die GAL im Hamsterrad.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Da klat-schen nicht einmal Ihre eigenen Leute!)

Heute hätte es sich gehört, Herr Bürgermeister, wenn Sie angesichts der Bedeutung dieses Projekts für die Freie und Hansestadt Hamburg den Mut gehabt hätten, nach vorne zu gehen und Ihre Sicht der Dinge als Bürgermeister dieser Stadt darzulegen. Das haben Sie nicht getan. Sie überlassen wiederum das Geschäft Ihrem grünen Koalitionspartner.

(Beifall bei der SPD)

Anscheinend war Herr von Beust sich von Anfang an sicher, dass es so ausgehen würde, wie es jetzt ausgegangen ist, denn schließlich hat er die Verträge abgeschlossen und er wusste auch, was er Vattenfall zugesagt hatte.

(Wilfried Buss SPD und Dr. Andreas Dressel SPD: Genauso ist es!)

Die rechtlichen Fragen lagen auf dem Tisch und das, was jetzt passiert ist, kommt also nicht überraschend, jedenfalls dann nicht, wenn man mit der nötigen Nüchternheit an die Sache herangeht. Wenn man aber von dem Wunsch beseelt ist, meine Damen und Herren, das Kraftwerk zu verhindern, dass man die Realität ausblendet, die der alte Senat unter von Beust längst geschaffen hatte, dann kann man sich schon einmal vergaloppieren. Dann dauert der Erkenntnisprozess natürlich auch ein bisschen länger, etwa auch derjenige, dass die Stadt Gefahr läuft, im Verweigerungsfalle Schadenersatzzahlungen in existenzbedrohender Höhe

(Ingo Egloff)

ausgesetzt zu sein. Das hat Herr Kerstan in seiner gestrigen Presseerklärung zugestanden und die Senatorin hat es heute gesagt.

Von Ihnen, meine Damen und Herren von der GAL, wurde das, was am 16. April in der Bürgerschaft vorgetragen wurde, noch als "dummes Gequatsche" abgetan. So viel zu der Frage, wer in der Realität angekommen ist, Sie oder wir. Wir jedenfalls früher als Sie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Der Bürgermeister hat vor der Wahl durch sein Handeln längst die Weichen gestellt. Trotz aller Schwüre, die wir heute wieder gehört haben, hier würden jetzt Ökonomie und Ökologie in Eintracht gebracht werden, ist nur festzustellen, dass die Ökologie durch diese Vorfestlegung gar nicht mehr gewinnen konnte.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN – *Viviane Spethmann CDU*: Wovon Sie gerade etwas verstehen!)

Herr Kerstan, versuchen Sie nicht, die Schuld anderen zuzuweisen. Hier sind keine sozialdemokratischen Finsterlinge am Werk, die auf allen Ebenen versuchen, ein Kohlekraftwerk durchzusetzen, sondern wir haben zu konstatieren, es gibt aufgrund der Handlung des Senats eine Rechtslage. Sie haben eine Fehleinschätzung zur rechtlichen Situation gehabt und die haben Sie korrigieren müssen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Es geht auch nicht darum, auf Auflagen zu verzichten, meine Damen und Herren. Aber nachdem, was wir in dem bisher laufenden Verfahren an rechtlicher Einschätzung vonseiten der Umweltbehörde gesehen haben, die durch das Oberverwaltungsgericht korrigiert wurde, möchte ich, wenn Auflagen gemacht werden, dass diese Bestand haben. Ich hoffe, dass die rechtliche Prüfung dieses Mal besser als beim letzten Mal ausgefallen ist.

(Beifall bei der SPD, bei *Elisabeth Baum* und *Dr. Joachim Bischoff*, beide *DIE LINKE*)

Kommen wir zum Schluss zum ordnungspolitischen Rahmen, Herr Schira, den Sie angemahnt haben. Das ist ein sehr wichtiges Thema, denn es bleibt die Frage, was jetzt angesichts der Tatsache, dass man um die Genehmigung dieses Kraftwerks nicht herumkommt, zu tun ist. Wir alle wissen, wie viele Kraftwerke in Norddeutschland beantragt worden sind: drei in Brunsbüttel, eines in Stade, eines in Wilhelmshaven, eines in Emden, zusätzlich 7500 Megawatt regenerative Energie aus Schleswig-Holstein. Jetzt ist Zeit für die Setzung eines ordnungspolitischen Rahmens. Ihre Aufgabe als Senat wird es sein, dieses im norddeutschen Kontext herzustellen. Kümmern Sie sich darum und führen Sie nicht irgendwelche Prozes-

se, die Sie am Ende nur verlieren können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei *Elisabeth Baum* und *Dr. Joachim Bischoff*, beide *DIE LINKE*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekomme Frau Heyenn.

(*Viviane Spethmann CDU*: Nicht wieder rechnen!)

Dora Heyenn *DIE LINKE*: Herr Kruse, mit Zertifikaten werden die CO₂-Emissionen nicht weniger. Wenn Moorborg gebaut wird, wird der CO₂-Ausstoß in dieser Region mehr sein, egal, wie viele Zertifikate wir haben. Weltweit nimmt die CO₂-Emission trotz der Zertifikate zu. Das ist ein sehr schlechtes Argument für Umwelt.

Frau Senatorin Hajduk, mir liegt es fern, mit Häme darauf zu reagieren, dass Sie ein Kohlekraftwerk genehmigen mussten. Ich habe verstanden, dass es Ihnen wirklich schwergefallen ist. Sie müssen sich aber auch vorhalten lassen, dass Sie als GAL im Wahlkampf und auch schon vorher den Eindruck erweckt haben, man könnte und wolle ein Kohlekraftwerk aus reinen Klimaschutzpolitischen Argumenten verhindern. Sie haben diesen politischen Willen im Wahlkampf deutlich gemacht. Ich habe nachgelesen, dass zum Beispiel Frau Senatorin Goetsch – damals als Fraktionsvorsitzende – Herrn von Beust ein Brikett auf den Tisch gelegt hat.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Die hat er verheizt!)

Heute sieht es so aus, als hätten Sie ihm die Kohle gebracht.

Das Problem, dass es dieses Dilemma gegeben hat und dass Sie so wie jetzt entscheiden mussten, liegt unter anderem daran, dass die CDU kurz vor dem Ende ihrer Alleinregierung im November 2007 noch eine vorläufige Baugenehmigung erteilt hat. Unter Demokratieaspekten muss kritisch betrachtet werden, dass eine Regierung kurz vor dem Ende einer Legislatur noch so weitreichende Entscheidungen trifft. Schließlich haben wir es mit einem Gebäude zu tun, das 40 Jahre lang die Luft und das Wasser verpestet.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben gestern gesagt, dass Sie alles darauf gesetzt haben, um eine Chance im Genehmigungsverfahren zu haben. Gegen eines muss ich mich für meine Person und auch für meine Fraktion ganz stark verwahren. Wir halten es für eine Selbstverständlichkeit, dass alles nach Recht und Gesetz geht. Aber plötzlich, als Sie das Paradigma gewechselt haben, von der politischen Entscheidung gegen ein Kohlekraftwerk, mussten Sie einen Ausweg finden. Plötzlich sagten Sie, Sie machen es nach Recht und Gesetz. Das Argument ist so

(Dora Heyenn)

platt, denn es ist selbstverständlich, dass wir alle Recht und Gesetz respektieren. Das war im Grunde ein kleiner Ausweg für Sie. Sie haben gestern gesagt, Sie und Ihr Staatsrat haben es juristisch falsch eingeschätzt, aber gleichzeitig haben Sie gesagt, Sie würden, wenn Sie auf Mai zurückblenden könnten, alles noch einmal so machen. Da kann ich Ihnen nicht mehr folgen, denn Sie haben eine grundlegende falsche Einschätzung gehabt und Sie wollten – das gestehe ich Ihnen zu – sicherlich dieses Kraftwerk verhindern.

Wir sind der Auffassung, dass die Politik und damit die Menschen, die hier leben, bei solchen Projekten entscheiden müssen, ob so ein Kraftwerk gebaut wird oder nicht und ob diese Belastung für die Umwelt wirklich gewollt ist. Es kommt auch noch hinzu, dass wir weder die Abwärme noch den Strom dieses Kraftwerks werden brauchen können, schon gar nicht, wenn Sie den kommunalen Energiebetrieb "Hamburg Energie" gründen wollen. Dann haben wir zusätzliche Angebote an Wärme und Energie.

(Wolfgang Beuß CDU: Na, das ist doch prima!)

Sie haben von der LINKEN natürlich die volle Unterstützung, wenn Sie auf Bundesebene dazu beitragen wollen, dass die Politik überall dort, wo sie gefragt ist, entscheiden kann. Wir können es überhaupt nicht akzeptieren, dass ein Unternehmen wie Vattenfall entscheidet, was in dieser Stadt passiert. Das ist Aufgabe der Politik, das muss wieder Aufgabe der Politik werden. Wir werden alles tun, auch Sie unterstützen, dass wir das erreichen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Egloff und Herr Neumann, ich musste mich sehr wundern, als ich Ihren Ausführungen gefolgt bin.

(Michael Neumann SPD: Das überrascht mich wiederum nicht!)

Als ich Ihre und unsere Äußerungen im Wahlkampf verfolgt habe, bin ich davon ausgegangen, dass wir eine übereinstimmende Einschätzung hatten, nämlich dieses Kohlekraftwerk Moorburg aus klimapolitischen Gründen nicht zu wollen.

(Michael Neumann SPD: Wenn es rechtlich möglich ist!)

Wir führen gerade eine Debatte, wohin diese Entscheidung für den Klimaschutz in dieser Stadt führt. Erstaunlicherweise ist das Wort Klimaschutz in Ihrer Rede oder in der Rede von Herrn Egloff kein einziges Mal gefallen. Das ist nicht das, was

Sie einfordern, nämlich Glaubwürdigkeit in der Politik.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Michael Neumann SPD: Das liegt daran, dass Frau Hajduk die falschen Passagen zitiert!)

Natürlich waren es nicht die Sozialdemokraten, die dafür gesorgt haben, dass dieses Genehmigungsverfahren so ausgegangen ist. Da haben Sie mich vielleicht falsch verstanden. Aber es musste schon wundern, dass Herr Egloff, der im Wahlkampf die Position vertreten hat, dieses Kraftwerk nicht zu wollen, sondern ein Gaskraftwerk, eine Woche nach der Wahl, als die Koalitionsverhandlungen noch liefen, in einem großen Artikel in "Der Welt" gesagt hat, man müsse sich an Verträge halten, es gäbe einen Genehmigungsanspruch für dieses Kraftwerk.

(Michael Neumann SPD: Damit hat er wohl recht gehabt!)

Aber wenn er damit recht hat, Herr Neumann, wie Sie jetzt dazwischen rufen und was Sie seit der Vorabgenehmigung im November wussten, dann frage ich mich, wie Sie als Partei im Wahlkampf ernsthaft sagen konnten, wir wollen dieses Kraftwerk verhindern. Dann haben Sie im Wahlkampf bewusst nicht die Wahrheit gesagt, Herr Neumann. Das gehört auch dazu, dass Sie Ihrer Argumentation jetzt so folgen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Insofern kann ich bei Ihnen kein Fitzelchen erkennen, dass sich in der Realität etwas geändert hat, dass Sie Ihre Meinung so offenkundig verändert haben, Herr Neumann. Aber ich kann Ihnen deutlich sagen, warum wir Grünen mit unserer Meinung nicht durchgedrungen sind. Es hat sich in der Realität etwas geändert und das kann man relativ einfach nachvollziehen.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Es waren nicht nur die GAL-Juristen, die der Meinung waren, dass es einen rechtlichen Hebel gibt, dieses Kraftwerk nicht zu genehmigen. Alle Juristen der Umweltverbände waren der gleichen Auffassung. Eine uns beratende internationale Rechtsanwaltskanzlei hatte diese Einschätzung und in Gesprächen mit der Europäischen Kommission teilten Beamte der Generaldirektion unsere Einschätzung, dass diese Genehmigung mit der Fischtreppe einen Versagensgrund hatte, um dieses Kraftwerk abzulehnen. Wir sind dort nicht eingeknickt, auch unser Koalitionspartner hat uns dieses nicht verwehrt, sondern es ist schlicht und ergreifend etwas passiert, was der Politik in einem Rechtsstreit manchmal passiert. Das Gericht ist dieser Sache nicht gefolgt. Vor diesem Hintergrund, Herr Neumann, war es für uns nicht mehr möglich, diesen einzigen Hebel, mit dem man die-

(Jens Kerstan)

ses Kraftwerk verfolgen könnte, auszuhebeln. Insofern gehen Ihre Verschwörungstheorien, der Koalitionspartner habe der GAL das nicht gegeben, was sie wollte, und sie über den Tisch gezogen, an der Realität vorbei. Herr Neumann, ich weiß, das ist schade für Sie, aber es ist nun einmal leider die Wahrheit.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Da kann Herr von Beust ja beruhigt sein, dass Sie das so sehen, Herr Kerstan!)

Frau Heyenn, es ist ein frommer Wunsch, wenn Sie sagen, die Politik sollte entscheiden. Natürlich hätten wir dieses Urteil ignorieren können und es wäre auch klar gewesen, dass dann Schadensersatzforderungen in Höhe von 1 Milliarde Euro oder mehr fällig geworden wären. Sie wären die Erste gewesen, die dann gesagt hätte, was bedeutet das für die städtischen Aufgaben in dieser Stadt, für unser Bildungssystem, für unsere innere Sicherheit oder auch für das Sozialsystem, wenn diese Stadt für nichts und wieder nichts eineinhalb Milliarden auf den Tisch legen muss. Damit zeigen Sie, Verantwortung wollen Sie für diese Stadt und was in dieser Stadt passiert nicht übernehmen. Damit machen Sie es sich zu einfach, Frau Heyenn.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Insofern ist es so, dass wir zu der heutigen Zeit eben mit dem Rechtssystem und den Bundesgesetzen, die wir haben, umgehen müssen. Diese haben eine andere Entscheidung nicht zugelassen, ohne großen Schaden für die Stadt Hamburg auszulösen. Ich habe von Herrn Dressel immer gehört, als wir diese Punkte angesprochen haben, das stünde alles in Ihrem Wahlprogramm. Dann würde ich mich fragen, warum der Fraktions- und der Parteivorsitzende der SPD in dieser Debatte Ihr Wahlprogramm und das, was Sie eigentlich den Wählern gesagt haben, mit keinem einzigen Wort erwähnt haben.

(*Michael Neumann SPD*: Das muss Sie wirklich treffen!)

Das zur Glaubwürdigkeit in der Politik. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren, das Wort hat dann Frau Dr. Schaal.

(*Frank Schira CDU*: Sagen Sie auch noch was zu Kirchenglocken?)

Dr. Monika Schaal SPD:* – Zu Kirchenglocken können Sie ja etwas sagen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch der eingeschränkte Betrieb eines Kohlekraftwerks, Herr Kerstan, drückt auf die Klimaschutzziele des

Senats und rückt sie in weite Ferne. Daran ändert auch der Einbau einer Kohlendioxid-Abscheideanlage nichts, denn die kommt frühestens 2020. Das wissen wir. Das wussten wir auch schon vor der Wahl. Ich erinnere mich daran, dass wir gemeinsam kritisiert haben, dass uns der Bürgermeister vor der Wahl bereits mit dieser Nummer verkohlt hat und die Hamburgerinnen und Hamburger auch. Jetzt will er offensichtlich damit nichts mehr zu tun haben. Jetzt schickt er seine Fachsenatorin und den Staatsrat vor und lässt sich mit diesem für ihn unangenehmen Thema abeschern. Wir haben hier oft genug beklagt, dass es keinen Wettbewerb auf dem Strom- und Energiemarkt gibt und dass nur zusätzliche Anbieter den Wettbewerb in Gang bringen können. Stadtwerke können der Hecht im Karpfenteich sein und darum hat die SPD vor der Wahl gesagt, dass sie Stadtwerke haben will. Wir haben das im Juli noch einmal auf unserem Parteitag bekräftigt.

(*Antje Möller GAL*: Das freut uns!)

Es ist auch eine gute Idee, Frau Hajduk, die "Hamburg Wasser" als öffentliches Unternehmen in ein solches Konstrukt mit einzubeziehen. Es ist aber wenig überzeugend, wenn dieses Projekt, das einen sehr langen Vorlauf benötigt, bei "Hamburg Wasser" abgeladen wird. Wir brauchen mehr Transparenz und vor allen Dingen sichtbare politische Verantwortung in der Energiepolitik. Darum hätten wir in der SPD erwartet, dass der Bürgermeister ein Konzept für die Stadtwerke mit Zielen und Zeithorizonten, aber vor allen Dingen auch mit einem Finanzierungsplan wenigstens selbst ankündigt, um ihn dann von seiner Behörde ausarbeiten zu lassen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

und um eine öffentliche Debatte darüber in Gang zu setzten. Herr Bürgermeister, Sie waren sich doch auch nicht zu schade, die vorgezogene Baugenehmigung für Vattenfall mit großem Pomp durchzuwinken. Wenn es hier um so neue Ansätze geht, hört man nichts dergleichen. Da tauchen Sie einfach ab. Welches Gewicht hat das denn, wenn das Dinge sind, die frühestens in der nächsten Legislaturperiode überhaupt auf die Schiene kommen? Ein Gewicht bekäme der Plan, wenn sich der Bürgermeister hierfür engagiert hätte, auch gerade, weil es ein sehr langfristiges Vorhaben ist. Der Senat will weitere Fernwärmeerzeugung neu aus-schreiben. Prima, aber wenn Vattenfall das Nach-sehen hätte, wäre Moorburg schlagartig nicht mehr effizient zu Betreiben. Jetzt hat die Behörde für die Vorbereitung einer solchen Ausschreibung keine Zeit, wie wir im Ausschuss erfahren haben. Aber auch hier gilt: Wenn der Bürgermeister es damit Ernst gemeint hätte, hätte er jetzt mit Vattenfall darüber geredet und das Unternehmen informiert und nicht erst 2014, wenn die Konzessionsverträge mit Vattenfall als Nachfolger von HEW auslau-

(Dr. Monika Schaal)

fen. Dann ist dieser Senat nämlich längst nicht mehr im Amt. Wer weiß, ob der Bürgermeister und die GAL noch dabei sind.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – *Frank Schira CDU*: Aber Sie sind dabei!)

In Wirklichkeit ist es doch so, dass dieser schwarz-grüne Senat hier Tatsachen geschaffen hat, um den Umstieg ins Solarzeitalter zu vereiteln. Der Bürgermeister hat nämlich bereits drei Wochen vor der Wahl die Konzession für die Gasleitung erneut an E.ON vergeben, obwohl der Vertrag erst im nächsten Jahr fällig wird. Eine Übernahme des Netzes durch die Stadt ist darum auch erst 2014 möglich. Das alles ist wenig vertrauenerweckend. Herr Bürgermeister, Sie haben hier wirklich eine Chance vertan. – Vielen Dank.

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Hackbusch.

(*Frank Schira CDU*: Sagt mal was zur Braunkohle im Osten!)

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Entscheidung für Moorburg ist ein schwarzer Tag für die Klimapolitik in Hamburg.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Was mich daran besonders ärgert, auch an dieser Reaktion, ist die Situation, dass wir alle im Jahre 2007 einen Bürgerschaftswahlkampf erlebt haben, wo ich erstaunt war darüber, dass wir einheitlich zwischen allen Parteien gesagt hatten, wie bedeutend und wichtig der Klimaschutz für die Entwicklung dieser Erde und überhaupt der weiteren Politik sei. Jetzt stellen Sie sich hier hin, sagen "unideologische Entscheidung" und "irgendwie pragmatisch", nach dem Motto: die Hamburger Politik mit der CDU an ihrer Spitze könne leider gar nichts tun. Was ist das für eine Demokratie, die sie den Leuten in dieser Stadt präsentieren? Doch nach dem Motto: Das ist zwar so mit dem Klimaschutz, dass wir eigentlich etwas tun müssten, aber wir können nicht, weil wir das durchorganisieren müssen, was vorher schon alles beschlossen worden ist, und haben keine andere Wahl. Das ist eine Frage von Glaubwürdigkeit in der Politik.

(*Robert Heinemann CDU*: Hat Frau Hajduk doch recht! – *Stephan Müller CDU*: Hat die LINKE ein neues Konzept vorgelegt?)

Wie wollen Sie denn den Bürgern gegenüber darstellen, dass Sie letztendlich nichts entwickeln könnten, Sie seien nur so ein kleines, niedliches Parlament irgendwo in Hamburg und haben ansonsten nichts zu tun? Damit werden Sie nicht in der Lage sein, Glaubwürdigkeit zu erlangen. Das ist entsprechend kein Schritt, wie weiter Politik organisiert werden kann. Das betrifft natürlich vor allen

Dingen die GAL. Der Grund, warum die GAL hier überhaupt sitzt, ist, dass sie sich im Wahlkampf hingestellt und gesagt hat, sie wolle das Kohlekraftwerk in Moorburg nicht haben. Das war die zentrale Fragestellung. Man kann jetzt sagen – und das glaube ich durchaus –, dass das keine bösartige Geschichte ist. Wenn es aber nicht bösartig war, war es Dilettantismus.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Dann habt ihr den Wählern gegenüber etwas dargestellt, was nicht möglich ist. Gerade als realpolitisch orientierte Partei – was Sie ja so stolz macht – nicht fähig zu sein, wichtige Politik zu betreiben und Schwerpunkte falsch zu setzen, ist keine Begründung, als ökologische Partei weiterhin existieren zu können. Das Wichtige hierbei ist auch, wenn die GAL als Zweites sagt, das Entscheidende sei für sie, in der Lage zu sein, die Klimapolitik ganz nach vorn zu stellen, warum man dann die Verdoppelung des Kohlendioxid-Ausstoßes gegenüber dem Ausstoß im Straßenverkehr, als politische Aufgabe definiert und das pragmatisch mit organisiert. Wo will man dann noch ökologische Politik als solches machen? Das hat keine Glaubwürdigkeit. Auf die Art und Weise baut die GAL ihre eigene Existenz ab.

Das zweite wichtige Thema, das sie präsentiert haben, war die Frage der Stadtwerke. Das finde ich auch eine sehr spannende Angelegenheit. Im Jahre 2000 saßen wir in dieser Bürgerschaft zusammen und alle Fraktionen bis auf eine kleine Gruppe, die dort hinten saß,

(*Karl-Heinz Warnholz CDU*: Aber Hacki war dabei!)

haben mit Begeisterung der Privatisierung der HEW zugestimmt und haben gesagt, der Weg könne nur darüber gehen, dass wir den Haushalt sanierten und in der Lage seien, die Energiepolitik neu zu organisieren. Jetzt wird mal so lapsig nebenbei und unernst – völlig richtig, wie ich finde – gesagt, wir müssten selbst neue Stadtwerke haben. Nehmen Sie sich als Politiker doch einmal ernst. Diskutieren Sie doch einmal solche Fragestellungen. Betreiben Sie doch einmal Selbstkritik, dass Sie damals großen Mist gebaut haben, und wie das eigentlich passieren konnte. Das ist doch die Voraussetzung dafür, überhaupt einmal wieder politisch ernst genommen zu werden.

(Beifall bei der LINKEN)

So hat man nicht das Gefühl, dass hier Politik organisiert wird. Hier wird die Klimapolitik nicht betrieben und auch keine richtige Energiepolitik, sondern irgendwie pragmatisch vor sich hin organisiert. Das ist inakzeptabel. Das hat diese Stadt nicht verdient.

(Norbert Hackbusch)

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Weitere Wortmeldungen sehe ich zu diesem ersten Thema nicht. Dann rufe ich das zweite Thema auf, angemeldet von der SPD-Fraktion:

Elbphilharmonie: Vom Glanzprojekt zum Millionengrab?

Das Wort hat Herr Dr. Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Themenwechsel: Die Elbphilharmonie ist ein faszinierendes Projekt, dem die SPD unter klaren Bedingungen zugestimmt hat. Das Konzerthaus wird zu einem Festpreis erstellt. Alle Risiken der Bauausführung trägt der Investor. Die Bedingungen sind von den besten Juristen in einem einmaligen Vertragswerk festgeschrieben. Unkalkulierbare Risiken für die Stadt bestehen nicht. Das waren die Ansagen des Senats zu einem Projekt, dessen Fassade Ihnen Probleme bereitet, bevor sie überhaupt errichtet ist.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Wie ist es dazu gekommen? Die Antwort gibt die Kulturbehörde selbst: Die Kostenentwicklung sei nicht erfreulich, weil das Projekt unterschätzt worden sei. Die Kompetenz der Beteiligten reiche nicht aus. Der Aufsichtsrat brauche dringend externen Sachverstand. Mit anderen Worten: Eine weitere Baustelle, die der Senat nicht im Griff hat. Es ist die Pflicht der Opposition, Probleme der Regierung aufzuklären. Aber unser Fragerecht wird unterlaufen. Einfache Fragen werden mit abwegiger Begründung nicht beantwortet. Wir hören stattdessen Gerüchte aus der Presse über Mehrkosten bis in dreistellige Millionenhöhe. Warum ist das ein Problem? Mit jeder Meldung über Kostensteigerung, mit jeder nicht beantworteten Frage wird die Zustimmung der Bevölkerung zur Elbphilharmonie untergraben. Es stimmt, in seinen Geheimgesprächen verhandelt der Senat über Geld, das er nicht hat. Wir wissen doch, dass Schwarz-Grün in den kommenden zwei Jahren 1,2 Milliarden Euro Miese machen wird. Schon mit der Novembersteuerschätzung wird das Defizit vermutlich steigen und die Finanzmarktkrise wird unseren Haushalt belasten, auch wenn der Finanzsenator dies immer noch bestreitet. Deshalb sagen wir, dass wir das knappe Geld dringend für Aufgaben brauchen, die schon jetzt zu kurz kommen. Woran liegt es, dass die Elbphilharmonie jeden Tag teurer wird? Wir fragen vor allem, welche Vorkehrungen der Senat getroffen hat, damit die Mehrkosten nicht allein von der Stadt getragen werden. Wann werden zum Beispiel die Bemühungen um Spenden und Sponsoren wieder aufgenommen? Es darf keinen Auto-

matismus geben, dass der Steuerzahler am Ende allein auf offenen Rechnungen sitzen bleibt, die sich aus einem schlecht geplanten Baufortschritt ergeben. Sonst besteht die Gefahr, dass die Elbphilharmonie doch zulasten anderer Bereiche der Kultur finanziert wird. Der Senat würde damit ein neues Versprechen brechen. Dies würde dann zulasten von Museen, Theatern und Bücherhallen gehen. Ein erstes Opfer scheint, wie man hört, ein seit längerem als Triennale geplantes, hochrangiges Kunst- und Kulturfestival zu sein. Der Senat ist nach Kräften dabei, ein faszinierendes Projekt Elbphilharmonie durch schlechtes Regieren und mangelnde Transparenz zu einem großen Ärgernis und einem finanziellen Desaster zu machen.

(Beifall bei der SPD, bei *Norbert Hackbusch* und *Dora Heyenn*, beide *DIE LINKE*)

Wir wollen das nicht und haben beschlossen, der Bürgerschaft ein detailliertes Berichtersuchen vorzulegen, denn es ist Zeit, dass die Fakten auf den Tisch kommen und das Parlament dem Senat auf die Finger klopft, damit es mit Geheimgesprächen, Gerüchten und Spekulationen ein Ende hat.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Martens.

Brigitta Martens CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Hamburger Bürgerinnen und Bürger, Herr Tschentscher, wollen die Elbphilharmonie nach wie vor.

(Beifall bei der CDU und bei *Jens Kerstan GAL*)

Schon in der Planungsphase ist die Elbphilharmonie Motor für die gesamte Kulturstadt Hamburg geworden.

(*Michael Neumann SPD:* So wie die Olympiabewerbung und die Universiade!)

Viele kleinere aber überaus wichtige Musikprojekte, wie zum Beispiel das Klingende Museum,

(*Michael Neumann SPD:* Aus Zwickau!)

warten auf das neue Konzerthaus. Was die Bürgerinnen und Bürger hingegen nicht wollen – da gebe ich Ihnen recht –, ist ein scheinbar weiches Bekanntwerden von Kostensteigerungen. Keiner der Verantwortlichen will hier das Projekt schönrechnen. Deshalb ist es jetzt auch so wichtig, dass die Fakten verlässlich und schnell auf den Tisch kommen. Seien Sie versichert, Herr Buss, daran wird gegenwärtig mit Hochdruck, intensiv und vor allen Dingen auch verantwortungsbewusst gearbeitet.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD:* Gut, dass Sie das ja wissen!)

– Ja, ich vertraue dem Senat.

(Brigitta Martens)

Der Bürgermeister hat in diesem Zusammenhang als unvermeidlichem Schritt vor zwei Wochen den Geschäftsführer der ReGe, Hartmut Wegener, gebeten, die Geschäfte niederzulegen.

(Arno Münster SPD: Rausgeschmissen hat er ihn!)

Jetzt ist weiterer externer Sachverstand an diese zentrale Stelle zum Controlling des Bauvorhabens hinzugezogen worden. Die Bewertung der Gesamtsituation und der Gesamtkosten ist zurzeit noch nicht möglich. Wie Sie, Herr Neumann, ganz genau wissen, dauern die Verhandlungen noch an.

(Michael Neumann SPD: Auf unsere Fragen bekommen wir keine Antworten!)

Was Zeitplan und Kosten für die Elbphilharmonie angeht, ohne überhaupt endgültige Kosten und Fakten festgestellt zu haben, bewegt sich komplett im Bereich der Spekulation.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Na, super!)

Jede Art von Spekulation wie auch Berichte in der Presse, man würde in der Elbphilharmonie aufgrund der Statik seekrank werden, bringen das Projekt Elbphilharmonie in eine komplett nicht gerechtfertigte Schieflage.

(Zurufe von der SPD)

Die SPD selbst ist bei dem Thema offensichtlich völlig zerrissen. Ohne Fakten zu kennen, wollten Sie noch vor zwei Wochen, Herr Neumann, aus reinem Opportunismus aus der politischen Verantwortung aussteigen. Und jetzt?

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Sie haben doch die politische Verantwortung!)

Damit ist der Beweis geführt. Sie sitzen zu Recht dort, wo Sie sitzen.

(Beifall bei der CDU)

Die bisherigen Fakten, die Ihnen im Übrigen allen bekannt sind, möchte ich hier noch einmal kurz aufführen. In der Machbarkeitsstudie – ich betone nochmals: in der Machbarkeitsstudie – waren die Baukosten für das gesamte Gebäude von 186,7 Millionen Euro ausgewiesen. Die konkrete Planungsvorlage, die Basis für die einstimmige Entscheidung hier in der Bürgerschaft war, sah Baukosten in Höhe von 241 Millionen Euro vor. Das Konzerthaus selbst hat daran einen Anteil in Höhe von 138 Millionen Euro. Letzter Sachstand hier in der Bürgerschaft war eine Kostensteigerung um weitere sieben Millionen Euro, die bekanntermaßen noch aus dem Etat für Unvorgesehenes gedeckt ist. Dem gegenüber stehen Spenden in Höhe von 67,56 Millionen Euro für den Konzertbereich. Auch wenn Sie es nicht hören wollen – ich habe es schon einmal gesagt –, im Vergleich

2008, hat die Oper in Oslo 450 Millionen Euro gekostet.

(Michael Neumann SPD: Ja, das ist der Maßstab!)

– Herr Buss, da wollen wir nicht hin. Herr Neumann, ich kenne die Reaktion. Es muss doch aber einmal deutlich gesagt werden, über welche Größenordnung wir bisher bei der Elbphilharmonie geredet haben.

(Beifall bei der CDU)

Diese ewig miesepetrige und kurzsichtige Art der SPD ist ein komplett falscher, schlechter Ratgeber.

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Wir haben es ja!)

In der gesamten Kostendebatte darf man doch aber bitte nicht vergessen, dass wir mit der Elbphilharmonie weitsichtig die Basis einer Kulturmetropole für die nächsten Jahrzehnte planen. Ich weiß, das können Sie sich politisch gar nicht vorstellen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Aber auch wir von der CDU wollen schnellstmöglich Klarheit und Transparenz bezüglich der Kosten und des Zeitplans des Projekts der Elbphilharmonie, aber nicht hier und heute um den Preis von Spekulation.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren, das Wort erhält jetzt Frau Senatorin Professor von Welck.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Fakten, Fakten, Fakten!)

Senatorin Dr. Karin von Welck: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Anmeldung des Themas Elbphilharmonie zur Aktuellen Stunde gibt mir die willkommene Gelegenheit, kurz etwas zur gegenwärtigen Situation und den anstehenden nächsten Schritten zu sagen. Diese Chance hätte ich auch schon sehr gern in der letzten Aktuellen Stunde wahrgenommen.

(Jan Quast SPD: Sie hätten auch eine Regierungserklärung abgeben können!)

Es ist richtig, dass sich das Projekt zurzeit in einer schwierigen Phase befindet, was vor allem durch die Komplexität dieses weltweit einzigartigen Vorhabens begründet ist.

(Michael Neumann SPD: Das kommt ja sehr überraschend!)

Dennoch sind wir sowohl mit dem Generalunternehmer HOCHTIEF als auch mit den Generalplannern, den Architekten Herzog & de Meuron, in konstruktiven, wenn auch naturgemäß schwierigen Verhandlungen. Dabei hat sich herausgestellt,

(Senatorin Dr. Karin von Welck)

dass wir für diese Verhandlungen mehr Zeit benötigen als ursprünglich vorgesehen. Dies ändert allerdings nichts daran, dass wir wie angekündigt die Bürgerschaft noch in diesem Herbst umfänglich über den Stand des Projekts informieren werden.

(Wilfried Buss SPD: September haben Sie gesagt!)

Wie weit auch immer der Stand der Verhandlungen sein wird, werden wir – möglicherweise wie von der SPD angeregt – in vertraulicher Ausschusssitzung berichten und dabei auch über unsere Einschätzung der Risiken informieren. Wir nehmen diese Anregung der SPD sehr ernst. Die Erkenntnis, dass die Verkantungen im Projekt mit der bisherigen personellen Konstellation nicht aufzulösen waren, hat, wie Sie wissen, den Bürgermeister veranlasst, den bisherigen Projektkoordinator, Herrn Wegener, zu bitten, die Geschäftsführung aufzugeben und so den Weg freizumachen für einen Neustart der Projektstruktur. Das war eine notwendige, wenn auch schwierige Entscheidung. Ich möchte Herrn Wegener für seinen Einsatz gerade auch in der Durchsetzungsphase der Elbphilharmonie danken und noch einmal betonen, dass er sich auch mit anderen Projekten Verdienste um die Stadt Hamburg erworben hat. Seitdem meine Behörde im Mai dieses Jahres die Federführung für das Projekt übernommen hat, haben wir mithilfe von externem Sachverstand das gesamte Vorhaben und dessen derzeitigen Status analysiert. Dabei haben wir erstens festgestellt, dass der Vertrag als solcher hervorragend ist, Herr Tschentscher, und zweitens, dass die aktuelle Lage des Projektes sowohl eine personelle Verstärkung der ReGe erfordert als auch eine Stärkung des Aufsichtsrates.

(Ingo Egloff SPD: Wieso haben Sie Herrn Wegener dann rausgeschmissen? –Michael Neumann SPD: Wieso ist die Senatskanzlei nicht darauf gekommen?)

Dieser wird in Zukunft durch einen Bauausschuss unterstützt werden, der überwiegend mit externem Sachverstand besetzt sein wird und dem Aufsichtsrat beratend zur Seite steht. Diese Überlegungen sind in den vergangenen Wochen zur Entscheidungsreife entwickelt worden und werden zurzeit umgesetzt. Ich bin sehr dankbar, dass sich Herr Johann Lindenberg, ehemals Vorstandsvorsitzender der Unilever Deutschland, Herr Dr. Wilhelm Friedrich Boyens, Executive Chairman und ehemaliger geschäftsführender Vorsitzender von Egon Zehnder, Professor Dr. Eckart Kottkamp, Vorsitzender des Hochschulrats der Hochschule für Angewandte Wissenschaften, und Herr Diplomingenieur Jens-Ulrich Maier, Geschäftsführer Bau bei der ECE,

(Ingo Egloff SPD: Wir sind ganz beeindruckt von den ganzen Titeln!)

bereit erklärt haben, zusammen mit Staatsrat Reinhard Stuth sowie dem Haushaltsdirektor der Finanzbehörde, Herrn Hans Hinrich Coorssen, und dem Senatsdirektor der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Herrn Horst-Michael Pelikahn, den neuen Aufsichtsrat zu bilden. Lieber Herr Neumann, es wäre nett, wenn Sie zuhören würden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Dieser deutlich verstärkte Aufsichtsrat wird den Nachfolger von Herrn Wegener, Herrn Heribert Leutner, tatkräftig unterstützen können. Mit Herrn Leutner ist es uns gelungen, einen neuen Geschäftsführer für die ReGe zu gewinnen, der zum einen als ehemaliger Projektleiter das Vorhaben sehr genau kennt, und zum anderen aus seiner bisherigen Tätigkeit mit der technischen und kaufmännischen Leitung von Großprojekten vertraut ist.

Bei all den zu bewältigenden Problemen und trotz des Medienwirbels der letzten Tage und Wochen bitte ich Sie, eines nicht zu vergessen: Die Elbphilharmonie ist ein großartiges Vorhaben für unsere Stadt, das schon jetzt weltweit eine außerordentlich positive Resonanz erfahren hat. Aber auch hier vor Ort, in Hamburg, hat die Entscheidung für den Bau der Elbphilharmonie eine geradezu überwältigende Welle der Begeisterung und des Engagements ausgelöst und, Herr Tschentscher, die Spendeneinnahmen gehen erfreulicherweise weiter. Auch die übergroße Nachfrage nach Besichtigungsterminen für die Baustelle, wie am vorletzten Wochenende, ist ein Zeichen für dieses große Interesse. Zudem ist die Bedeutung von Musik für unsere Stadt und unsere Gesellschaft in Hamburg in aller Munde. Frau Martens hat darauf hingewiesen. Die Orchester haben sich zu einem positiven Wettstreit um die besten Ideen und die besten Konzerte aufgemacht, in den Schulen und Kindergärten wird mehr denn je musiziert und gesungen, und dies wird in den kommenden Jahren noch zunehmen. Wir haben mit Christoph Lieben-Seutter einen hervorragenden, der Zukunft zugewandten, Intendanten für die Elbphilharmonie und Laeiszhalle finden können und es ist ein Netzwerk Neue Musik entstanden und auch die Livemusikclubs sollen in den kommenden Jahren gestärkt werden, wie überhaupt die Rock- und Popszene.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Frau Professor von Welck, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Böwer?

Senatorin Dr. Karin von Welck (fortfahrend): Nein. Ich bin nämlich gleich fertig, dann können Sie gern weiter reden.

Wer hätte noch vor wenigen Jahren all diese Entwicklungen in Hamburg für möglich gehalten?

(Senatorin Dr. Karin von Welck)

(Michael Neumann SPD: Ich hätte die nicht für möglich gehalten, so eine Kostensteigerung!)

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam das Projekt Elbphilharmonie weiter voranbringen und über allen momentanen Schwierigkeiten nicht vergessen, dass dieses Konzerthaus eine große Chance für unsere Stadt ist, für die es sich gemeinsam zu kämpfen lohnt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält Frau Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD hat das Thema Elbphilharmonie heute zur Debatte in der Aktuellen Stunde angemeldet. Das finden wir richtig, denn die Lage ist ernst. Das wiehernde Gelächter dort hinten finde ich weniger angemessen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Welches Gelächter?)

Vorweg möchte ich für die GAL-Fraktion festhalten, dass wir nach wie vor zu dem Projekt Elbphilharmonie stehen. Wir wollen, dass Hamburg Musikstadt wird. Wir wollen, dass es im Hafen einen Kristallisationspunkt für Kultur und Kreativität gibt, ein Kraftzentrum, das über die Education-Programme in die Stadtteile hinein wirkt

(Sören Schumacher SPD: Denglisch!)

und wir wollen, dass sich das Selbstverständnis als Kulturmetropole in einem neuen Wahrzeichen – der Elbphilharmonie eben – architektonisch ausdrückt. Die GAL steht also zu diesem Projekt, aber – und das muss an dieser Stelle ebenso deutlich betont werden – so, wie es in der Vergangenheit lief, darf, kann und wird es in der Zukunft nicht weiterlaufen. Wir haben die Umsetzung des Baus der Elbphilharmonie nach dem einstimmigen Beschluss hier im Hause 2007 kritisch begleitet. Der Senat hat die ReGe eingesetzt, um die Interessen des Bauherren, also der Stadt, gegenüber dem Generalunternehmer und dem Generalplaner zu vertreten. An die Spitze der ReGe hat der Senat Herrn Wegener gestellt, wohl, weil er sich in der Stadt einen Ruf als durchsetzungsfähiger Macher erworben hatte. Ich möchte an dieser Stelle gar nicht abschließend bewerten, welche Gründe personeller oder struktureller Art zu der katastrophalen Lage geführt haben. Festzustellen ist aber, dass unter der Federführung von Herrn Wegener drei von der GAL schon frühzeitig scharf kritisierte Kardinalfehler begangen wurden.

(Thomas Böwer SPD: Na, jetzt haben wir ja den Schuldigen. Erzählen Sie mal!)

Sie beruhten auf völliger Verkenntung der Situation und führten zu Regelungen im Vertragswerk, die

im einen Falle falsch und im anderen Falle falsch und teuer waren. Der erste Fall war die Einschätzung Herrn Wegeners, zehn Millionen Euro im Kostenplan ... Herr Buss, es wäre einfach prima, Sie würden zuhören.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Wilfried Buss SPD: Wir haben doch zugehört!)

– Herr Buss – also, einfach mal weiter zuhören. Vielleicht sind wir gar nicht so weit auseinander.

Der erste Fall ist die Fehleinschätzung Herrn Wegeners gewesen, dass zehn Millionen im Kostenplan für unvorhergesehene Ausgaben reichen würden.

(Ingo Egloff SPD: Da haben Sie ja das Bauernopfer schon gefunden!)

Angesichts der realen Entwicklung kann man nur den Kopf schütteln über so viel Unverstand.

(Ingo Egloff SPD: Die Aufsicht lag bei Herrn Dr. Schön im Aufsichtsrat, der ist aber abgelöst worden!)

Der zweite Fall ist die Deckelung der vom Generalunternehmer zu zahlenden Zeitverzögerungsstrafen bei 24 Millionen Euro. Auch hier ist die Realität längst darüber hinweggegangen. Das Dritte ist das kommunikative Desaster, das Herr Wegener mit seinen Äußerungen in den beratenden Ausschüssen und in der Öffentlichkeit angerichtet hat. Ich rufe nur den einen Satz in Erinnerung, wir haben ihn heute schon gehört, Herr Tschentscher hat ihn zu Beginn seiner Rede schon zitiert:

"Unabwägbare Risiken bestehen nicht."

(Ingo Egloff SPD: Der hat als Senatsvertreter geredet!)

Mit der Entlassung von Herrn Wegener und der Berufung von Heribert Leutner als seinem Nachfolger, der personellen und inhaltlichen Verstärkung der ReGe und nicht zuletzt durch die Installierung des Bauausschusses sind längst fällige Konsequenzen gezogen worden. Das begrüßen wir ausdrücklich.

(Beifall bei der GAL – Ingo Egloff SPD: Längst fällig!)

Es ist für uns aktive Politiker, die in diesen schwierigen Zeiten zur Elbphilharmonie stehen, hilfreich, wenn eine so erfahrene Persönlichkeit wie der ehemalige Bürgermeister von Hamburg einen klaren Blick von außen auf die Situation wirft – Zitat:

"Die öffentliche Diskussion um Baukosten wird vergessen sein. Ganz wie bei der Oper in Sydney. Hamburgs neues Wahrzeichen Elbphilharmonie wird der Stadt und ihrer alten Musikkultur neue Strahlkraft verleihen und dem Stadtbild ein außerordentliches Profil."

(Dr. Eva Gümbel)

Soweit Klaus von Dohnanyi heute in der "Süddeutschen Zeitung". Ich denke, er hat recht.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Zeug, von dem Sie genascht haben, bevor Sie diese Rede gehalten haben, hätte ich auch gerne einmal.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Es kann doch nicht wahr sein, dass sich die verantwortlichen Parteien in einer öffentlichen Debatte, in der es um explodierende Kosten und riesige Summen geht – jeder, der damit etwas zu tun hat, weiß, wie bitter jede Million ist, über die wir diskutieren –, hier hinstellen und im Wesentlichen das Gleiche zum Thema Elbphilharmonie sagen wie bisher nach dem Motto, es wird alles ganz toll und wunderbar, und nicht auf die Krisensituation eingehen. Das halte ich für inakzeptabel.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – *Kai Voet van Vormizeele CDU:* Sie führen die gleiche Neiddebatte wie immer!)

Das gesamte Projekt ist doch nicht das Projekt des Herrn Wegener, sondern es ist das zentrale Projekt des Senats. Der Bürgermeister hat sich oft genug dazu hingestellt und Herr Schön ist dort in verantwortlicher Position gewesen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Die Betonung liegt auf gewesen!)

Das ist eine Aufgabe des gesamten Senats. Dementsprechend ist es nicht dadurch zu lösen, dass man jetzt eine Figur nimmt und damit meint, das Problem lösen zu können.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wie groß sind eigentlich die Dimensionen, über die wir gegenwärtig reden. Wir wissen aus erstaunlicherweise gut informierten Quellen innerhalb der Zeitung, dass es um Dimensionen in Höhe zwischen 140 und 240 Millionen Euro Mehrkosten geht. Diejenigen, die sich das Projekt mal angesehen haben, wissen, dass – wenn überhaupt – gerade mal ein Drittel der Elbphilharmonie gebaut worden ist und trotzdem reden wir schon von solchen Summen. Das heißt, wir haben die Situation einer Verdoppelung, Verdreifachung, wenn nicht Vervierfachung dessen, was an Kosten auf uns zukommt. Das sind Sydney-Verhältnisse. Das ist natürlich eine Gefahr, die auf uns zukommen kann, darüber muss man Rechenschaft abliefern.

(Beifall bei *Thomas Böwer SPD*)

Wir haben die dramatische Situation, dass die gegenwärtig steigenden Preise, die zu schultern sind, nur noch der öffentlichen Hand zulasten gehen. Wir haben dort kein Public-Private-Partnership,

(*Jens Kerstan GAL:* Dann haben Sie den Vertrag nicht gelesen!)

weil sich nach den Informationen, die wir gesehen haben – und den Vertrag durfte ich bisher noch nicht lesen, die Informationen werden wir vielleicht dann im Ausschuss zur Verfügung gestellt bekommen –, zeigt, dass diese Verträge abgeschlossen worden sind und deshalb die Gefahr besteht, dass diese gesamte Verantwortung auf die öffentliche Hand übergeht und entsprechend negativ für uns ausfällt.

Insgesamt erwarten wir, dass zumindest im Ausschuss selbstkritisch vom Senat dargestellt wird, welches die Punkte sind, die falsch eingeschätzt worden sind. Da kann man sich nicht so herausreden wie das hier geschehen ist. Alle Reden, die dazu gehalten worden sind, sind Stoiber'sche Ausmaße.

(*Michael Neumann SPD:* Minus 17!)

Wir wissen alle, wie er damals vom Transrapid geredet hat und wo Stoiber'sche Ausmaße gelandet sind. Das wird dieser Regierung auch passieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Nach Paragraph 22 Absatz 3 der Geschäftsordnung haben nun die Fraktionen von CDU und SPD die Gelegenheit, noch einmal Stellung zu nehmen.

Wird das Wort gewünscht? – Herr Grote hat das Wort.

Andy Grote SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Alle vollmundigen Bekenntnisse und Allgemeinplätze zur Elbphilharmonie, die wir heute wieder gehört haben und die wir alle auch gut kennen, können natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, in welcher dramatischen Situation das Projekt Elbphilharmonie ist. Frau Kollegin Martens, letztes Mal haben Sie noch liebevoll von der "Elphi" gesprochen.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Kein Neid! Kein Neid!)

Den zärtlichen Unterton habe ich ein bisschen vermisst in Ihrer heutigen Rede. Das Projekt entwickelt sich doch nach und nach in eine Richtung, die schwer nachzuvollziehen und zu begreifen ist. Wir haben Kostensteigerungen von 100 bis 200 Millionen Euro, die im Raum stehen. Natürlich wissen wir es noch nicht genau – das ist richtig –, aber es ist auch keine reine Spekulation, denn wenn das alles nur Spekulation wäre, dann hätten

(Andy Grote)

Sie kaum den Projektkoordinator entlassen und die gesamte Projektorganisation neu sortiert und umorganisiert.

Was wir in diesen Tagen und auch an Redebeiträgen erleben, sind in Wahrheit Zeugnisse eines dramatischen Kontrollverlustes und von Hilflosigkeit auf Seiten des Senats

(Beifall bei der SPD)

und das bei einem Projekt, das mehr als jedes andere in dieser Stadt auf Verlässlichkeit, Berechenbarkeit, Transparenz und Solidität angewiesen wäre, um weiterhin die notwendige Akzeptanz zu bekommen.

Seekrank, Frau Kollegin Martens, muss Ihnen nur werden, wenn Sie sich den Zustand dieses Projektes vor Augen halten. In Wahrheit ist das ein Dampfer in schwerer See mit hoher Geschwindigkeit ohne Radar in einer Nebelwand. Und mitten im Sturm haben Sie sich entschieden, den Steueremann über Bord zu werfen.

(Beifall bei Arno Münster SPD – Klaus-Peter Hesse CDU: Alles nur Leichtmatrosen in der SPD!)

Im Dezember kommt aber vielleicht schon ein neuer und bis dahin gute Reise. Im Maschinenraum steht die CDU, allen voran Herr Hesse, und weil der Kessel unter Dampf bleiben muss, wird weiter fleißig Steuergeld ins Feuer hineingeschaufelt und Sie rufen quasi der SPD zu: Wir wissen zwar nicht, wohin es geht, aber fasst mal mit an, wir wollen noch eine Schippe drauflegen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich höre, jetzt sei alles im Griff, die notwendigen Änderungen seien vorgenommen worden, dann muss man sagen, was wir erlebt haben, ist eine hektische Notoperation mit völlig offenem Ausgang.

(Olaf Ohlsen CDU: Er ist der Klabautermann hier!)

Sicher ist, dass der Senat – und das zeigen die jetzigen Umbaumaßnahmen, die Sie vorgenommen haben – mit diesem Projekt strukturell überfordert ist. Sie haben zugegeben, dass Sie die Komplexität unterschätzt haben, dass Ihnen die Kompetenz fehlt, das abzuwickeln, dass Sie mehr Sachverstand brauchen und das zu einem Zeitpunkt, wo wir mitten in der Realisierung sind. Sie haben natürlich diese Strukturrescheidungen alle selbst getroffen. Das war nicht irgendein Projektentwickler, sondern diese Struktur, die hier aufgebaut wurde, und auch der Vertrag, von dem die eine Seite des Bündnisses sagt, das sei der beste Vertrag, den man sich vorstellen könne und die GAL erklärt, das sei ein ganz schlechter Vertrag, und zwar an mehreren Stellen, sind alles Entscheidungen, die natürlich nicht Herr Wegener getroffen hat. Auch die ge-

samte Struktur ist nicht von Herrn Wegener entschieden worden.

Sie haben jetzt den Projektkoordinator entlassen und werden uns sicherlich noch genaue Auskunft zu den Verfehlungen geben. Im Übrigen sind wir sehr dankbar, Frau Senatorin, dass Sie die Anregung aufgreifen und in vertraulicher Sitzung Bericht darüber erstatten wollen.

(Jörn Frommann CDU: Ist Böwer dabei?)

Wir greifen das gerne auf und hoffen, dass Sie diese Ankündigung auch wahrnehmen, denn das wäre wirklich ein Schritt zur Vertrauensbildung, der an dieser Stelle erforderlich ist.

Wenn Sie den Projektkoordinator entlassen und dann die Rede von Verkantungen ist, die es im Verhältnis zu einem Investor gibt, dem die GAL vorwirft, dass der eigentlich Erpressung betreibe, dann ist es gegenüber dem Investor vermutlich richtig, eine klare Kante zu zeigen als Stadt. Ich nehme nicht an, dass Sie von dem neuen Projektkoordinator da mehr Geschmeidigkeit erwarten wollen.

Wenn Sie sagen, wir würden uns hier verantwortungslos verhalten, dann muss ich Ihnen sagen, dass es eine Zustimmung der SPD zu dem Projekt gibt, das ein faszinierendes Projekt bleibt, aber auf der Grundlage, die bisher zugesichert wurde.

(Dr. Andreas Dressel SPD: So ist es!)

Wenn diese Grundlage nicht mehr besteht, dann muss erst einmal das Vertrauen, das wir bisher zu den Aussagen des Senats hatten, an dieser Stelle neu erarbeitet werden und das liegt allein in Ihrer Hand. Sie haben dieses Projekt ins Chaos geführt und es liegt an Ihnen, die Vertrauensgrundlagen wieder herzustellen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor.

(Michael Neumann SPD: Feige sind die auch noch!)

Wir sind am Ende der Aktuellen Stunde angekommen und können in der Tagesordnung fortfahren.

Bevor ich den Punkt 19 der Tagesordnung aufrufe, darf ich Ihnen die freudige Mitteilung machen, dass unsere Kollegin, Frau Stöver, einen gesunden Sohn Thilo zur Welt gebracht hat.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich glaube, es ist angemessen, dass wir hierzu herzliche Glückwünsche aussprechen und Mutter und Sohn und natürlich auch der gesamten Familie alles Gute wünschen.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

Ich rufe nun Punkt 19 der Tagesordnung auf, Bericht des Haushaltsausschusses, Haushaltsplan 2008, Einzelplan 4, Mehrbedarf im Deckungskreis 43 "Kindertagesbetreuung" – Mehrbedarf im Deckungskreis 46 "Hilfen für Erziehung, Inobhutnahmen und sonstige Einzelfallhilfen nach dem SGB VIII".

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/918:

Haushaltsplan 2008

Einzelplan 4 – Mehrbedarf im Deckungskreis 43 "Kindertagesbetreuung" – Mehrbedarf im Deckungskreis 46 "Hilfen für Erziehung, Inobhutnahmen und sonstige Einzelfall-Hilfen nach dem SGB VIII" (Senatsantrag)

– Drs 19/1097 –]

Frau Dr. Föcking, bitte.

Dr. Friederike Föcking CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Eine alte Weisheit besagt: Wat de een sien Uul, is den anner sien Nachtigall. Diese Weisheit gilt immer wieder auch in der Politik und so heute auch hier bei den Nachtragsforderungen der Sozialbehörde. Hier hört der Haushälter wohl zunächst die Eule, die Mehrkosten verkündet, während der Familien- und Jugendpolitiker von der überraschend großen Nachfrage nach Kita- und Krippenplätzen die Nachtigall trällern hört.

Nun will ich Ihre ornithologische Geduld nicht überstrapazieren. Deshalb halten wir fest: Immer mehr Hamburger Kinder besuchen eine Krippe, eine Kita oder einen Hort und ihre Zahl steigt weiter. Das ist ein echter Erfolg unserer Politik für einen Ausbau der Kinderbetreuung.

(Beifall bei der CDU)

Seit 2001, vor Einführung des Gutscheinmodells, ist die Zahl der Kinder in der Kindertagesbetreuung bis 2007 um fast 6000 gestiegen. Sie von der Opposition behaupten gerne, dass sozial benachteiligte Kinder davon nicht profitieren würden. Tatsache ist aber, dass die Betreuungsquoten auch in Stadtteilen mit sozialen Problemen in den letzten Jahren nicht nach unten, sondern nach oben gegangen sind. Auch die Zahl der Kinder, denen ein Gutschein wegen dringlichen sozialpädagogischen Bedarfs bewilligt wird, steigt seit Jahren kontinuierlich.

Erfolg ist natürlich nicht umsonst zu haben, Erfolg hat seinen Preis. Zwar hatte der Senat bei seinen Haushaltsplanungen im Frühjahr 2006 bereits damit gerechnet, dass die Nachfrage nach Kita- und Krippenplätzen weiter steigen würde, 2008 sind es aber im Jahresdurchschnitt gut 5000 Kinder mehr als veranschlagt, die einen Platz benötigen. Das muss natürlich finanziert werden.

(Jörn Frommann CDU: Richtig!)

Was sind die wichtigsten Gründe für diesen Run auf Kinderbetreuungsplätze?

Erstens die erfreuliche Belegung des Hamburger Arbeitsmarktes.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Immer mehr Mütter und Väter haben Arbeit oder eine Ausbildungsstelle gefunden und benötigen daher eine Betreuung für ihre Kinder.

Zweitens: Immer mehr Mütter mit kleinen Kindern steigen nach Auslaufen des Elterngeldes wieder zügig in den Beruf ein und brauchen daher für die Kleinen einen Krippenplatz. Von allen Hamburger Kleinkindern unter drei Jahren wurden 2007 fast 22,2 Prozent in einer Krippe betreut. 2008 werden es fast 26 Prozent sein. Damit liegt Hamburg an der Spitze aller westlichen Bundesländer.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ein weiterer wichtiger Grund für die überraschend starke Zunahme ist drittens, dass nicht zuletzt infolge der Bildungsdiskussion nach PISA die Eltern ihre Kinder immer früher in die Tageseinrichtungen bringen. Immer mehr Eltern sind überzeugt, dass Kita und Vorschule wichtige Stationen auf dem Bildungsweg ihrer Kinder sind. Es gibt heute in Hamburg fast keine Fünf- bis Sechsjährigen mehr, die nicht in eine Kita oder Vorschule gehen.

Die Folgen dieser starken Nachfrage sind vielerorts in Hamburg zu besichtigen. Bislang haben in diesem Jahr 31 Kitas neu eröffnet. Bis zum Ende des Jahres werden voraussichtlich 34 weitere dazu kommen. Außerdem erweitern mehr als 80 Kitas ihr Angebot an Plätzen. Dafür werden im Haushalt rund 28,3 Millionen Euro zusätzlich benötigt. 2008 wird unsere Stadt damit rund 410 Millionen Euro in die Tagesbetreuung von Kindern investieren. Ich sage bewusst investieren, denn Ausgaben für eine moderne, menschlich und pädagogisch anspruchsvolle Betreuung sind keine sozialen Almosen, sondern Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und damit von uns allen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Nun werden Sie zu Recht anmerken, dass diese Nachforderungen für 2008 nicht allein der Kindertagesbetreuung geschuldet sind. Nicht prognostizierte Mehrausgaben gibt es auch auf dem Gebiet der Hilfen zur Erziehung und für den Kinderschutz. Auf diese Hilfen haben Kinder und Jugendliche einen Rechtsanspruch. Hier sind die durchschnittlichen Fallzahlen deutlich gestiegen. Waren es 2007 noch rund 7000 Fälle, so werden es in diesem Jahr mehr als 8000 Fälle sein, rund 1000 mehr als seinerzeit erwartet. Dafür werden im laufenden Haushalt rund 27 Millionen Euro mehr benötigt.

(Dr. Friederike Föcking)

Besonders stark haben die Fälle der sozialpädagogischen Familienhilfe zugenommen, also die Fälle, in denen Fachleute in die Familie hineingehen, um dort über viele Monate lang die Organisation des Alltags und des Umgangs miteinander verbessern zu helfen. Warum diese nicht vorhergesehene Steigerung bei den Hilfen zur Erziehung? Ein wichtiger Grund ist, dass das Thema Kinderschutz – auch dank der Anstrengung des Hamburger Senats – stärker in das öffentliche Bewusstsein gedrungen ist. Kitas, Schulen, nicht zuletzt die Polizei, aber auch Nachbarn melden sich heute eher beim Jugendamt oder unter der von der damaligen Senatorin Schnieber-Jastram eingerichteten Kinderschutz-Hotline, wenn Sie den Verdacht haben, dass ein Kind oder Jugendlicher vernachlässigt oder sogar misshandelt wird. Heute wird seltener weggeschaut, wenn ein Kind möglicherweise in Not ist.

Hinzu kommt, dass bei den Hilfen zur Erziehung die Zahl der Fälle, vor allem aber deren Kosten sehr schwer vorherzusagen sind. Das Gesetz schreibt vor, dass so geholfen werden soll, wie es dem jeweils besonderen Einzelfall entspricht. Da kann es genügen, dass ein Schulkind für eine begrenzte Zeit in einer sozialpädagogisch geleiteten Gruppe ein altersgemäßes Sozialverhalten lernt. In einem anderen Fall hingegen muss eine Familienhelferin zwei Jahre lang eine Familie intensiv betreuen oder muss ein Kind in einem Heim untergebracht werden. Entsprechend unterschiedlich sind die Kosten für den einzelnen Fall.

Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass die Entwicklung in anderen deutschen Großstädten nicht anders ist als in Hamburg, ja die Leistungsdichte, also die Zahl der Fälle pro Einwohner, in einigen anderen Großstädten sogar noch deutlich höher ist als hier. Nichtsdestoweniger wollen wir natürlich erreichen, dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die Hilfen zur Erziehung brauchen, nicht immer weiter steigt, denn hinter dem, was die Statistik nüchtern als Fall bezeichnet, verbirgt sich ein Kind oder junger Mensch, um den sich keiner richtig kümmert, der möglicherweise Gewalt erlebt oder kein Zuhause hat. Daher ist es wichtig, dass unsere neuen präventiven Hilfsangebote, zum Beispiel die der Familien-Hebammen- oder Eltern-Kind-Zentren greifen. Je früher den Eltern, die nicht allein für das Wohl ihrer Kinder sorgen können, geholfen wird, desto besser sorgen wir dafür, dass diese Kinder eines Tages nicht die oft schwierig zu leistende Hilfe zur Erziehung brauchen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie sehen also, dass die Nachforderungen für den laufenden Haushalt notwendig und wohl begründet sind. Deshalb werden wir als CDU-Fraktion diesen Nachforderungen zustimmen. Schließlich hat sich auch der Haushaltsausschuss einstimmig überzeu-

gen lassen, dass hier die Nachtigall alles in allem die Eule übertönt hat. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Böwer.

(Jörn Frommann CDU: Wer hat das denn zugelassen?)

Thomas Böwer SPD:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin nicht Carola Veit, soll Sie aber herzlich von ihr grüßen und für meine Fraktion Stellung zum Nachtragshaushalt Kita und Hilfen zur Erziehung nehmen. Weil man als Stellvertreter in der Sache nicht mehr so drin ist, guckt man zur Vorbereitung in alte Protokolle.

Dort stehen Worte des GAL-Haushaltspolitikers Willfried Maier aus der letzten Legislaturperiode, die eine Verbindung zwischen der Elbphilharmonie und der Kindertagesbetreuung herstellen. Ich möchte die nur vorlesen, weil wir nachher auch über den Kita-Bereich reden. Da sagt er laut Protokoll:

"Gleichzeitig ist völlig unklar, wie dieser Erfolg bezahlt werden soll. Deswegen haben wir Haushaltspolitiker in der Fraktion gesagt: Es verstößt gegen unsere Berufsethre, etwas zu beschließen, von dem wir nicht wissen, woher das Geld kommen soll. Darum stimmen wir zwar nicht dagegen, aber wir enthalten uns."

(Antje Möller GAL: Ja, so ist es!)

Als wir am 21. April 2004 gemeinsam das Kinderbetreuungsgesetz beschlossen haben, wussten wir, was wir taten. Von daher findet der geforderte Nachtrag von etwa 30,69 Millionen Euro absolut unsere Zustimmung,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Dann kannst Du Dich ja wieder setzen!)

weil wir schon vor langer Zeit gesagt haben, dass es einen verstärkten Bedarf in der Verbindung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gibt. Es gibt einen hohen Bedarf im Zusammenhang mit der Frage der frühkindlichen Erziehung und Bildung. Weil ich Böwer bin, will ich daran erinnern, dass Sie in diesem Parlament dreimal gegen dieses Gesetz gestimmt haben und erst beim vierten Mal gemeinsam zugestimmt haben.

(Olaf Ohlsen CDU: Na bitte!)

Auch auf diesem Wege sind wir nun in einem Boot. Von daher brauchen wir uns in dieser Frage nicht zu streiten.

Ein Punkt sei allerdings bei einer Nachforderung von 30 Millionen Euro angesprochen und das ist die Umsetzung des Gesetzes im Zusammenhang

(Thomas Böwer)

mit dem Paragraphen 4, nämlich der Frage der Gesundheitsvorsorge. Der sagt eindeutig:

"Die zuständige Behörde führt in den Einrichtungen für alle Kinder zahnärztliche Reihenuntersuchungen und eine einmalige ärztliche Untersuchung auf Seh- und Hörstörungen sowie motorische und Sprachauffälligkeiten in der Regel im vierten Lebensjahr durch."

Dieses ist eine Gesetzesnorm und in der Tat könnte der Senat jetzt hingehen und sagen, ja, aber wir sind ermächtigt worden zu einer Rechtsverordnung. Ein Blick in die Rechtsverordnung dieses gleichen Gesetzes, denn man weiß ja, was man geschrieben hat. Dort heißt es:

"Art und Umfang sowie die zeitliche Folge der Untersuchungen nach Paragraph 4 ..."

können in einer Rechtsverordnung geregelt werden, nicht die Anzahl.

Von daher fordere ich den Senat an dieser Stelle auf, insbesondere dann, wenn man sagt, wir machen dieses auch zum Schutze und Wohle der Kinder, endlich die Bestimmungen des Kinderbetreuungsgesetzes auch in diesem Punkt umzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist einer der wesentlichen Bereiche gewesen, über den wir im April 2004 verhandelt haben. Das war einer der Bereiche, bei dem Senatsmitglieder in den Verhandlungen gesagt haben, dafür brauchen wir noch ein Jahr länger. Das ist zugebilligt worden. Deswegen ist genau dieser Paragraph, Herr Staatsrat, ein Jahr später in Kraft getreten. Aber eine 25-Prozent-Regelung, wie Sie sie im Augenblick versuchen der Öffentlichkeit weiszumachen, findet sich nirgendwo im Gesetz wieder, auch nicht in den Ermächtigungen.

Wir kommen zu einem zweiten Bereich im Bereich der Nachtragsdrucksachen, das ist der Bereich Hilfen zur Erziehung. Ich will konstatieren, dass ich den Eindruck habe, dass mit Senator Wersich das erste Mal seit vielen Jahren wieder ein Senator auf dem Stuhl in der Sozialbehörde sitzt, der ein Verständnis zu der Thematik aufgebaut hat. Das war einige Jahre vorher nicht der Fall und das ist ein Fortschritt. Gerade in dem Zusammenhang Hilfen zur Erziehung kommt das zum Tragen, was der vor kurzem viel zu früh verstorbene Professor Riedesser mit dem afrikanischen Sprichwort formuliert hat:

"Für die Erziehung eines Kindes braucht man ein ganzes Dorf."

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das hören gerade mal zehn Sozialdemokraten!)

Gerade Erziehung in schwierigen Fällen ist keine Privatangelegenheit. Von daher ist eine Nachforderung in dieser Höhe gerechtfertigt. Man muss

nur noch einmal hinschauen, ob das Geld an dieser Stelle richtig ausgegeben ist und ob dieses Thema auch stimmt.

Erster Punkt, der gerade von der Kollegin Föcking angesprochen worden ist. Sie sagt, die sozialpädagogische Familienhilfe sei gestiegen und begründet dieses mit dem aufkommenden Anmeldeverhalten im Zusammenhang mit der Frage von Kindeswohlmissbrauch und all den Dingen. Frau Föcking, ich habe meine Zweifel, ob wir da auf dem richtigen Weg sind, denn – verglichen mit der Medizin – wenn jemand mit einem Herzinfarkt ins UKE eingeliefert wird, dann bekommt er von vornherein Intensivmedizin angeboten. Wir in der Jugendhilfe bieten zu oft nur ein halbes Aspirin an. Ich erinnere daran, dass wir mittlerweile wissen, dass Morsal von sozialpädagogischer Familienhilfe betreut wurde. Sozialpädagogische Familienhilfe verkommt, so wie in Hamburg praktiziert, zu einem Placebo der Jugendhilfe bei einer Bruttobetreuung von umfänglich sechs Stunden. Das ist zu wenig.

Ein zweiter Punkt. Sie haben nach dem Fall Morsal gesagt, dass Sie ein Worst-Case-Szenario entwickeln und alle Fälle überprüfen werden. Darüber hatten wir auch eine Debatte im Ausschuss geführt. Dort ist gesagt worden, das tun wir. Wir überprüfen alle Fälle. Frau Goetsch und Herr Wersich sind vor die Presse getreten und haben gesagt, dass jetzt alle Fälle nach dem neuen Standard untersucht werden. Die Antwort auf eine Kleine Anfrage ergibt, dass es gar nicht passiert. Es ist ein Papiertiger.

Das Geld ist angelegt, aber die Frage sei gestattet, ob es gut angelegt ist. In diesen 27 Millionen Euro verbergen sich auch Kosten von 550 000 Euro für die Unterbringung von ein bis zwei Jugendlichen in der Feuerbergstraße für die Monate Januar bis August. Das ist eine stolze Summe, insbesondere dann, wenn man feststellen durfte, dass sich Jugendliche dort mittlerweile selbst entlassen können. Klaus-Peter Hesse hat diese geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße als eine Perle der Jugendhilfe und Hilfen zur Erziehung bezeichnet.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Bei uns siehst Du wenigstens noch welche! Von Euch sind ja kaum noch welche da!)

– Ja, das mag sein, aber Du bist ja nicht zu übersehen.

Letztendlich werden wir beiden Punkten zustimmen. Der Frage Kita deswegen, weil es die Umsetzung, bis auf den Paragraphen 4, eines von uns selbst in das Parlament eingebrachten Gesetzes ist und wir die Notwendigkeit sehen. Aber an dieser Stelle, ob das Geld auch gut angelegt ist, werden wir Ihnen immer wieder als kritischen Begleiter nicht aus dem Weg gehen. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Böwer, das ist prima, wenn Sie zustimmen. Dann brauchen wir gar nicht so strittig zu debattieren.

(Michael Neumann SPD: Sie machen das trotzdem!)

Ich denke, wir sind uns mit dieser Drucksache alle einig,

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü übernimmt den Vorsitz.)

denn wenn selbst Herr Böwer kein Haar in der Suppe bei der Kita-Betreuung findet, dann ist da auch keins.

(Dr. Mathias Petersen SPD: Doch, hat er!)

Ich glaube, Frau Föcking hat ausführlich gesagt, wofür diese Mehrausgaben sind. Interessanterweise müssen wir einmal festhalten – wir haben eben über die Elbphilharmonie debattiert –, dass es gute und schlechte Ausgaben gibt. Die Steigerung bei der Elbphilharmonie ist sicherlich etwas, was uns alle nicht begeistert. Das würde ich in den Rahmen der nicht so positiven Ausgabensteigerung fassen. Aber bei den Ausgaben im Kita-Bereich können wir gar nichts wegreden. Das sind durchaus positive Ausgaben. Frau Föcking hat ausführlich dargestellt, wie sich die begründen, hauptsächlich im Krippenbereich, Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insgesamt waren es 3741 Kinder mehr in der Tagesbetreuung, mehr als man angenommen hat. Die großen Abweichungen gab es in der Tat hauptsächlich im Krippenbereich.

Was ich interessant finde, weil das ein Bereich ist, der mir auch sehr am Herzen liegt, ist, dass es auch bei den Kindern aus benachteiligten Familien, die vielleicht dringenden pädagogischen Bedarf oder Sozialbedarf haben, 300 mehr waren als ursprünglich angenommen. Das sind erfreuliche Ausgaben, die wir tätigen. Da sind wir uns alle einig.

Jetzt noch ein Punkt zu den Hilfen zur Erziehung. Da hat Herr Böwer angemerkt, ob diese Mehrausgaben auch richtig verwendet werden und hat nun noch wieder seine zwei Punkte hineingequetscht, die er im Familien-, Kinder- und Jugendausschuss auch immer wieder anspricht. Herr Böwer, wir sind gerne bereit, über diese Punkte zu reden. Es steht Ihnen durchaus frei. Ich finde, auch im Fachausschuss wären sie angebracht. Sie können als SPD-Fraktion gerne noch einmal das Thema Gesundheitsuntersuchungen anbringen, aber das machen wir gerne noch einmal mit einem besonderen Punkt, um darüber fachlich zu debattieren.

(Jörn Frommann CDU: Also ohne Böwer, oder wie?)

Wichtig ist doch bei den Hilfen zur Erziehung, wenn wir festhalten, dass die Ausgaben dort gestiegen sind, weil mehr Hilfebedarf vorhanden ist. Das ist eigentlich nichts, worüber wir freudig sein können – das hat Frau Föcking bereits gesagt –, weil das bedeutet, dass hier Kinder Hilfe brauchen. Uns wäre es natürlich lieb, wenn diese Anzahl sinken würde.

Ein Punkt sei selbstkritisch angemerkt, dass hinter diesen Hilfen zur Erziehung eine hohe Anzahl von auswärtig untergebrachten Jugendlichen steht, die auch einen gewissen Anteil dieser Mehrkosten ausmachen. Das ist nicht der größte Anteil, aber es ist ein kleiner Anteil. Natürlich ist es unsere Aufgabe – und das haben wir auch im Koalitionsvertrag festgesetzt –, dass man diesen Anteil reduziert und dazu werden wir gemeinschaftlich noch Programme entwickeln, die sich vor allen Dingen darin wiederfinden, dass wir eine Beschulungssituation für alle Kinder und Jugendlichen in Hamburg schaffen, sodass diese Kinder gar nicht auswärtig untergebracht werden müssen. Das ist ein sehr wichtiges Anliegen, das wir auf jeden Fall auch für die nächste Zukunft angehen müssen.

Tatsache ist – da hat Herr Böwer Unrecht, wenn er kritisiert, dass man nicht weiß, woher das Geld kommt –, dass wir in diesem Fall wissen, woher das Geld für diese Mehrausgaben kommt.

(Thomas Böwer SPD: Ich kann es gleich noch vorlesen! Ich habe es hier!)

Deswegen können wir dieser Drucksache guten Gewissens zustimmen. Das Geld ist gut angelegt für die Kinder und Jugendlichen dieser Stadt. Der Punkt, den ich eben ansprach, dass wir die Reduzierung der auswärtigen Unterbringung vornehmen, wird ein wichtiges Anliegen dieser Koalition werden, damit die Ausgaben in dem Bereich weiter gesenkt werden. Grundsätzlich ist es wichtig, frühzeitig mit den Hilfen zur Erziehung in die Familien hineinzugehen, aber auch mit den ambulanten Hilfen zur Erziehung. Da gibt es auch kein Schlechtreden, denn je frühzeitiger wir in die Familien reingehen, desto besser. Natürlich werden im Fall Morsal, Herr Böwer, alle Fälle überprüft, die in dieses Schema hineinpassen. Da können Sie jetzt zehnmal Nein sagen. So ist es, so haben wir es im Jugendausschuss auch gesagt. Es ist ganz wichtig, dass man frühzeitig eingreift und einsetzt. Das Worst-Case-Szenario beginnt nicht ab einem Tag X, sondern es betrifft auch die Fälle, die davor waren. Aber das hatte die SPD schon damals nicht verstanden und ich habe jetzt versucht, es noch einmal deutlich zu machen. So ist es dann erst einmal und ich denke, wenn wir gemeinschaftlich dieser Drucksache zustimmen, tun wir etwas Gutes für alle Kinder und Jugendlichen dieser Stadt.

(Christiane Blömeke)

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Herr Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Frau Blömeke, ich kann Ihnen versichern, dass wir auch zustimmen werden. Wir hatten uns im Ausschuss enthalten, aber wir stimmen heute zu. Wir als LINKE sind erfreut darüber, dass der Senat nunmehr feststellt, dass ein Mehrbedarf bezüglich Kindertagesbetreuung, Hilfen zur Erziehung, Inobhutnahmen und sonstiger Einzelfallhilfen nach SGB VIII Paragraph 8 besteht. Denn, dass ein Mehrbedarf in diesen Bereichen festzustellen war, stand für uns von Anfang an fest. Die eigentliche Frage ist jedoch, ob die vorgeschlagenen Beträge die wirklichen Bedürfnisse der Kinder, Eltern und Betreuungseinrichtungen ausreichend decken werden. Obwohl wir dem Plan des Senats zustimmen – wir stimmen zu, weil zum Beispiel die vorgeschlagenen 55,4 Millionen Euro immerhin besser sind als gar nichts –, bleiben unsere Bedenken, ob es damit schon getan ist, bestehen. Denn Tatsache ist, dass die 55 Millionen Euro höchstens dazu beitragen werden, dass der allgemeine Mangel in den Bereichen Kindertagesbetreuung, Inobhutnahmen, sozialer Hilfe et cetera sich nicht noch vermehrt. Das heißt: Die Auswüchse werden mit diesem Betrag höchstens begrenzt.

Genauso ist es mit der Erhöhung der Löhne und der Inflationsrate. Angenommen, die Arbeiter würden in einem Jahr einen Lohnzuwachs von 5 Prozent bekommen, und angenommen, in dem Jahr wäre die Inflationsrate 3,1 Prozent. Dann hätten die Arbeiter ein Plus von 1,5 Prozent. Aber dieses Plus wäre kein Plus mehr, wenn die Arbeiter vor diesem Zuwachs – sagen wir einmal vier Jahre lang – stets Löhne unter der Inflationsrate bekommen hätten. Damit meine ich gleichzeitig: Wenn im Jahr 2002 12 Prozent insgesamt im Bereich der Kindertagesbetreuung gekürzt werden bei einer niedrigeren Anzahl von Kindern, die betreut worden sind, und jetzt fast mit demselben Betrag fast ein Drittel mehr Kinder betreut werden, muss man sich einmal überlegen, ob das ausreicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass wir es beim Senatsvorschlag nur mit einer Begrenzung von Auswüchsen zu tun haben, zeigt sich auch an der alarmierend gestiegenen Zahl der Inanspruchnahmen der Familienhilfe. Frau Blömeke und Frau Föcking, man muss sich das einmal überlegen. Ich bin, als ich diesen Senatsantrag bekommen habe, extra zu dem Träger gegangen und habe dort einmal gefragt, warum diese soziale Familienhilfe mehr in Anspruch genommen wird. Das eine kann ich Ihnen bestätigen. Die meisten haben gesagt: Seit das Kita-Gutscheinsystem eingeführt

worden ist, ist die Zahl der Inanspruchnahmen höher geworden. Ich finde eigentlich, man müsste sich grundsätzlich einmal überlegen, statt in dem Bereich viel zu investieren – jetzt ist es wichtig, dass man investiert, man muss von Anfang an im Bereich Kita investieren –, grundsätzlich den Familien, die überlastet sind – wo Kinder lange zu Hause bleiben und diesen Stress und diesen Druck zu Hause nicht mehr aushalten und wo vielleicht Eltern gegenüber den Kindern einmal Gewalt anwenden –, die Möglichkeit anbietet, dass die Kinder ab dem ersten Lebensjahr den Kindergarten besuchen können, aber nicht nur fünf Stunden oder vier Stunden. Ich meine, viele Eltern, die diese sozialen Bedürfnisse in Anspruch nehmen, sind zum Teil arbeitslos, kommen aus sozial und wirtschaftlich schwachen Familien – dass man denen anbietet, dass die Kinder von Anfang an länger in den Kindergarten gehen können und dass man die Kinder länger betreuen kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein norwegischer Schuldirektor hat einmal gesagt – den Namen habe ich leider vergessen –, es bringe nichts, dass man in der Schule oder im Bereich Bildung dann investiert, wenn alles zu spät ist. Man muss schon frühzeitig investieren. Wir stimmen diesem Senatsantrag zu und unsere Forderung ist, dass man früh in den Bereich eingreift und investiert. Dieser Betrag ist in unseren Augen nicht ausreichend für die Forderung, die wir haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Müller.

Stephan Müller CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann es relativ kurz machen. Herr Böwer, Sie sehen mich absolut überrascht. Herr Hackbusch hat vorhin unterstellt, Frau Gümbel hätte irgendetwas genascht, und ich vermute fast, dass das an Sie weitergereicht wurde. Sie sind richtig anschniegig heute.

(Beifall bei der CDU)

Das muss man ehrlich sagen, weil die Debatte nicht die Beratungen im Familienausschuss widerspiegelt. Da ging es doch ganz anders her. Ich finde es auch richtig, dass man solch eine Drucksache zum Anlass nimmt einmal innezuhalten. Herr Böwer, ich glaube, wir beide sind sozusagen die letzten Mohikaner, die auch bei der Einführung des Kita-Gutscheinsystems da waren und die Schwierigkeiten miterlebt hatten. Wir haben darüber auch sehr viel diskutiert. Schade finde ich, dass Frau Veit heute nicht da ist. Weil Sie so einsichtig waren, Herr Böwer, und weil Sie auch gesagt haben, das KibeG sei schon auf breite Schultern gelegt

(Stephan Müller)

worden, grüßen Sie Ihre Kollegin einmal schön von mir, die nämlich grundsätzlich das Gegenteil behauptet und gesagt hat, das KibeG sei eine reine SPD-Initiative und sei Ihres und Rechtsansprüche fielen eben nicht so einfach vom Himmel.

(Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Verzeihen Sie, Herr Müller, mir ist es hier zu laut. Ich bitte die Gespräche entweder draußen fortzusetzen oder leise zu sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Fahren Sie fort, Herr Müller.

Stephan Müller (fortfahrend): Insofern ist Ihr Bekenntnis, dass dies eine gemeinsame Initiative ist, finde ich, sehr hilfreich auch für zukünftige Diskussionen.

Herr Yildiz, ich habe das nicht so ganz verstanden. Ich muss das ganz offen gestehen. Aber Ihre Partei hat heute mehrere Rechenbeispiele gebracht, die ich alle nicht verstanden habe und die auch mathematisch nicht nachvollziehbar sind.

(*Mehmet Yildiz DIE LINKE*: Das kann ich Ihnen nachher noch einmal erläutern!)

Ich habe verstanden, es war ein norwegischer Professor, dessen Namen Sie nicht kennen und der sagt, man müsse frühzeitig investieren. Ja, das tun wir. Wir investieren sehr frühzeitig. Andererseits: Wenn Sie meinen, es wäre zu spät, wäre dann der Umkehrschluss daraus gar nicht mehr zu investieren? Das kann letzten Endes auch nicht die Lösung sein.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Das versteht jetzt auch keiner!)

Ich freue mich, dass Sie alle zustimmen. Im Bereich HzE haben wir uns genügend über die Ursachen ausgetauscht. Ich denke, wir werden im Ausschuss sicherlich noch einiges besprechen müssen, und ich freue mich für die Familien dieser Stadt, dass sowohl im Bereich der Hilfe als auch in dem der Betreuung jede Menge passiert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Dr. Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD:* Herr Müller, wenn Sie das nicht verstanden haben, will ich das vielleicht noch einmal wiederholen. Die Steigerung der Hilfen zur Erziehung ist wirklich kein Grund zum Jubeln. Sondern dies zeigt, dass Kinder und Familien in Hamburg zunehmend in Not sind. Es mahnt uns mehr zu tun, damit Hilfen zur Erziehung in Zukunft nicht mehr nötig sind. Das ist der Punkt, über

den wir heute noch einmal kurz sprechen müssen. Denn wir stimmen dieser Drucksache zu.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Arno Münster SPD*)

Dennoch mahnt es uns mehr zu tun. Ich sage es noch einmal. Die Ämter für soziale Dienste in den Bezirken sind nach wie vor in Schwierigkeiten. Wir brauchen eine Verstärkung der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Ich habe darüber in Ihrem Koalitionsvertrag nichts gelesen. Wir brauchen bessere präventive Konzepte gegen Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern, die die Zielgruppen auch erreichen. Und wir brauchen eine Verstärkung sozialräumlicher Angebotsentwicklung in den Bezirken, die nämlich präventiv wirken in dem Sozialraum, in dem Kinder vernachlässigt werden und in dem Familien am Ende Hilfen zur Erziehung brauchen. Wenn dies alles in Ihrem Haushaltsplanentwurf Ende Oktober nachzulesen ist, dann wird sich herausstellen, ob wir wirklich gemeinsam den Auswirkungen der sozialen Spaltung in Hamburg entgegenwirken oder nicht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte der Empfehlung des Haushaltsausschusses folgen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist dann einstimmig.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 21, Drucksache 19/1120, Bericht des Umweltausschusses: Kein Kohlekraftwerk in Moorburg.

**[Bericht des Umweltausschusses über die Drucksache 19/23:
Kein Kohlekraftwerk in Moorburg
(Antrag der SPD-Fraktion)
– Drs 19/1120 –]**

Mir wurde mitgeteilt, dass einvernehmlich auf eine Debatte verzichtet wird.

Also können wir gleich zur Abstimmung kommen. Wer möchte der Empfehlung des Umweltaus-

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü)

schusses folgen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 24, Drucksache 19/1113, Antrag der GAL-Fraktion: Technologiepark Vorhornweg vorbildlich und flächensparend gestalten.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Technologiepark Vorhornweg vorbildlich und
flächensparend gestalten
– Drs 19/1113 –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Becker, bitte.

Horst Becker GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema schwindende Ressourcen hatten wir heute schon beim Thema Kohle besprochen – ein fossiler Brennstoff, dessen Ende irgendwann auch absehbar ist. Die Flächen, die wir in dieser Stadt zur Verfügung haben, um sie bestimmten Zwecken zuzuführen, sind auch endlich. Auf dieses Thema zielt unser Antrag.

Es ist im Moment so, dass in Hamburg jährlich im Schnitt circa 140 Hektar bebaut werden. Wenn man sich einmal orientieren würde an den Zielen der Nachhaltigkeit, die die Bundesregierung im Jahre 2002 aufgestellt hat, müsste man ein Ziel von etwa 30 Hektar anstreben, das heißt also in sehr komprimierter Art und Weise seine Bebauung vornehmen. Ich denke nicht, dass wir über Nacht von heute auf morgen solch ein Ziel erreichen werden, aber wir können diesem Ziel unter Umständen ein Stück näher kommen.

So hat Hamburg am Vorhornweg eine Fläche angekauft, die zum einen günstig gelegen ist, weil uns Gewerbeflächen im Hamburger Westen fehlen und auch deshalb weil wir für das XFEL-Projekt Wartungsfirmen und Zulieferbetriebe brauchen und weil der Bezirk dort bestimmte Vorstellungen hat, wen oder was er dort unterbringen möchte. Dieses Gebiet scheint uns geeignet, nicht um die Unterbringung zukünftiger Klimacamps zu lösen, sondern um dort energieeffizient und auch flächensparend ein Pilotprojekt für Gewerbeansiedlung zu machen. Für die Rahmenplanung haben wir den Fachverstand der BSU gewinnen können, durchgeführt werden soll das Projekt im Bezirk. Das Konzept ist auch insoweit abgestimmt mit den Koalitionsfraktionen dort. Das heißt also, es ist nicht geplant, Evokation zu machen, sondern die Umsetzung wird im Bezirk Altona durchgeführt werden.

Ich habe das Gefühl, es ist wenig Aufmerksamkeit im Hause. Ich habe das Gefühl, Sie sind alle irgendwie überfordert oder wollen zum Essen gehen oder wie auch immer. Deswegen denke ich, ich werde das nicht weiter ausführen oder vertiefen.

Sondern es ist so, ich werde noch eingehen auf den Überweisungswunsch.

(Beifall bei Arno Münster SPD)

Ich denke, wir wollen den Antrag nicht überweisen. Er wird im Bezirk behandelt und abgearbeitet werden. Wir sehen das als Aufschlag, als eine Art Pilotprojekt und hoffen, dass Gewerbebau künftig nicht mehr in der uns altbekannten Weise stattfinden wird, wie wir es alle kennen. Wir kennen eingeschossige Bauten, wir kennen endlos viele ebenerdige Stellplätze, jeder fährt bis vor seine Tür. Wir kennen riesige Grundstücke mit einer Größe bis zum Abwinken. Da kann man Grundstücke verkleinern, man kann mehrgeschossig bauen, man kann auch Autos übereinander stapeln. Man kann auch ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Verzeihen Sie, Herr Becker. Ich muss mich noch einmal wiederholen. Es ist definitiv zu laut in diesem Saal. Bitte setzen Sie Ihre Gespräche draußen fort oder lauschen Sie den Rednern. – Fahren Sie fort, Herr Becker.

Horst Becker (fortfahrend): In diese Richtung wird die Planung gehen. Der Antrag macht die Vorgaben dazu und wir bitten dafür heute um Zustimmung.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Der Abgeordnete Müller hat das Wort.

Stephan Müller CDU:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Als Wahlkreisabgeordneter ist es mir natürlich wichtig, auch zu Themen Stellung zu nehmen, die quasi vor meiner Haustür passieren. Zudem kenne ich als Luruper dieses Gebiet sehr genau, anders als so manch einer – ich schaue einmal in diese Richtung –, der auch gerne über Lurup redet und gerade im sozialen Zusammenhang gar nicht weiß, wo es liegt, geschweige denn die Menschen dort kennt. Ebenso stamme ich auch aus dem Kreis Altona, wo CDU und GAL schon in der letzten Legislaturperiode eine erfolgreiche Zusammenarbeit geleistet haben und bewiesen haben, dass Ökologie und Ökonomie zusammenpassen.

Ich komme auf den Bezirk – genau das hat Herr Becker angesprochen –, weil dieses Vorhaben letzten Endes dort zur Ausführung liegt und den Bezirk auch schon eine Weile beschäftigt. Das muss man ganz ehrlich sagen. Die CDU- und GAL-Bezirksfraktionen haben sich in der letzten Legislatur schon darauf geeinigt, dass ein Drittel dieser Fläche für Gewerbe zur Verfügung gestellt wird, in dem Fall jetzt für den Technologiepark,

(Stephan Müller)

wenn zwei Drittel der verbleibenden Fläche in den Volkspark integriert werden. Das heißt, wir haben ein doppeltes Bekenntnis abgegeben. Ja zum innerstädtischen Grün und Ja zu moderner Technologie mit zukunftssicheren Arbeitsplätzen.

Lassen Sie mich noch kurz auf den Antrag eingehen. Auch wir haben schon in der vergangenen Legislaturperiode energieeffizientes Bauen vorangetrieben. Die Antragsforderung, den Gold-Standard aus der HafenCity auch im Technologiepark anzuwenden, setzt diese Politik uneingeschränkt fort und das kann nicht falsch sein. Richtig ist es auch, den unsinnigen Flächenverschleiß früherer Jahrzehnte zu beseitigen. Hamburg ist in der Fläche nicht mehr auszudehnen und immer dort, wo man neue Gebäude baut und keine vorhandenen ersetzt, findet zulasten einer ökologischen Nutzbarkeit eine Versiegelung statt.

Wir haben aber auch erkannt, dass diese Erkenntnis nicht einfach den Verzicht bedeuten kann – ein Wachstum letzten Endes zu bremsen. Da kann man nur sagen: Hamburg muss wachsen, Hamburg will wachsen und Hamburg wird auch wachsen. Hamburg möchte aber in diesem Zusammenhang auch weiterhin eine der grünsten Städte oder Metropolen Europas bleiben. Insofern bleibt uns nur der eine Weg. Dort, wo Brachflächen zu bebautem Grund und Boden werden, muss dieses ökologisch und ökonomisch sinnvoll geschehen. Deswegen – Herr Becker sprach es auch an – macht Mehrgeschossigkeit Sinn. Übrigens, wer sagt eigentlich, dass es so sein muss, dass Architektur immer nach dem Stile unten breit und oben schmal gebaut werden muss? Ich denke, gerade im Zusammenhang Technologiepark kann ich mir sehr viel architektonische Innovation vorstellen, die für Folgendes sorgt: a) attraktives Erscheinungsbild aber b) auch ökologisch äußerst sinnvoll. Existenzgründer – richtig, dem folgen wir auch. Hamburg ist bereits die Stadt der Existenzgründer und sie sollte es auch widerspiegeln können in diesem Technologiepark Lurup mit DESY und XFEL in unmittelbarer Nähe und auch mit universitärer Anbindung. Das macht nicht nur deshalb Sinn.

Deswegen möchte ich zusammenfassend für die CDU-Fraktion Dank an unseren Koalitionspartner aussprechen, mit diesem Antrag auch Altonaer Ziele zu verfolgen und diese in den Senat zu tragen. Seien Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der GAL, versichert, die CDU wird diesen Antrag auch deshalb unterstützen, weil sie darin einen lebenden Beweis für schwarz-grüne Zukunftsinitiative für Hamburg sieht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat die Abgeordnete Krischok.

Anne Krischok SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der GAL-Antrag klingt gut.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Aber das ist auch schon das Beste, was sich über ihn sagen lässt. Der Berg kreist und heraus kommt eine kleine grüne Maus. Beginnen wir mit dem ersten Satz Ihres Antrags:

"Der Senat wird ersucht, sich dafür einzusetzen, dass ..."

Für eine Regierungsfraktion ist dies ein bemerkenswerter Satz. Wir könnten in der Bürgerschaft beschließen, der Senat wird ersucht, dort ein nachhaltig bewirtschaftetes Modell-Gewerbeprojekt zu realisieren. Offensichtlich glaubt aber nicht einmal die GAL, dass das gewünschte Vorhaben in der Art und Weise möglich ist, wie sie es selber anschließend zu beschreiben versucht. Aber wer weiß, vielleicht ging nicht mehr.

(Jens Kerstan GAL: Wir sind halt höflich!)

Vielleicht können sich die Kolleginnen und Kollegen der GAL noch daran erinnern, dass die CDU bereits in der letzten Legislaturperiode ein umfangreiches Klimapaket vorgelegt hat. Schon damals suchten die Oppositionsparteien vergeblich nach konkreten Maßnahmen, die darauf abzielten Gewerbe umweltschonend und nachhaltig umzurüsten. Doch nun soll dieser Antrag der große Wurf sein. Erlauben Sie mir einen Einwurf. Ein Kreuzfahrtschiff, das Sie zwei Tage an eine Landsteckdose anschließen, würde vermutlich eine größere CO₂-Minderung erbringen als Ihr gesamter Technologiepark.

(Beifall bei der SPD – Jörn Frommann CDU: Fahren Sie einmal mit dem Schiff dahin!)

Es gibt in Ihrem Antrag fünf Prüfaufträge. Diese fünf Prüfaufträge sind interessant, weil sie in gewisser Weise miteinander in Widerspruch stehen. So fordert Prüfauftrag 5, dass dort auch Existenzgründer und Ausgründungen aus der Universität vermutlich im technologie- und F&E-orientierten Bereich Gewerberaum vorfinden sollen. Dazu muss gesagt werden: Gerade diese Unternehmen haben wenig Möglichkeiten teure Mieten zu bezahlen. Dasselbe gilt übrigens auch für mehrgeschossigen Gewerbebau, der in der Regel Transportaufzüge und andere Anlagen benötigt, jedenfalls für produzierende Betriebe. Das ist teurer als normaler Flachbau, Sie werden in den dritten Stock somit nur noch Büros bekommen. Wir reden also darüber, mit welchen am Markt realisierbaren Mieten man eigentlich nachhaltigen Gewerbebau realisieren kann. Dazu macht dieser Antrag leider keine Angaben. Aber offensichtlich ist sich die GAL des Problems insofern bewusst, als sie gar nicht fordert, was sie schreibt, sondern es zur Prüfung aufgibt. Man kann voraussagen, wie diese Prüfung in großen Teilen ausgehen wird. Was Sie nämlich in

(Anne Krischok)

Wahrheit wollen, ist die Quadratur des Kreises: Flächensparendes Bauen, geringe Bodenversiegelung, Wärmedämmung, hohe Energieeffizienz und auch einen Anteil an Existenzgründern.

(Thilo Kleibauer CDU: Was wollen Sie denn?)

Das Ganze soll auch noch für die kleinen und mittelständischen Betriebe bezahlbar bleiben. Ich bin sicher, dass die CDU und die Handelskammer dafür sorgen werden, dass nicht nur die Opposition hierauf hinweist. Eigentlich fehlt nur noch ein Kröteich. Der würde übrigens nicht viel kosten.

(Beifall bei der SPD – Stephan Müller CDU: Den gibt es doch schon!)

Wir Sozialdemokraten haben nichts gegen ein Modellprojekt. Falls Sie sogar noch bundesweit einen Wettbewerb ausschreiben, den wir in diesem Zusammenhang vorschlagen, könnte man in der Tat dort Neues versuchen. Aber das eigentliche Problem, wenn wir über Nachhaltigkeit in der Wirtschaft reden, liegt bei den vielen kleinen und mittleren Betrieben. Diese tun viel für die Stadt und die Arbeitsplätze. Was wir eigentlich brauchen, wenn wir ernsthaft über nachhaltiges Wirtschaften reden, ist ein Nachrüstungsprogramm für Gewerberaum für kleine und mittlere Betriebe. Genau das ist das eigentliche Problem. Wir befassen uns mit einem Antrag, der ein Modellprojekt fordert, in dem man sich immer gut wiederfinden kann, was aber in Wahrheit – und das wissen Sie auch – nur symbolische Politik ist.

Regierungsfractionen beklagen sich in der Regel immer darüber, dass die Opposition alles ablehnt. Heute müssen sich die CDU und GAL eines Besseren belehren lassen. Wir werden dem Antrag der GAL zustimmen, denn: Er schadet nicht. Vielleicht gelingt es dem Senat in einem gemeinsamen – das wäre noch nicht dagewesen – Vorgehen der Wirtschaftsbehörde und der Bau- und Umweltbehörde tatsächlich ein Modellprojekt zu realisieren. Die Wahrscheinlichkeit ist allerdings ziemlich gering.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass nachhaltiges Wirtschaften nicht eine kleine grüne Maus am Technologiepark bleibt. Lassen Sie uns nicht vergessen, die vielen kleinen und mittleren Betriebe in ihren Bemühungen für die Arbeitsplätze, für mehr Umweltschutz und für nachhaltiges Wirtschaften in Hamburg zu unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Herr Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist richtig – Frau Krischok hat darauf hingewiesen –, man kann diesen Antrag auch sehr kritisch sehen. Er ordnet sich insofern ein in vieles, was wir im Koalitionsvertrag gelesen haben. Trotzdem – auch wenn Sie das nicht so gerne hören und uns zubilligen –, wir bemühen uns das Positive, das darin steckt, zu sehen und zu unterstützen. Insofern möchte ich für meine Fraktion erklären, dass wir ausdrücklich diesem Antrag zustimmen, dass wir das Modellprojekt als eine Sache ansehen, die man weiter ausbauen und weiter in Hamburger Politik umsetzen kann. Insofern ist das durch die Bank positiv.

Wir hätten das ganz gerne noch kurz im Ausschuss beraten, weil Sie unter Punkt 3 schreiben, der Bürgerschaft sei Bericht zu erstatten. Wenn Sie vorher Prüfaufträge geben und hinterher sagen, der Bürgerschaft sei Bericht zu erstatten, dann ist das wirklich ein ziemlich weites Feld. Wir hätten uns gewünscht, im Ausschuss noch einmal ein bisschen verdichten und festlegen zu können, wann mit dem Bericht zu rechnen ist und was man dann an Auswertungen machen kann. Dann hätten wir das, was in dem Gedanken des Modellprojekts steckt, hinterher gleich in weitere Überlegungen umsetzen können. Insofern werden Sie wahrscheinlich, das vermute ich, einmal wieder sagen: Nein, das wollen wir jetzt gleich auf den Weg bringen und außerdem muss man jetzt schauen, wie das im Bezirk Altona verhandelt wird. Das ist eine richtige Überlegung, aber ich bitte Sie trotzdem, darauf hinzuwirken, dass das nicht am Nimmerleinstag ist, sondern dass wir so schnell wie möglich diesen Bericht bekommen und einschätzen und bewerten können, in welcher Weise die Erfahrungen zu übertragen sind. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Becker.

Horst Becker GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das ist dann doch manchmal überraschend, was bei solch einer Debatte herauskommt. So wie die SPD redete, hätte ich gedacht, wäre es folgerichtig den Antrag abzulehnen. Aber nachdem man ihn schlechtredet, findet man ihn am Ende vielleicht doch nicht so schlecht. Aber das nehmen wir, wie es kommt. Um noch einmal auf die Sache zurückzukommen: Sie sagen, das wäre so lau formuliert – wir ersuchen den Senat. Wir haben das bewusst vorsichtig formuliert, weil es sich eigentlich um einen bezirklichen Bebauungsplan handelt und es soll nicht der Eindruck erweckt werden, als ob jetzt von oben herab das Verfahren in die Hand der FHH gelegt werden soll. Das ist der Grund. Aber gehen Sie davon aus, dass das schon

(Horst Becker)

richtig verstanden werden wird, an dieser Stelle, denke ich, kann ich Sie beruhigen.

Sie haben davon gesprochen, dass das der große Wurf sein soll. Wir wollen keinen großen Wurf machen. Wir sind der Meinung, dass man umsteuern muss und dass man anfangen muss andere Wege auch im Gewerbebau zu finden. Hierfür ist es ein Ansatz, nicht mehr und nicht weniger ist dazu gesagt worden. Wir sind tatsächlich der Meinung, dass mit der Flächenvernichtung aufgehört werden muss in dieser Stadt, egal worum es geht, besonders im Gewerbebau, und dass man sorgfältiger mit diesen Ressourcen umgehen muss. Hier haben wir ein Pilotprojekt, ein Modell ausgerufen. Das heißt, es ist ein Punkt, der Aufmerksamkeit erzeugen soll. Wir sind der Meinung, dass das nicht vergleichbar ist mit einer Dampfanganlegestelle. Ich weiß nicht, wie Sie solch einen absurden Vergleich konstruieren konnten. Das ist für mich nicht nachvollziehbar.

An den Kollegen Bischoff gewandt möchte ich noch einmal sagen: Wir haben diese Passage im Antrag, in der steht, es soll Bericht erstattet werden. Wenn das so ist, sind wir auch gerne bereit, das in einer Selbstbefassung im Stadtentwicklungsausschuss zu machen. Aber ich denke, wir sollten jetzt erst einmal den Bezirk machen lassen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/1113 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist die Überweisung mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den GAL-Antrag aus der Drucksache 19/1113 annehmen? Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 8 auf, die Drucksache 19/887, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Perspektiven des Taxengewerbes in Hamburg.

[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Perspektiven des Taxengewerbes in Hamburg – Drs 19/887 –]

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? Herr Bischoff, Sie haben es.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: * Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man das jetzt

mit den anderen vorangegangenen Debatten vergleicht, sprechen wir über einen quantitativ relativ belanglosen Vorgang. Der Taxenmarkt in Hamburg steht gemessen an der Elbphilharmonie oder anderen Punkten, die wir jetzt hatten, wirklich in einer zu vernachlässigenden Größenordnung. Trotzdem möchte ich darauf hinweisen, dass für unsere Fraktion dort ein innerer Zusammenhang besteht. Wir haben dies auf die Tagesordnung gesetzt, weil wir den Eindruck haben, dass, wie bei den anderen Punkten auch, es um die politische Glaubwürdigkeit in dieser Stadt nicht gut bestellt ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu gehört auch dieser Vorgang mit den Taxen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wat denn!)

– Ich werde das begründen, Herr Hesse.

Die BSU sieht in dem staatlich regulierten Beförderungsmarkt – und das ist wichtig, das ist nicht einfach Privatwirtschaft, sondern staatlich reguliert, da hat die öffentliche Hand eine bestimmte Verantwortung – eine positive Entwicklung. Stolz verkündet die BSU, es gebe so wenig Taxen wie zuletzt 1970. Da müsste man schon dazu sagen, warum das eigentlich positiv sei. Aber es kommt noch toller. Frau Hajduk lässt sich ja zitieren:

"Hamburg ist die einzige Stadt, die ein Gutachten über das Taxengewerbe mit gemessenen Daten in Auftrag gegeben hat. Wir verfügen damit über ein wirksames Instrument, um die Situation der Taxenbetriebe zu analysieren. ... [Wir] schaffen ... Rahmenbedingungen für einen gesunden Taxenmarkt in Hamburg."

Ziemlich groß hingelangt.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Was wollen Sie?)

– Ja, ich weiß, Herr Hesse, das machen Sie ja immer. Sie haben Offensiven, das ist alles gesund und in positiver Richtung.

Jetzt sage ich Ihnen – und das ist ja der Hintergrund, Sie werden wahrscheinlich selbst auch noch dazu Stellung nehmen –, dass jedenfalls nach unseren Informationen mindestens einige Taxenverbände diese These vom gesunden Markt und der positiven Entwicklung entschieden bestreiten. Auch wir – das haben Sie an mehreren Kleinen Anfragen sehen können – sind von der Argumentation nicht überzeugt, die Sie und die BSU hier vorlegen. Unser wichtigstes Argument: Herr Krause von der Gutachterfirma Linne + Krause – also die, die Sie beauftragt haben – erklärt nämlich gegenüber der Presse – und das ist jetzt ganz wichtig: nicht im vorigen Jahr oder sonst wann, sondern zeitgleich in diesen Monaten –, die Preisentwicklung seit einem Jahr sei nur ein weiterer – wir betonen: weiterer – Sargnagel für die Branche. Schon beim Anstieg des Kraftstoffpreises ha-

(Dr. Joachim Bischoff)

be er – also Herr Krause – die Lage vieler Unternehmen als prekär eingeschätzt. Was haben wir also jetzt für einen Vorgang, den der Chef dieser Gutachterfirma mit "Sargnagel" und "prekäre Situation" beschreibt? Das wird von Frau Hajduk als gesunder Markt und positive Entwicklung dargestellt. Das ist unser harter Punkt der Kritik, denn das kann nicht stimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Insofern hat der Gutachter Ihnen etwas Verkehrtes abgeliefert, denn von "prekär" und "dramatischer Entwicklung" steht in diesem Gutachten, soweit wir das durchgearbeitet haben, nichts. Oder aber, Sie haben einen Gutachter beauftragt, der Ihnen da irgendwas schön schreibt und in der Presse dann über etwas ganz anderes redet. Das ist ein Vorgang der politischen Glaubwürdigkeit. Darüber würden wir gern aufgeklärt. Das heißt – jedenfalls nach meiner Einschätzung –, dass die Situation des Taxengewerbes nicht nur in Hamburg prekär ist – und die Entwicklung des Kraftstoffpreises kommt hinzu –, sondern es ist die generelle Situation. Gerade in Hamburg – auch wenn Sie das immer nicht so gern hören wollen – sind uns in der Fraktion Fälle bekannt, wo Taxifahrer trotz hohem Zeiteinsatz aufstockende Leistungen nach Hartz IV beantragen müssen. Von positiv und Gesundheit kann also überhaupt keine Rede sein. Ich will, dass Sie uns den Widerspruch aufklären und das auf die Frage politischer Glaubwürdigkeit rückbeziehen.

In der Großen Anfrage geht es jedoch noch um einen weiteren Punkt. Da geht es darum, dass die Behörde laut den Anfragen von Frau Timmermann am 24. Juli 2008 plötzlich überrascht worden sei, dass die Flughafengesellschaft den Taxenspeicher europaweit ausschreibt. Es ist völlig klar, dass das in diesem Bereich der Taxen für ziemlich große Unruhe und Verwirrung sorgt. Ich glaube nach meinem Studium der Antworten des Senats auf die Anfragen der Kollegin Timmermann, dass Sie da wiederum das tun, was Sie an anderer Stelle auch tun: Sie belügen die Öffentlichkeit.

(Jörn Frommann CDU: Hallo, hallo!)

Sie müssen vorher gewusst haben, was da ist, denn an der Flughafengesellschaft ist Hamburg ja beteiligt. Das ist aber noch nicht alles. Deswegen zitiere ich einmal aus Ihrem Antrag, den Sie in der vorigen Legislaturperiode eingebracht haben. Da heißt es in Drucksache 18/2997 von 2005, Sie werden sich erinnern, unter Punkt vier, der Senat solle mit seiner Politik

"ermöglichen, dass am Flughafen in Abstimmung mit den Taxenverbänden ein geschlossener Bereich zur Qualitätssicherung eingerichtet wird,..."

(Klaus-Peter Hesse CDU: Gibt es jetzt!)

– den gibt es jetzt –,

"... der gemeinsam mit der Flughafengesellschaft kostendeckend für das Taxengewerbe betrieben werden soll."

Ich sage Ihnen nur – und da schätze ich Ihr Grinsen –: In Ihrem eigenen Antrag steht

"... in Abstimmung mit den Taxenverbänden."

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das findet auch statt. Immer noch!)

– Ja, ja, immer noch. Das erklären Sie mir bitte in der Debatte. Wenn wir das sehen, dann muss ich zur Kenntnis nehmen, dass diese Abstimmung nicht stattgefunden hat. Sie präsentieren uns eine Situation von "prekär" und "Sargnagel", behaupten, das stimme nicht, und machen die Garrotte um die Taxen in Hamburg noch enger.

(Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Hesse?

Dr. Joachim Bischoff (fortfahrend): – Nein.

Das hätten wir gern zur Diskussion gestellt.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Frommann.

Jörn Frommann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bischoff, das Ende war doch etwas überraschend. Schade, dass Sie die Zwischenfrage des Kollegen Hesse nicht zugelassen haben. Sie sind sicher überrascht, dass ich jetzt rede. Aber keine Angst, ich bin nicht Ihr Betreuungsabgeordneter in diesen Fragen. Mir ist nur nicht ganz klar geworden, wo eigentlich der Unterschied zur Debatte am 10. Juli 2008 liegt. Sie führen genau die gleiche Argumentation vor, Sie versuchen, aus einer Großen Anfrage und aus den Antworten in welchen Sie anscheinend auch nichts bestätigt finden konnten, nun irgendwie Nektar zu saugen und martialisch mit Argumenten zu kommen, bis hin zum Belügen der Bevölkerung, die Sie aber in keinsten Art und Weise belegen können.

Zunächst bleibt einmal festzuhalten, dass Hamburgs Taxifahrer eine Visitenkarte für die Stadt sind. Sie machen einen guten und wertvollen Job. Dafür müssen Sie aus unserer Sicht auch entsprechend bezahlt werden.

(Beifall bei der CDU)

Dennoch muss ein Ausgleich gefunden werden zwischen jenen, die die Taxen fahren, und jenen, die sie benutzen. Das sehen im Übrigen nicht nur

(Jörn Frommann)

wir so, sondern auch die Taxiverbände. Auch das haben wir bereits ausgeführt. Insofern ist die vom damaligen CDU-Senat durchgeführte Taxioffensive genau der richtige Schritt – Sie haben darauf Bezug genommen – in Richtung von noch mehr Qualität und finanziellem Ausgleich. Ich werde gleich noch einmal darauf zurückkommen, denn insbesondere, wenn Sie sich einmal die Antworten auf Ihre Anfrage ansehen, werden Sie dies bestätigt finden. Das Taxengewerbe ist ein Teil des öffentlichen Personennahverkehrs. Das sollten wir nicht vergessen. Daraus ergibt sich zwangsläufig, dass Taxentarife transparent und dabei gerecht und ergiebig für alle Seiten sein müssen. Das gilt sowohl für die Fahrer und Unternehmer wie auch für die Benutzer. Sie müssen aus unserer Sicht vor allen Dingen vergleichbar bleiben. Das gilt umso mehr, wenn man sich den Auftrag des Taxengewerbes ansieht. Bei der Nutzung der Taxen geht es nicht nur um die Reichen und die Fußfaulen, sondern um jene Schwächeren und Kranken, die sich ebenfalls dieses Verkehrsmittel leisten können müssen. Deshalb ist die Erhöhung, die angestrebt wurde, ein richtiger Schritt und wird allen Seiten gerecht. Alleine bei den Kurzfahrten im Übrigen liegt die Erhöhung bei weit über sieben Prozent. Aber natürlich wird es immer – das haben wir auch heute wieder feststellen müssen – Leute geben, die etwas zu mäkeln haben. Dabei darf man nicht außer Acht lassen, dass mit steigenden Preisen auch immer weiter das Risiko steigen wird, dass Verkehrsteilnehmer dieses Verkehrsmittel nicht weiter nutzen werden. Auch das kann negative Folgen haben. Deswegen gilt es, insgesamt maßvoll zu handeln. Schauen wir uns die Relationen an: Wir wissen, es gibt ein Taxi auf 520 Einwohner in Hamburg. In Berlin sind es ungefähr 490 Einwohner, in München rund 380 und so weiter. Die unternehmerische Chance in der Stadt, Geld in diesem Gewerbe zu verdienen, ist also vorhanden. Manchmal muss man einfach auch die Kreativität einiger Unternehmer dabei einfordern. Dennoch gibt es sicherlich auch ein Problem mit schwarzen Schafen in Hamburg – da geben wir Ihnen Recht –, die zum Beispiel Lohndumping betreiben. Nur ist der Einfluss durch die Politik hier nur eingeschränkt möglich. Hier wird von der zuständigen Finanzbehörde nachgearbeitet. Das spiegelt auch die Antwort auf Ihre Anfrage wider. Deshalb zeigt die Taxenoffensive gerade in diesem Bereich auch positive Entwicklungen auf. Ich nehme Bezug auf Antworten auf Ihre Fragen aus der Anfrage: So sind zum Beispiel 95 Prozent der Ablehnungen oder Reduzierungen der Taxikonzessionen bei Neu- und Verlängerungsanträgen wegen unplausibler Betriebsdaten und Verstößen gegen das Personenbeförderungsgesetz zurückzuführen, immerhin in 123 Fällen. Ich finde, das ist nicht unerheblich. Das ist eine Qualitätssteigerung, die allen Taxifahrern zugute kommt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Über einen anderen Punkt will ich kurz reflektieren: Das Fiskaltaxameter ist ebenso im schwarz-grünen Koalitionsvertrag vereinbart worden und wird auch vollzogen werden, um damit ihre Problemlagen von eben aufzugreifen. Gleichzeitig haben aber zum Beispiel nur rund drei Prozent der Betriebsaufgaben beziehungsweise Rückgaben der Konzessionen – auch das geht aus den Antworten auf Ihre Große Anfrage hervor – wirtschaftliche Gründe. Also kann es nicht ganz so schlimm bestellt sein, wie sie uns hier malen wollen. Der Großteil war dem Erreichen der Altersgrenze, also des Rentenalters geschuldet und sonstigen Gründen. Es bleibt festzuhalten, dass der Senat erfolgreich im Rahmen seiner Möglichkeiten für einen Ausgleich der Interessen der unterschiedlichen Seiten eintritt. Aus diesem Grund lehnen wir den Überweisungsantrag ab.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Herr Buschhüter.

Ole Thorben Buschhüter SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Taxengewerbe hat die Bürgerschaft in den letzten Jahren immer wieder beschäftigt, zuletzt in der Aktuellen Stunde in unserer letzten Sitzung vor der Sommerpause. Die nun heute zur Debatte angemeldete Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE hat keine neuen Erkenntnisse erbracht.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der GAL)

– Klatschen Sie ruhig.

Die Probleme sind weiterhin dieselben. Das liegt vor allem daran, dass die Behörde uns immer noch nicht offenlegt, aufgrund welcher Faktoren sie die Tarifierhöhungen festsetzt. Meine Kollegin, Frau Timmermann, die ich heute vertreten darf, hat durch mehrere schriftliche Kleine Anfragen zur letzten Tarifierhöhung versucht, Licht ins Dunkel zu bringen, leider ohne großen Erfolg.

(Egbert von Frankenberg CDU: Vielleicht waren die Anfragen nicht so gut!)

– Das glaube ich auf gar keinen Fall.

Vom Taxengewerbe wird uns seit Jahren signalisiert, dass die Tarifierhöhungen zu gering ausfallen und dass die Einkünfte der meisten Taxifahrerinnen und Taxifahrer weit unter 1000 Euro liegen. Trotzdem wird nicht in ausreichendem Maße reagiert. Dies zeigt auch der letzte Zwischenbericht der beauftragten Gutachterfirma, in dem die enormen Kostensteigerungen bei den Kraftstoffen überhaupt nicht berücksichtigt wurden, sodass letztlich von den Tarifsteigerungen bei den Taxenbetrieben und bei den Taxifahrerinnen und Taxifahrern kaum etwas angekommen ist. Solange

(Ole Thorben Buschhüter)

dies so ist, solange Taxifahrer, die Vollzeit arbeiten und von dem, was sie Erlösen, nicht ordentlich leben können, weit weniger als 1000 Euro im Monat nach Hause bringen, solange sind die Maßnahmen, die Sie bislang ergriffen haben, nicht falsch aber unzureichend. Wir müssen soweit gehen, dass es den Taxifahrern wirklich besser geht.

(Jörn Frommann CDU: Was ist Ihr Vorschlag?)

Auch über die mangelhafte und unzureichende Methodik der Gutachtererstellung wurde im Juli diskutiert, ohne dass es bei der Behörde merklich zu einem Umdenken gekommen wäre. Dies zeigen die Senatsantworten auf die schriftlichen Kleinen Anfragen von Frau Timmermann zur geplanten Reduktion der Bereitstellungsflächen am Hamburger Flughafen, auf die auch in der Antwort auf die Große Anfrage verwiesen wird. Auch hier werden wir und vor allen Dingen die vielen betroffenen Taxifahrer und Taxifahrerinnen weiterhin im Dunkeln gelassen. Ohne entsprechende Transparenz bei der Behörde wird es nie möglich sein, hier gemeinsam Verbesserung zu erreichen und vor allem Entscheidungen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt nachzuvollziehen. Ich bedaure es auch ausdrücklich, dass hier schon angekündigt wurde, die Große Anfrage nicht an den Ausschuss zu überweisen, weil das doch die Möglichkeit geboten hätte, die vielen offenen Fragen,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Ach was!)

die immer noch mit dem Thema verbunden sind, die vielen Punkte, über die wir im Unklaren gelassen werden, endlich aufzuklären. So bleibt uns am Ende nichts weiter übrig, als weiterhin Maximalforderungen zu stellen,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wo sind die denn?)

in der Hoffnung, dass bis dahin nicht zu viele Taxifahrerinnen und Taxifahrer entmutigt werden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Frau Gregersen.

Martina Gregersen GAL: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie es der Kollege Buschhüter eben schon erwähnt hat, gibt es durch die Große Anfrage keinerlei Erkenntnisgewinn. Deshalb habe ich mich gefragt, weshalb DIE LINKE diese Debatte heute angemeldet hat und worüber wir heute reden wollen. Es gab im Sommer das Gutachten. Alle Argumente sind hier ausgetauscht worden. Ich habe auch keine neuen gehört, außer dem Wort "Sargnagel". Aber das ist ein großes Argument. Okay.

Frau Schneider sagte bei dieser Debatte in der aktuellen Stunde im Juli, dass sie vernünftige Vorschläge für die Taxitarifgestaltung habe. Auf Nachfrage der Kollegen Kerstan und Hesse konnte sie aber keine Vorschläge dem Plenum in Ihrem Redebeitrag unterbreiten.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das kommt gleich!)

Dann frage ich mich, wann denn diese Vorschläge kommen. Dann hätten Sie jetzt vielleicht kommen müssen und wir hätten vielleicht einen Antrag DER LINKEN gehabt, was denn nun wirklich zu verbessern sei, und dann wäre dieser Antrag hier heute Thema und nicht das Reden über eine Große Anfrage ohne Erkenntnisgewinn. Leider hat die Fraktion DIE LINKE bei der Beobachtung des Taxentarifs immer nur eine Brille auf – das ist vielleicht verständlich –, die der Taxifahrer. Aber wenn man die soziale Brille aufsetzt und immer nur an die Taxifahrerinnen und Taxifahrer denkt, muss man auch überlegen, wer Taxi fährt.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Richtig!)

Der Kollege Frommann hat eben versucht, es Ihnen zu erklären. Es gibt nicht nur Unternehmer oder reiche Menschen, die das Taxi benutzen, und Geschäftsleute, nein, es gibt auch die Menschen, die eine Gehbehinderung haben, die älter, gebrechlich sind, die sich vielleicht abends nicht mehr trauen, den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen, die nicht viel Geld haben. Ich habe eine Nachbarin, die Hartz-IV-Empfängerin ist. Manchmal leihe ich ihr das Auto, was wir uns auch mit mehreren teilen, und wenn es nicht geht, muss sie ein Taxi nehmen für größere Transporte. Aber sie kann es sich nicht leisten. Und wenn Sie Ihre Sozialbrille da wirklich aufhaben: Denken Sie auch an diese Leute. Was wollen wir machen, wenn wir die Tarife immer weiter erhöhen? Diese Menschen werden sich das nicht leisten können.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

In dem viel kritisierten Gutachten steht auch, woran das Taxengewerbe kränkle. Woran kränkelt es denn? An der Diskrepanz zwischen Besetzzeiten und Leerzeiten. Nun ist auch mir klar, wenn eine Taxifahrerin oder ein Taxifahrer eine Schicht, die viel zu lang ist, nämlich von 9,6 Stunden, mit nur 2,6 Stunden Besetzzeit hat, dann kränkelt es daran. Aber wenn wir nun, wie es in dem Gutachten steht, darüber nachdenken, die Zahl der Taxen zu reduzieren, um diese Besetzzeiten zu erhöhen, kritisieren Sie dies auch. Es ist schwierig, das Niveau von guten und qualitativen Taxis zu halten, aber auch einen Preis der im Maß ist für Taxifahrer, aber auch für die Nutzer. Dafür müssen wir sorgen. Von daher halte ich den Weg der Behörde für angemessen.

Wenn Sie Vorschläge machen möchten, dann machen Sie doch so kreative Vorschläge wie sie im

(Martina Gregersen)

schwarz-grünen Koalitionsvertrag stehen. Dort steht drin, dass wir ein Programm vereinbart haben, dass die Einführung von 1.000 Umwelttaxen vorsieht. Wir möchten diese mit erneuerbaren Energien betreiben. Das wollen wir unterstützen. Dann sind sie unabhängig vom Ölpreis und können unabhängig auch günstige Preise weitergeben. Wenn Sie solche Lösungen vorschlagen, arbeiten wir gern kreativ mit Ihnen zusammen. Aber bitte stellen Sie nicht noch einmal eine neue Anfrage ohne Erkenntnisse und Debatte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Senatorin Hajduk.

Senatorin Anja Hajduk: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir beschäftigen uns also heute erneut mit dem Thema Taxentarife und Taxenordnung. Es ist schon gesagt worden: Wir haben eine ganze Menge in der Aktuellen Stunde im Juli erörtert. Nun hat die Fraktion DIE LINKE dazu noch eine Reihe von Nachfragen gestellt und das Ganze in eine Große Anfrage gepackt. Dagegen ist selbstverständlich gar nichts einzuwenden. Da Taxentarife und Taxenordnung Gegenstand öffentlichen Interesses sind, ist es auch berechtigt, darüber noch einmal zu diskutieren. Dann muss man aber sagen, worum die ganze Debatte kreist. Es geht um die wirtschaftliche Lage des Gewerbes, das heißt, um die Auslastung der Taxen und die Einkommensentwicklung der Fahrerinnen und Fahrer. Das hat auch gerade die Abgeordnete Gregersen gesagt: Die Vertreterinnen und Vertreter des Gewerbes und die Gutachter sind sich einig, dass das Verhältnis von Besetzzeiten, in denen die Taxen Umsatz erzielen, und den Leerzeiten, in denen sie keinen Umsatz erzielen, nicht optimal ist. Das kann man feststellen. Das hängt direkt mit der Anzahl der Taxen zusammen, die auf Hamburgs Straßen unterwegs sind, und damit, wie das zu unserer Einwohnerzahl im Verhältnis steht. Da muss man, wenn man sich über die Perspektive des Taxengewerbes in Hamburg ein Urteil bildet, auch schauen, wie es anderswo aussieht und welche Steuermöglichkeiten wir gegebenenfalls wahrnehmen müssen. Dieses Verhältnis ist in Hamburg so günstig wie in keiner anderen vergleichbaren Stadt. Das ist das Ergebnis. Die Zahl der Taxen ist in Hamburg mit knapp über 3400 Fahrzeugen sogar niedriger als früher. Wenn wir also Perspektiven betrachten, schauen wir uns die Zeit vorher an, schauen wir uns die Situation in anderen Städten an und urteilen weiter. Was haben wir von der politischen Seite gemacht, um zumindest erst einmal – ohne diese Zahlen gesundzubeten, aber diese zeigen ja, dass die Perspektive nicht schlecht ist – zu überlegen, wie es denn zu dieser Entwicklung gekommen ist? Weniger Fahrzeuge als früher, das erhöht die ökonomischen Verdienstchancen. Wir

sind ja nicht mit einem Konzessionsstopp in Hamburg dorthin gekommen, sondern wir haben konsequent die Gewerbeaufsicht ausgeübt und damit die Qualität der Dienstleistung im Taxi gesteigert. Ich glaube, das war ein vernünftiger Weg. Für die jetzige Novelle, die anscheinend in diesem Hause so umstritten ist, haben wir die Untersuchungsmethoden noch einmal verbessert. Eins möchte ich ganz deutlich sagen: Wir haben eng mit den Taxenverbänden und der Handelskammer zusammengearbeitet. Keine Tarifierung ist so eingehend und aufwändig mit der Gesamtheit des Gewerbes vorbereitet worden. Sie müssen doch Verständnis dafür haben, dass man eine Tarifierung nicht einseitig auf Ansage macht, sondern dass wir abwägen und überlegen, was das potenzielle Interesse der Kunden ist. Es geht hier ja um ein Angebot im öffentlichen Personenverkehr. Die Verbände und Funkzentralen haben einen gemeinsamen Vorschlag unterbreitet. Wenn man dann wesentliche Elemente dieses Vorschlags übernimmt und im Ergebnis die Tarifierung höher ausfällt als in diesem Vorschlag, kann ich nicht verstehen, worin Sie uns kritisieren. Da fehlt mir wirklich das Argument, weshalb Sie, wie Sie sagen, mit Maximalforderungen auftreten müssten. Das ist zu wenig in Ihrer Rolle hier in der Bürgerschaft, einfach Maximalforderungen nachzubeten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das ist eine Erhöhung von knapp sechs Prozent. Das ist nicht wenig, betrachtet zu anderen Steigerungen. Man kann da auch noch ins Detail gehen: Wir haben bei den Kurzstreckenfahrten, die über die Hälfte der Taxifahrten ausmachen, die Steigerung sogar noch etwas höher zugelassen. Wir sind dort ans Maximum dessen gegangen – um mit diesem Begriff zu arbeiten –, was für die Kunden noch vertretbar ist. Wir wollen das Taxifahren nicht – das hat Frau Gregersen deutlich gemacht – zu einer Exklusivveranstaltung für Besserverdienende machen. Deswegen müssen Sie sich zu diesen Argumenten auch positionieren und nicht nur die eine Sache betonen, dass es auch Probleme im Gewerbe gibt. Dann möchte ich einen konkreten Lösungsvorschlag von Ihnen hören. Wir haben im Rahmen der Abwägung, wie die Tarife sich entwickeln sollen, einen guten Vorschlag gemacht. Lassen Sie mich aber noch auf einen anderen Aspekt eingehen, den wir vielleicht bei künftigen Untersuchungen stärker in den Blick nehmen wollen. Wir haben schon gesehen, dass sich der Umsatz und Verdienst zwischen Taxen mit Funk und ohne Funk auseinanderentwickelt. Die wirtschaftliche Situation der Taxen ohne Funkanschluss ist in der Tat problematisch und Ihre Erlöse stagnieren.

(Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Verzeihen Sie, Frau Senatorin. Es ist hier zu laut im Saal. Ich bitte um mehr Ruhe.

(Arno Münster SPD: Es sind immer die gleichen, Frau Präsidentin!)

Fahren Sie bitte fort, Frau Senatorin.

Senatorin Anja Hajduk (fortfahrend): Schönen Dank, Frau Präsidentin. Das ist ein Punkt, auf den die Fraktion DIE LINKE hinweisen möchte und auf den sie abzielt. Deshalb will ich dazu noch Stellung nehmen. Diese Erlöse stagnieren nach meinen Erkenntnissen seit 2005 bei nicht knapp 11 Euro pro Stunde. Insgesamt ist also eine sich weiter öffnende Schere zwischen Funkfahrzeugen und den Graupen – so heißen diese ja – zu erkennen. Auf unterdurchschnittliche Umsätze kommen auch die Alleinfahrer, selbst wenn sie über Funkanschluss verfügen. Wir wollen dieses Untersuchungspanel um zusätzliche Alleinfahrer erweitern, um in diesem Segment die Informationsgrundlage zu verbessern. Die Teilnahmebereitschaft in diesem Segment war jedoch bisher unterentwickelt. Ich möchte diesen Punkt insofern für Sie in Aussicht stellen und erläutern.

In einem Punkt unterscheidet sich die Position der Verkehrsgewerbeaufsicht von der der Branche. Das will ich nicht leugnen. Das ist bekannt. Es geht um die Position des Wartegeldes. Wir haben in Hamburg die Position, dass Wartezeiten erst ab einer Minute berechnet werden.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Zu Recht!)

Wenn eine Fahrt zum Beispiel wegen eines Staus länger dauert, soll sie dadurch nicht auch noch teurer werden. Ich finde, es ist richtig, dass auch bei den Taxen "gleiche Preise für gleiche Strecken" gilt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich fände es gut, wenn wir da eine größere Gemeinsamkeit hätten. Das muss man auch im Interesse der Gerechtigkeit zwischen den verschiedenen Verkehrssystemen feststellen. Man könnte ja ketzerisch sagen, die Bahn oder Fluggesellschaften könnten eine Menge Geld damit verdienen, wenn die Flüge teurer würden, wenn man später kommt. Das kann niemand im Ernst wollen. Die Forderung aus dem Gewerbe würde letztlich zu einem Nullsummenspiel: Wenn sie beim Wartegeld hinlangen, müssen sie bei den Tarifen wieder herunter, wenn sie nicht insgesamt eine viel zu große Erhöhung wollen.

Ich möchte noch auf einen weiteren Punkt kurz eingehen. Es ist die Situation am Flughafen angesprochen worden. Die neue S-Bahn zum Flughafen löst wirklich Veränderungen in der Stadt aus. Manchmal kann man sich das noch nicht so genau vorstellen. Ich finde es jedoch sinnvoll und richtig,

dass die Flughafengesellschaft mit der BSU über die künftige Regelung der Taxenbereitstellung am Flughafen Gespräche führt, wenn sich solch eine Änderung anbahnt. Infolge der Eröffnung der Flughafen-S-Bahn wird sich die Nachfrage der Passagiere und Besucher nach den Beförderungsmöglichkeiten im öffentlichen Personennahverkehr und im Taxenverkehr verändern. Man rechnet sogar mit einem Rückgang von vielleicht einem Drittel.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz)

Weil aber ein Interesse daran besteht, gerade am Flughafen hohe Qualität zu gewährleisten und dort lange Standzeiten zu vermeiden, finde ich es sinnvoll, dass die Flughafengesellschaft und die BSU die bisherige Situation überprüfen – das muss man im Dialog machen –, aber auch Angebote zur Verbesserung entwickeln. Dann muss man schauen, ob dies eine Lösung wäre, die eine Benachteiligung bestimmter Gruppen von Taxenunternehmen ausschließt und weiterhin ausreichend Stellplätze sicherstellt. Diese Gespräche laufen. Sie sind notwendig und richtig. Das wollte ich nur noch einmal sagen, weil Sie den Punkt angesprochen haben, Herr Bischoff.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die Tarifierungen der letzten Jahre haben immer die Interessen der Taxen, die mit der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung Schritt gehalten haben, ebenso berücksichtigt, wie die Interessen der Kunden. Das ist jedenfalls ein Anspruch, den wir immer erfüllen wollen. Ich finde es richtig, dass der Senat nicht nur einseitig das legitime Interesse der Taxenfahrer an Einkommenssteigerung vor Augen hat. Er muss die Preisentwicklung insgesamt berücksichtigen. Ich muss schon sagen, in dieser Debatte kommt mir dieser Punkt bei Ihnen zu kurz. Man kann es bei Ihrem sonstigen Anspruch auch nicht ganz verstehen – vielleicht habe ich es missverstanden –, als Fraktion DIE LINKE auf dem einen Auge blind zu sein, nämlich für das Interesse derjenigen, die ein Taxi benutzen.

Man kann andererseits auch nicht sagen, wenn beklagt wird, dass es nach der Tarifierung in der Presse heißt, Hamburgs Taxen sind die teuersten, sich dem womöglich noch anschließen, dass das geschäftsschädigend sei, sondern man muss sich schon überlegen, ob man bereit ist, beide Aspekte mit in den Blick zu nehmen.

Fakt ist, dass die jüngst vorgenommene Tarifierung in weiten Teilen den Vorstellungen der überwiegenden Mehrheit der Taxenverbände entspricht. Ich will nicht verhehlen, dass es einen Verband gibt, der das anders sieht, aber ich finde, dass diese Kritik nicht alleiniger Stichwortgeber Ihrer Argumentation sein kann. Das muss man dann schon im Ganzen betrachten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

(Senatorin Anja Hajduk)

Nur wenn Sie bereit sind, die Vielfalt der Verbände und dieses Meinungsspektrum mit in Ihre Argumentation einfließen zu lassen, kommt man zu vernünftigen Lösungen für eine gute Verkehrspolitik in Hamburg.

Meine Behörde wird deswegen auf diesem eingeschlagenen Weg bleiben und weiter in die Richtung arbeiten, damit die Taxen als Teil des öffentlichen Personennahverkehrs ihren Versorgungsauftrag gut erfüllen können. Deswegen freue ich mich auch auf die nächste Taxendebatte, die wir mit Sicherheit führen werden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Immerhin finde ich es positiv, Frau Senatorin Hajduk, dass Sie Ihrer Kollegin Gregersen nahegebracht haben, dass es einen neuen Punkt gibt, den wir bei der damaligen Debatte nicht hatten, und das ist die europaweite Ausschreibung am Flughafen. Das läuft aus meiner Sicht – ich weiß, dass wir da sicher unterschiedlicher Auffassung sind – auf eine bestimmte Privatisierung öffentlicher Infrastruktur hinaus. Ich bin grundsätzlich dagegen, obwohl ich Ihnen eindeutig zustimme, dass wir mit der Eröffnung der Flughafen S-Bahn und dem, was mich schon bei der letzten Diskussion empört hat, schnell noch Geradeziehen hinsichtlich der Buslinie dort, eine neue Situation haben.

Es ist völlig klar, dass sich alle Verkehrsträger auf diese Situation einstellen müssen, dass wir jetzt eine S-Bahnanbindung haben. Wenn man sich das im Einzelnen anguckt, Frau Gregersen – das hat die LINKE jetzt nicht gemacht, sondern das war Frau Timmermann, die zu Recht nachgefragt hat, aber bei ihrer ersten Anfrage am 15. August abgebürstet wurde und sie daraufhin noch einmal am 29. August nachgefragt hat –, dann ist da für mich eine bestimmte Kontinuität erkennbar. Es geht darum, dass Sie vom Senat jetzt sagen, Sie hätten erst am 26. Juli von diesem Projekt der europaweiten Ausschreibung erfahren und damit alle ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, um die es dabei geht, erst danach diskutieren können. Da kann ich Frau Timmermann, die heute leider nicht da ist, nur zustimmen, dass mich dieses Argument nicht überzeugt. Ich weiß, dass Sie hinter der intelligenten Privatisierung stehen. Darauf werden wir sicherlich noch häufiger zu sprechen kommen. Ich finde diesen Vorgang der Privatisierung eines öffentlichen Raums und verkehrspolitischer Infrastruktur nicht in Ordnung.

Das heißt nicht, dass das das neue Moment ist, was hinzugekommen ist. Herr Hesse hat mir das eben noch einmal gesagt, weil er weg musste,

dass auch das mit den Taxenverbänden abgesprochen gewesen sei. Ich gebe zu, Frau Hajduk, dass wir mindestens fünf Taxenverbände haben, die sich untereinander nicht grün sind. Das bedauere ich. Es ist völlig in Ordnung, wenn Sie sagen, dass es sehr schwierig ist, sich mit den Verbänden an einem Tisch zu unterhalten und zu einer gemeinsamen Einschätzung zu kommen. In diesem Punkt haben wir doch gar keine unterschiedliche Auffassung. Ich habe nur kritisiert, dass in dem Antrag der CDU-Fraktion aus der letzten Legislaturperiode steht – jedenfalls lese ich das so –, dass man vorgehabt hat, den öffentlichen Raum am Flughafen zu privatisieren. Da stand aber noch drin, dass man das in Abstimmung mit den Verbänden machen wollte. Jetzt bin ich sicher nicht so schlau wie Sie, jedenfalls habe ich nicht gehört, dass Sie dazu vorher irgendeinen der Taxenverbände eingeladen haben. Das können Sie auch gar nicht, weil Ihre Verteidigungslinie sonst bei diesen beiden Antworten auf die Kleine Anfrage von Frau Timmermann zusammenbrechen würde. Das ist der zweite Punkt, den ich politisch nicht in Ordnung finde. Wenn Sie schon einen ordnungspolitisch schwierigen Weg gehen und dann die Vorgabe haben, wir machen das nur, wenn wir mit den Beteiligten reden und das aber nicht machen, dann tun wir uns damit nichts Gutes.

Ein letzter Punkt, Frau Gregersen. Ich möchte Ihnen doch noch einmal einen Artikel aus der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" zeigen, und zwar parallel zu dem, was wir hier diskutieren. Die Überschrift: "Taxifahrer sehen sich in existenziellen Nöten". Sie haben gerade ein Musterbeispiel davon gegeben, dass – jedenfalls in Hamburg – diese existenziellen Nöte offensichtlich nicht gegeben sind. Komischerweise – und das ist mein Argument, Sie können ja sagen, dass Sie meinem Argument nicht folgen – hat dieser Artikel den Chef des Gutachterinstituts inspiriert, den Sie eingestellt haben. Jetzt müssen Sie doch zugeben, dass irgendeiner in dieser Sache spinnt. Wenn der Gutachter diesen Artikel der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" in seine Überlegungen mit einbezogen hat, dann ist seine Auffassung, dass die Situation der Taxifahrer in Hamburg wirklich bedrohlich ist. Dann, finde ich, muss man bei all dem Abwägen – das will ich doch gar nicht in Abrede stellen – mit der Situation anders umgehen muss. Ich gebe zu, dass das ein kleines Problem ist, wir werden noch ein paar andere Probleme bekommen, wo wir das deutlich machen können. Das beklage ich als wirklich miesen Stil. Das hätten Sie als Grüne überhaupt nicht nötig, weil Sie sich jahrzehntelang für eine andere Politik eingesetzt haben, nämlich das mit den Betroffenen zu machen und sie nicht einfach von oben fertig zu machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer einer Überweisung der Drucksache 19/887 an den Entwicklungsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Punkt 30 der Tagesordnung, Antrag der Fraktionen der GAL und CDU: Deutschkurse für geduldete Flüchtlinge.

**[Antrag der Fraktionen der GAL und CDU:
Deutschkurse für geduldete Flüchtlinge
– Drs 19/1123 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/1199 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Deutschkurse für geduldete Flüchtlinge
– Drs 19/1199 –]**

Die SPD-Fraktion möchte die Drucksache 19/1123 an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen. Für die Drucksache 19/1199 liegt ein Überweisungsantrag der Fraktion DIE LINKE ebenfalls an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss vor. Wird das Wort gewünscht? – Frau Machaczek, bitte.

Bettina Machaczek CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Bereich der Zuwanderungspolitik der Bundesregierung von CDU und SPD ist es gemeinsame Auffassung, dass geduldete Flüchtlinge bessere Chancen zur Integration in unserem Land erhalten sollen. Die Erfahrung hat uns gelehrt, dass am Ende zahlreiche Menschen dauerhaft in Deutschland bleiben. Sie können aus den verschiedensten Gründen nicht zurück in ihre ursprüngliche Heimat. Daher ist es klug, diesen teilweise längeren und auch unsicheren Status vernünftig zu nutzen und die Zeit gewinnbringend einzusetzen.

Dass die deutsche Sprache ein Schlüssel zu jedweder Integration ist, ist unbestritten. Wir wissen alle, dass die Integration, gerade in ein wirtschaftlich unabhängiges Leben und so eben auch unabhängig von staatlichen Leistungen, die viele Flüchtlinge bekommen, über ausreichende Sprachkenntnisse und Bildung geht.

So gibt es auch eine große Gruppe anspruchsberechtigter Migranten, die Zugang zu kostenlosen Deutschkursen haben. Aber in dem von der CDU und GAL vorgelegten Antrag geht es um eine frei-

willige Leistung der Stadt Hamburg, auch geduldeten Flüchtlingen den Zugang zum Erlernen der Landessprache zu ermöglichen. Bei manchen wird der Deutschkurs dazu führen, dass er bei einem möglichen Daueraufenthalt die besten Voraussetzungen für eine weitere Integration bietet. Bei anderen wäre es zumindest auch eine Qualifizierung in der Heimat.

Aber wie Sie in den von uns beschriebenen Kriterien sehen, wollen wir natürlich möglichst diejenigen auswählen, die auf absehbare Zeit bei uns bleiben werden. Hier kommt es dann auf die Bewertung der befassen Behörden an, wer die Prioritäten bekommt.

Besonders wichtig ist es uns, dass insbesondere Eltern mit Kindern – und hier schon ab drei Jahren – berücksichtigt werden. Damit weiten wir das schon von der Vorgängerregierung installierte Projekt der BSB aus, nämlich Deutschkurse für Mütter mit Vorschul- und Grundschulkindern zu machen. Die Kinder von geduldeten Flüchtlingen sprechen oft sehr früh deutsch, sind quasi integriert und Deutsche geworden. Sehr häufig ist es das Problem, dass die Eltern die Sprache aber noch nicht beherrschen. Deswegen ist es besonders wichtig, dass wir auch den Eltern das Angebot machen, deutsch zu lernen,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der GAL)

damit sie auch in der Schule und im Kindergarten kommunizieren können und nicht von ihren Kindern, von der Integration abgehängt werden. Mit dieser Schwerpunktsetzung folgen wir dem Weg, den wir schon in der letzten Legislaturperiode begonnen haben und so wollen wir heute ein weiteres Fenster zur Integration von Zuwanderern öffnen. Wir werden mit jährlich 500 Sprachkursen beginnen.

Meine Damen und Herren, es ist auch gar nicht so einfach, diese an Mann und Frau zu bringen, denn die Hemmschwelle, ein staatliches Angebot anzunehmen, ist für viele Menschen sehr hoch. Menschen, die zu uns kommen und sich in unser Gemeinwesen integrieren und einen aktiven Beitrag dazu leisten wollen, um selbst auf eigenen Füßen zu stehen, sind uns willkommen. Der Leiter des Hamburg Weltwirtschaftsinstituts, Professor Dr. Straubhaar, hat es uns letztes noch einmal ins Stammbuch geschrieben, dass wir möglichst die Potenziale jener Menschen nutzen sollen, die schon bei uns sind. Eigentlich wissen wir das.

So kommen wir heute mit diesem Beschluss dieser Forderung nach und wollen die Hansestadt Hamburg weiter als eine Stadt profilieren, deren Vielfalt nicht nur den einzelnen Menschen etwas bringt, sondern unsere Stadt auch voranbringt und die Internationalität uns weiter Wachstum beschert.

(Bettina Machaczek)

Nur wenige Worte zum Antrag der LINKEN. Der Antrag, der eigentlich ein anderes Thema behandelt, zeigt, dass Sie unserem Antrag nicht einfach zustimmen wollen, sondern noch einmal etwas anderes dazupacken, damit Sie unseren Antrag und den der GAL vielleicht am Ende ablehnen. Wir werden auf jeden Fall Ihren Antrag ablehnen, denn es ist zwar gut, über Deutschkurse zu sprechen, aber wir wollen jetzt handeln, und zwar sofort und, liebe SPD, so komplex ist dieser Antrag nicht, als dass wir den noch lange im Ausschuss diskutieren müssten. Wir wollen ihn heute abstimmen und dann auch umsetzen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Ciftlik.

Bülent Ciftlik SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Machaczek, der Antrag ist nicht komplex, das macht ihn aber nicht gut. Wir unterstützen die Idee, die dahinter steckt. Ich glaube, dass es wichtig ist, in der zweitgrößten Stadt Deutschlands nicht nur bürokratische Maßstäbe anzusetzen, sondern auch menschliche und weitsichtige. Sie haben es, wie ich finde, auch richtig beschrieben, warum es wichtig ist für das Zusammenleben, warum es wichtig ist für Menschen, die hier mehrere Jahre und vielleicht auch viele weitere Jahre hier leben, in den Genuss solcher Deutschkurse zu kommen. Ich verstehe nur nicht, warum nicht – und das kann auch schnell gehen, das muss nun nicht lange dauern – im Sozialausschuss auch über die Details geredet werden kann. Das ist doch auch wichtig, damit man es von vornherein richtig macht. Ich habe eine bisschen das Gefühl, dass es Sie langweilt, über solche Detailfragen zu sprechen.

(*Egbert von Frankenberg CDU:* Sie sind doch immer gelangweilt!)

Ich halte es aber für wichtig, so etwas von vornherein richtig zu machen.

Welche Personengruppen sind im Einzelnen gemeint? Es tut mir leid, ich bin auch nicht Anhänger von sehr komplexen Anträgen, wenn man es auch kurz machen kann, aber das wird aus diesem Antrag aus meiner Sicht nicht ganz deutlich. Wie wird das finanziert? Darf man vielleicht einmal in einem Nebensatz darüber reden und wann wird darüber Bericht erstattet? Gibt es irgendwann einen Bericht, ob die Kursangebote zusätzlich noch angenommen worden sind oder nicht. Sie haben eher salopp gesagt, dass das ein bisschen dauert, um das an den Mann oder die Frau zu bringen. Ich denke, das ist zu wenig, wenn man solch einen Antrag auf den Weg bringen möchte.

Sie haben das Thema Kita-Plätze angesprochen, auch eine feine Sache. Nur ist das regelhaft? Wer-

den jetzt, wenn die Eltern, die Mutter oder der Vater Kita-Plätze beantragen, soziale Maßstäbe angesetzt? Viele von denen, die jetzt zuhause sind, haben keine Arbeit. Nach meinem Dafürhalten hat das bisher sehr oft dazu geführt, dass sie nicht in den Genuss von Kita-Plätzen gekommen sind. Ich habe das Gefühl, das absichtlich wenig Konkretes zum Besten gegeben werden soll, weil man sich nicht der Gefahr aussetzen möchte, kritisiert zu werden. Es sieht mir ein bisschen nach einer Luftnummer aus, obwohl die Idee, die dahinter steckt, gut ist und wir sie unterstützen. Lassen Sie uns aber noch einmal im Detail darüber in dem Ausschuss reden, in dem man darüber reden sollte, nämlich im Sozialausschuss. Ich glaube, dass wir dann gemeinsam zu dem Ziel kommen, das wir unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Ciftlik, Sie haben recht damit, dass wir eine sehr kurze Ausschusssitzung hätten, wenn wir diesen Antrag in den Ausschuss überweisen würden. Die Fragen, die Sie gestellt haben, können wir auch hier beantworten. Es geht tatsächlich um eine sehr unkomplizierte und einfache Regelung. Die vielen Fragen nach dem Kindergartenplatz oder nach dem Arbeitsplatz stellen sich da nicht, denn die Gruppe von Menschen, die wir erreichen wollen, ist die Gruppe, die aus all diesen Kriterien herausfallen, die noch lange keinen Arbeitsplatz haben und die, wenn sie Glück haben, möglicherweise schon einen Platz für ihre Kinder in Kita oder Schule haben.

Ich möchte den Einstieg zu dem Antrag ein wenig anders machen als ihn Frau Machaczek gemacht hat. Wir haben seit einigen Jahren ein Ausländerrecht, das tatsächlich einen gewährenden Teil hat. Früher gab es nur den repressiven Teil, jetzt gibt es ein Ausländerrecht mit einem etwas großzügigeren gewährenden Teil. Wir haben inzwischen eine Bleiberechtsregelung, die wiederum einen Großteil der grob geschätzt 180 000 Menschen, die sich langjährig in Duldung insgesamt in Deutschland befinden, erfasst und die dazu führen wird, dass ein Teil dieser Menschen dauerhaft einen Aufenthalt in Deutschland bekommen wird. Gut und schön, aber es bleiben uns immer noch eine große Gruppe von Menschen, die langjährig hier geduldet sind, ohne Perspektive – im Moment jedenfalls – für einen Daueraufenthalt aber genauso auch ohne Perspektive, dieses Land schnell wieder verlassen zu können oder mit Hilfe der Behörde abgeschoben zu werden.

Diese Menschen kommen überhaupt nicht in den Genuss oder haben überhaupt nicht die Möglich-

(Antje Möller)

keit, ohne eigene Mittel – und über die verfügen sie in der Regel nicht –, aktiv zu ihrer Integration beizutragen. Sind sie dann möglicherweise aufgrund einer neuen Bleiberechtsregelung doch plötzlich auf der Liste derjenigen, die hier einen dauerhaften Aufenthalt bekommen können, dann kommt ihnen das Argument entgegen, nun sind sie schon sieben Jahre hier und sprechen immer noch nicht die deutsche Sprache, sie sind doch nicht wirklich integriert. Das ist für manche Menschen ein Kreis, aus dem sie nur schwer herauskommen. Deswegen ist dieser Antrag auch so schlicht und deutlich. Wir wollen die Menschen erreichen, die mindestens sechs Monate in Deutschland sind und auf nicht absehbare Zeit weiter hier bleiben werden. Dafür kann es sehr viele Gründe geben. Die sind aber als Grund an sich nicht wichtig, sondern es geht darum, dass es lediglich diese Perspektive gibt. Dann wollen wir die Menschen erreichen, die keinen kostenlosen Zugang zu Deutschkursen oder keinen Anspruch darauf haben und – das hat Frau Machaczek sehr deutlich gesagt – es geht vor allem auch um Eltern mit Kindern ab drei Jahren, die vielleicht durch ihre Kinder noch ganz anders verwurzelt sind als Einzelpersonen.

Die Finanzierung ist übrigens auch relativ einfach. Es gibt die Möglichkeit, auf die Bundesmittel für Integrationskurse zurückzugreifen, wenn Menschen länger als zwölf Monate hier geduldet sind. Dazu bedarf es aber eines Antrages der Ausländerbehörden. Das ist der eine Weg. Der andere Weg ist, die Personen über die hamburgischen Mittel in die Deutschkurse zu schicken, die gerade in Hamburg angeboten werden, vielleicht teilweise nicht belegt sind oder aber aufgrund unseres Antrags neu initiiert werden. Das ist von den Kosten her etwas, das sich im Moment noch nicht exakt abbilden lässt, wo aber klar ist, dass dieses innerhalb des Haushaltes ohne Probleme, so wie wir die Plätze einrichten werden, zu erreichen ist. Das heißt, wir brauchen hier keine Ausschussbefassung, sondern schlicht und einfach ein gemeinsames Votum dafür, dass wir auch diesen Menschen, die hier jahrelang in der Stadt leben, die Möglichkeit zu einem Deutschkurs geben. – Danke.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei *Wilfried Buss SPD* und *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir stimmen dem Antrag der CDU-Fraktion zu. Wir finden ihn wichtig, aber nicht ausreichend, und zwar aus Gründen, die auch Herr Ciftlik betont hat. Es ist so – das geht auch aus Ihrem Antrag hervor –, dass – ich zitie-

"In Hamburg leben mehrere Tausend Flüchtlinge mit ungesichertem Aufenthaltsstatus, in der Regel mit einem Duldungsstatus, viele von ihnen schon seit mehreren Jahren und mit ungeklärter Zukunftsperspektive."

Eines möchte ich vorab sagen, weil ich diese Diskussion öfter mal mit CDU-Kollegen habe. Erstens: Flüchtlinge kommen und verlassen ihre Länder nicht, weil sie Bock auf Europa oder Deutschland haben, sondern weil sie entweder politische oder wirtschaftliche Gründe haben.

(*Antje Möller GAL:* Steht da aber drin!)

– Ich komme darauf, hören Sie einmal zu.

Ich gehöre zu den Flüchtlingen, die Jahre lang keinen festen Aufenthalt hatten. Bei mir waren es vierzehn Jahre. Ich habe es mit eigenem Willen und Kräften geschafft, eine Ausbildung zu machen, habe ein paar Jahre die Schule besuchen dürfen, um danach länger nicht arbeiten zu dürfen. Aber zum Glück, nachdem ich geheiratet habe, und lange in Deutschland war, hat man mir eine Aufenthaltsgenehmigung erteilt. Jetzt habe ich die deutsche Staatsbürgerschaft und bin Hamburger Abgeordneter geworden.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und bei *Antje Möller GAL*)

Wir haben den Zusatzantrag gestellt, weil ich das tagtäglich erlebe. Jeder von Ihnen müsste das auch erleben, dass in Hamburg die Sprache eine der wichtigsten Bausteine für die Integration ist. Es ist auch bei dem jetzigen Einbürgerungsverfahren eine der Bedingungen. Ich erlebe das jeden Tag, auch wenn ich mich mit den Instituten oder der Sprachkursvermittlung treffe, dass diese Sprachkurse sehr schlecht gestaltet und nicht ausreichend sind. Deswegen haben wir den Antrag gestellt, dass das ausgeweitet wird.

Zweitens: Wenn man von Tausend Flüchtlingen und 500 Kursplätzen spricht, dann ist das ein Tropfen auf den heißen Stein. Es kommt mir so vor – das ist meistens auch im Koalitionsvertrag vereinbart –, dass Sie sich immer mit halben Sachen in der Presse gut darstellen wollen und bei diesem Antrag sehe ich das genauso. Damit Sie draußen bei den Menschen gut ankommen und es so aussieht, dass der Senat, hauptsächlich die Grünen, etwas Gutes für die Menschen tun, deshalb stellen Sie solche Anträge. Man könnte auch einen Antrag stellen, dass man hundert Bäume pflanzen möchte, um den CO₂-Gehalt in Hamburg zu reduzieren, um sich auch in dem Bereich gut darzustellen.

Wir stimmen diesem Antrag zu, aber finden ihn nicht ausreichend. Deswegen würden wir uns freuen, wenn beide Anträge in den Sozialausschuss kommen, damit man darüber debattieren kann, dass auch diese Sprachkurse besser gestaltet werden, dass mehr Menschen die Möglichkeit haben

(Mehmet Yildiz)

und nicht nur 500, denn es sind Tausende von Menschen. Wer keine Ahnung davon hat, kann mal einen Tag mit mir auf die Straße gehen. Es sprechen mich in den Stadtteilen Altona und Wilhelmsburg zahlreiche Menschen an, weil viele mich kennen und fragen, wie sie einen Sprachkurs besuchen können. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Ksenija Becker SPD*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Frau Möller, Sie haben das Wort.

Antje Möller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nur noch zwei Sätze, damit kein Missverständnis aufkommt. Die Zahl von 500 Plätzen per Anno sind insgesamt 2000 in vier Jahren, wenn wir mal großzügig über die Legislaturperiode reden, und wir reden über die Menschen, die sonst keinen kostenlosen Zugang zu Deutschkursen haben und das ist, glaube ich, das Entscheidende. Der Antrag der LINKEN ist inhaltlich nicht falsch, aber sehr allgemein formuliert. Deutschkurse allgemein auf Flüchtlinge und Migranten zu erweitern, damit kann ich nicht viel anfangen, weil wir genau die Gruppe, um die es geht, die nicht erfasst wird, in unserem Antrag erfassen. Wenn die Zahl nicht ausreicht – das werden wir möglicherweise im nächsten Jahr genauer wissen –, dann können Sie doch konkret noch einmal nachsteuern und sagen, dass die Plätze nicht reichen. Aber diesen Antrag jetzt zu überweisen, um noch einmal eine lange Debatte darüber zu führen, wollen wir nicht. Wir wollen jetzt anfangen und deswegen die Ablehnung Ihres Antrags, aber Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal sagen, dass es uns auch darum geht, die Qualität dieser Kurse zu überprüfen, weil es – Mehmet Yildiz hat das sehr deutlich gesagt –, jedenfalls bei den Sachen, die bei uns auflaufen, schwere Kritik an der Gestaltung dieser Sprachkurse gibt. Lediglich zu sagen, wir nehmen eine Zielgruppe heraus, die bislang Schwierigkeiten hatte, an so etwas heranzukommen, was wir grundsätzlich sehr positiv finden, löst nicht das Problem, dass wir irgendwann einmal über die Qualität dieser Sprachkurse reden müssen. Es wäre eine Chance, das im Ausschuss zu machen. Ich sehe, Sie wollen nicht. Insofern kann ich nur sagen, dass Sie das Thema von uns demnächst auf einem anderen Weg serviert bekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Bevor ich Herrn Ciftlik das Wort gebe, möchte ich noch einmal den Appell von Frau Güclü wiederholen. Es wäre ganz toll, wenn diejenigen, die hier sehr kommunikativ sind, das vielleicht nicht in diesem Räumchen ausleben würden, sondern vor die Tür gehen. Dann ist es insgesamt ein bisschen leiser. Jetzt hat Herr Ciftlik das Wort.

Bülent Ciftlik SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will es nur noch einmal wiederholen, weil ich glaube, dass das notwendig ist. Frau Möller, Sie haben betont, wie wichtig es ist. Das ist auch alles richtig, auch das, was Frau Machaczek gesagt hat. Ich verstehe nur nicht, warum Sie darüber nicht reden wollen, ob das nun jetzt oder in einem Monat im Ausschuss umgesetzt wird. Sie sagen, man könne nächstes Jahr einmal sehen, was daraus geworden ist und dann könnte man irgendwie nachsteuern. Ja, wo dann? Wird es dann im Ausschuss beraten? Ich weiß gar nicht, warum Sie vor solch einer Diskussion Angst haben. Auch zu der Finanzierungsfrage haben Sie nichts gesagt oder ich habe es verpasst.

(*Antje Möller GAL:* Ich habe das mit der Finanzierung erklärt!)

– Dann spreche ich Sie gleich noch einmal an. Aber ich verstehe nicht, warum wir darüber nicht im Sozialausschuss reden können. Ich finde das ziemlich schwach.

(*Wolfgang Beuß CDU:* Das haben Sie ja früher auch immer so gemacht!)

– Und fanden Sie das gut?

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/1199.

Wer einer Überweisung dieser Drucksache an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Nun kommen wir zum gemeinsamen Antrag von GAL- und CDU-Fraktion aus der Drucksache 19/1123. Wer einer Überweisung dieser Drucksache an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden)

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer den Antrag annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Punkt 25 der Tagesordnung, Antrag der SPD-Fraktion: Qualität der Pflege sichern – Ausbildungsplätze in der Altenpflege fördern – Ausbildungsplatzumlage in der Altenpflege.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Qualität der Pflege sichern – Ausbildungsplätze
in der Altenpflege fördern – Ausbildungsplatz-
umlage in der Altenpflege
– Drs 19/1114 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Kienscherf, bitte.

Dirk Kienscherf SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Möller, es wäre schön, wenn wir ein solches Thema im Sozialausschuss diskutieren könnten, denn dorthin werden sehr wenig Drucksachen überwiesen. Bisher weichen der Senat und die Regierungsfaktionen immer der kritischen Debatte aus.

(Antje Möller GAL: Ihr Antrag wird doch überwiesen!)

Es erfüllt uns ein wenig mit Befriedigung, dass das beim Thema Pflege etwas anders ist. Das zeigt also, dass sich das eine oder andere bewegen wird, wenn wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in dem Bereich langfristig und immer wieder Anträge stellen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben uns in den letzten Monaten diverse Male mit dem Thema Pflege befasst und immer wieder darauf hingewiesen, dass es mit dem Zustand der Pflege nicht gut bestellt ist. Fast routinemäßig hat der Sozialsenator, der leider heute dieser Debatte nicht beiwohnen kann und auch neulich, als der Gesundheitsausschuss getagt hat, schon im Urlaub war, gesagt, es sei wichtig, dass beim Thema Pflege gehandelt wird.

Wir sind der festen Überzeugung, dass hier gehandelt werden muss. Es gibt nach wie vor große Missstände und die SPD-Fraktion fordert Sie und auch die GAL, Frau Möller, auf, kritisch mit uns in einen Diskurs zu treten, damit sich in dieser Stadt endlich etwas an der Pflegesituation ändert. Deswegen haben wir einen Antrag vorgelegt, in dem es darum geht, dass wir uns insbesondere um die Ausbildungssituation in der Pflege kümmern müssen.

Sie alle wissen, dass der Personalbedarf aufgrund der steigenden Zahl von Pflegebedürftigkeit wach-

sen wird, wir auf der anderen Seite aber durch Abwerbungstendenzen aus den skandinavischen Ländern einen erheblichen Schwund an Fachkräften haben werden und die Zahl der Auszubildenden insgesamt tendenziell zurückgehen wird. Die Mitglieder des Sozialausschusses – beispielsweise Herr von Frankenberg, der gleich noch sprechen wird, aber auch Frau Gregersen, die neulich mit dem Sozialausschuss eine Bustour durch verschiedene Einrichtungen gestartet hat – haben festgestellt, dass es um die Ausbildung in dieser Stadt nicht gut bestellt ist und es noch eine ganze Menge zu tun gibt.

(Olaf Ohlsen CDU: Packen wir's an!)

Die SPD-Fraktion ist dazu bereit, meine Damen und Herren.

Deswegen schlagen wir Ihnen heute ein Vierpunkteprogramm vor. Es stimmt nicht, dass die Ausbildungszahlen in diesem Bereich gestiegen sind, wie der Sozialsenator es am 18. Juni an dieser Stelle behauptet hat. Herr Wersich hat damals davon gesprochen, man wüsste gar nicht, warum die SPD das überhaupt kritisiere, weil die Zahl im Bereich der Altenpflege von 167 auf 233 – also um rund 40 Prozent – gestiegen sei. Das ist richtig, aber man muss gleichwohl feststellen, dass wir davor ein historisches Tief hatten und dass die Zahlen 2007 deutlich hinter den Zahlen von 2003 und 2002 zurückgeblieben sind. Für uns ist das ein deutlicher Beleg dafür, dass man sich nicht auf diesen Lorbeeren ausruhen kann, sondern handeln muss. Wir müssen also an die Ausbildungszahlen herangehen und dafür sorgen, dass die Qualität verbessert wird. Wir müssen insbesondere im stationären Bereich, aber auch im ambulanten Bereich für deutlich mehr Ausbildungsplätze sorgen.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Kienscherf, ich muss Sie leider unterbrechen. Ich habe eben schon einmal darauf hingewiesen, dass es nett wäre, wenn es etwas leiser wäre. Ich habe meinen Blick mehr in die Richtung gelenkt, jetzt müsste ich ihn in die andere Richtung lenken. Es geht darum, dass man dem Redner ein bisschen mehr zuhören sollte, dann können sich auch alle anderen an der Debatte beteiligen. – Herr Kienscherf hat wieder das Wort.

(Barbara Ahrons CDU: Es sind wir, die nichts hören!)

Dirk Kienscherf (fortfahrend): – Sie können es nicht verstehen, das ist wieder bezeichnend.

Frau Ahrons, das hat auch ein bisschen mit Mittelstand zu tun. Sie können sich gleich wieder setzen und zuhören.

(Heiterkeit bei der SPD)

(Dirk Kienscherf)

Es geht um zwei unterschiedliche Bereiche in der Altenpflege. Ich möchte insbesondere den Bereich der ambulanten Pflege vorstellen, in dem wir ein riesiges Problem bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen haben, weil die Ausbildungskosten nicht wie im stationären Bereich umgelegt werden können. Dadurch ergibt sich eine Benachteiligung von Betrieben, in denen ausgebildet wird. Die SPD-Fraktion will diese Benachteiligung nicht mehr, wir wollen diese Betriebe stützen. Von daher muss der Senat endlich handeln.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Deswegen greifen wir auf ein Instrument zurück – jetzt wird der eine oder andere Christdemokrat hochschrecken –, das sich Ausbildungsplatzumlage nennt. So etwas gibt es beispielsweise schon im stationären Bereich und wird auch in Nordrhein-Westfalen und in Thüringen, also in CDU-regierten Ländern, durchgeführt. Dort hat man erkannt, das zu nutzen, was der Bundesgesetzgeber den Ländern an Möglichkeiten eingeräumt hat. Dazu braucht man den Willen und wir fordern Sie auf, entsprechend dafür zu sorgen, dass Hamburg endlich eine Ausbildungsplatzumlage erhält, damit wir im ambulanten Bereich deutlich mehr Ausbildungsplätze bekommen.

(Beifall bei der SPD und bei *Elisabeth Baum*
DIE LINKE)

Sie alle wissen, dass das Bundesverfassungsgericht im Jahre 2003 die Zulässigkeit der Ausbildungsplatzumlage festgestellt hat. Wie schon gesagt, haben andere Länder sie eingeführt. Wir wissen, dass Sozialsenator Wersich nach wie vor gegen diese Umlage ist, aber wir glauben, es ist der einzige Weg, um für mehr Ausbildung zu sorgen.

Es geht aber auch darum, dass man insbesondere den Bereich der Umschüler nutzt. Es ist bekannt, dass Menschen, die eine Umschulung abgeschlossen haben und danach in der Altenpflege tätig sind, besonders lange in diesem Beruf arbeiten. Gerade bei jungen Auszubildenden ist das nicht immer der Fall. Das liegt unter anderem daran, dass die Arbeitsbelastung gestiegen ist. Wir müssen allerdings feststellen, dass wir in den letzten Jahren im Bereich der Umschichtung einen dramatischen Einbruch erlitten haben. Wir können heutzutage nur noch 20 Prozent des Ausbildungs- oder Umschulungsvolumens realisieren, das wir vor einigen Jahren hatten. Das ist für uns zu wenig. Wir müssen neue Initiativen ergreifen, es gibt eine ganze Menge Potenzial, das wir nutzen müssen.

Das Letzte, was wir fordern, ist, dass wir in den Bereichen Umschulung, Ausbildung und Ausbildungsverträge mehr Licht ins Dunkle bringen müssen.

Die SPD-Fraktion hat in den letzten Wochen diverse Anfragen zu diesem Thema gestellt. Das eine oder andere Mal hat es uns sehr überrascht, dass

der Senat gar nicht wusste, wie es in diesen Bereichen aussieht. Zum Beispiel müssen Schüler in diesen Ausbildungsberufen Schulgeld bezahlen. Das variiert je nach Einrichtung und Schule zwischen 600 Euro und 2100 Euro im Jahr. Wenn diese Schüler schon Schulgeld zahlen müssen, ist es seitens des Senats angebracht, sich darüber Gedanken zu machen, ob entsprechende Qualität garantiert ist. Hier müssen wir deutlich nachbessern.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es ist geradezu zynisch zu fragen, inwieweit das Schulgeld, das die Auszubildenden von ihrer Ausbildungsvergütung bezahlen müssen, angemessen ist. Der Senat antwortet, dazu könne und wolle er gar nichts sagen, denn die Partner – auf der einen Seite der Ausbildungsbetrieb und auf der anderen Seite beispielsweise die sechzehnjährige Auszubildende – wüssten letztendlich vor Vertragsabschluss, um welche Gelder es ginge, es gäbe in diesem Land Vertragsfreiheit und – so der Tipp des Senats – man könnte ja auch noch den Rechtsweg beschreiten. Wo lebt dieser Senat eigentlich, wenn er einer sechzehnjährigen Ausbildungswilligen empfiehlt, den Rechtsweg zu beschreiten, wenn es um die Höhe des Schulgeldes geht? So kann man mit Auszubildenden nicht umgehen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich fasse kurz zusammen. Wir werden im Ausschuss darüber beraten. Die Ziele der SPD sind, durch eine Ausbildungsplatzumlage mehr Ausbildungsplätze im ambulanten Bereich zu schaffen, durch eine verstärkte Umschulung mehr Menschen dazu zu bringen, in die Altenpflege zu gehen, und gleichzeitig durch besseres Qualitätsmanagement und Kontrolle der Ausbildung für verbesserte Rahmenbedingungen zu sorgen. Wir sind auf die Diskussion im Sozialausschuss gespannt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort erhält Herr von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst betonen, dass Hamburg im Bereich der Pflege sehr gut aufgestellt ist. Das ist mir nach den Worten meines Vorredners sehr wichtig, denn danach hatte man einen ganz anderen Eindruck. Auch die Ausbildung für Pflegeberufe befindet sich auf einem sehr hohen Niveau und wir haben wirklich keinen Grund zur Panik, meine Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD: Nein!*)

Der CDU und der GAL ist es wichtig, den hohen Standard in Hamburg aufrechtzuerhalten und fort-

(Egbert von Frankenberg)

zuentwickeln. Ich will noch etwas zu den Zahlen sagen, die Sie genannt haben. Sie sprachen davon, dass es 2006 einen Rückgang bei den Altenpflegeberufen gab. Die Zahlen haben ein bisschen geschwankt, aber man muss immer berücksichtigen, dass es für die Entwicklung Ursachen gibt. In diesem Fall war es so, dass das Altenpflegegesetz auf Bundesebene geändert worden ist. Inzwischen ist der Realschulabschluss Voraussetzung zum Zugang zu diesem Beruf und es ist natürlich klar, dass das Auswirkung auf die Zahlen hat. Insofern muss man immer die Zahlen für sich gewichten. Aber insgesamt ist es sicherlich vernünftig, dass wir Ihren Antrag an den Ausschuss überweisen. Dort haben wir ausgiebig Zeit für die Fachdiskussion. Ich möchte den Schwerpunkt der dortigen Diskussion allerdings etwas anders fassen, als Ihre Worte das eben beschrieben haben. Wir sollten uns darüber Gedanken machen, wie wir in Hamburg in Zukunft genug qualifizierte Fachkräfte für die Pflegeberufe gewinnen, und uns überlegen, wie wir diesen Bereich attraktiv und interessant gestalten können.

Sie haben in Ihrem Vorspann bei den Spiegelstrichaufzählungen durchaus Richtiges aufgeschrieben. Ich will nicht behaupten, dass ich alles teile. Wir müssen die einzelnen Punkte jetzt auch nicht im Detail durchgehen. Wir wollen aber durchaus darüber nachdenken, wie wir den Bereich in Zukunft weiterhin attraktiv gestalten können.

Ich möchte auf Ihren Vorschlag zur Ausbildungskostenumlage eingehen. Es gibt in Paragraph 25 des Altenpflegegesetzes eine Ermächtigung, die das grundsätzlich zulässt. Aber wie es immer bei Gesetzen ist, wenn man den zweiten Satz liest, sieht man schon wieder die Einschränkung. Da steht dann:

"... [kann,] um einen Mangel zu verhindern oder zu beseitigen."

Dieses heißt im Grunde genommen, dass die Länder von der Umlagefinanzierung Gebrauch machen können, wenn sich herausstellt, dass Altenheime beziehungsweise Pflegeeinrichtungen oder ambulante Dienste keine angemessene Zahl von Ausbildungsplätzen für Schülerinnen und Schüler bereitstellen. In dem Sinne ist das gemeint. Das heißt, man kann es dann machen, wenn es nicht genug Plätze gibt. Nach dem was ich gehört habe, haben wir aber nicht zu wenig Plätze, sondern es wird eher so formuliert, dass das Profil derjenigen, die sich bewerben, unter dem Gesichtspunkt des Ausbildungsniveaus nicht auf den Platz passt. Daher wäre das, was Sie als tollen Vorschlag vorgestellt haben, rechtlich problematisch. Ich will keinen Hehl daraus machen, dass ich den Vorschlag auch nicht besonders gut finde. Ich bin der Meinung, dass das, was in Thüringen als Flächenland und in den anderen neuen Ländern durchaus Sinn macht, sich relativ schlecht auf den Stadtstaat Hamburg

übertragen lässt. Grundsätzlich will ich betonen, dass staatliche Eingriffe nur sein müssen, wenn es absolut nicht anders geht. Im Regelfall schadet es eher, als dass es nutzt. Diese Befürchtung habe ich auch bei Ihrem Vorschlag.

Ich möchte kurz etwas zum weiteren Werdegang des Antrags sagen und wie wir uns das vielleicht vorstellen. Ich denke, dass das vielleicht auch auf Ihre Zustimmung trifft. Wir würden den Antrag an den Sozialausschuss überweisen und schlagen vor, eine Expertenanhörung durchzuführen, um uns in dem Thema etwas voranzuarbeiten. Es besteht die Hoffnung und das wäre sehr schön, nach der Auswertung einen gemeinsamen Beschluss hinzubekommen. Insofern bin ich auf eine spannende Ausschussberatung gespannt und freue mich darauf, dort mit Ihnen weiterarbeiten zu können.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort erhält Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kienscherf, es gefällt mir, dass Sie immer wieder hartnäckig an dem wichtigen Thema Pflege festhalten und es immer wieder anbringen. Es gefällt mir aber nicht, dass Sie bei diesen Debatten ständig und immer wieder Panik schüren, weil Panik an dieser Stelle überhaupt nicht angebracht ist.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir haben in Hamburg keinen Pflegenotstand und zumindest für die nächsten Jahre steht auch die steigende Anzahl von Pflegebedürftigen, die wir auch durch die demografische Entwicklung haben, im Einklang mit der Anzahl von Pflegekräften. Wir haben also keinen Pflegenotstand, aber wir wollen auch keinen. Da bin ich ganz bei Ihnen.

Deswegen ist es auch angebracht, ein kritisches Auge auf die Entwicklung der Ausbildung im Pflegebereich zu werfen.

(Glocke)

– Nein, bitte keine Zwischenfrage, ich freue mich, wenn Sie mir nachher noch etwas entgegnen.

In den Einrichtungen der ambulanten und der stationären Altenpflege zeichnet sich ein Trend ab, der uns auch nicht gefällt. Dieser Trend geht in Richtung Mangel an ausgebildeten Pflegefachkräften. Unsere politische Aufgabe ist es, diesem Trend eine andere Richtung zu geben. Deswegen müssen wir uns erst einmal die Ursachen angucken. Ein Grund, den wir aber noch gar nicht angesprochen haben, der aber auch wichtig ist, liegt an der scheinbar fehlenden Attraktivität dieses Altenpflegeberufes gerade für junge Leute. Das ist sicherlich verständlich, denn wer hat im jugendli-

(Christiane Blömeke)

chen Alter, gerade frisch von der Schule, den Kopf voller Ideen und Pläne für sein Leben, Lust, sich mit dem Thema Alter, Tod, Demenz und Pflege zu beschäftigen. Das Fernsehen hilft übrigens auch gewaltig mit. Von "Alphateam", über "Grey's Anatomy" oder "In aller Freundschaft" – wie beispielsweise diese Krankenhaussendungen heißen –, gibt es genügend Unterhaltungssendungen, die über die Arbeit im Krankenhaus und über Beziehung und Liebe reden. Warum ist eigentlich noch nie jemand auf die Idee gekommen, eine Sendung über Arbeit und Beziehung im Alterspflegeheim zu drehen?

(Heiterkeit bei der SPD)

Das wäre für die Jugendlichen attraktiv.

– Spaß beiseite, aber es ist im Ernst. – Die Jugendlichen lassen sich davon leiten und es geht darum, dass wir diesem Beruf ein neues Image verpassen müssen. Es muss vor allem den jungen Menschen deutlich gemacht werden, dass der Beruf der Altenpflege dem Beruf einer Krankenschwester oder eines Krankenpflegers in keiner Weise nachsteht. Der Beruf der Altenpflege bietet viele Entwicklungsmöglichkeiten, ist attraktiv und beinhaltet selbstständige Tätigkeiten.

(Zuruf von *Thomas Böwer SPD*)

– Thomas Böwer, Du bist doch nicht gerade von der Schule gekommen?

(Heiterkeit bei der SPD – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Blömeke, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Christiane Blömeke (fortfahrend): – Nein, ich möchte jetzt meinen Redefluss weiterführen.

Eine derartige Imagekampagne ist natürlich nur die eine Seite. In einem weiteren Schritt müssen wir dafür sorgen, dass es ausreichend Ausbildungsplätze gibt, die den wachsenden Bedarf decken. Es ist richtig, dass Ausbildungsplätze im stationären Bereich vorhanden sind, im ambulanten Bereich ist das aber nicht der Fall, da hinken wir hinterher. Als einen Grund gibt beispielsweise der Bundesverband Privater Dienste an, dass die Vorschrift zur Ausbildungsvergütung bei den ambulanten Anbietern nicht umgesetzt werden kann. Das ist in der Tat das, was Herr Kienscherf eben sagte. Die Refinanzierung ist nicht ausreichend. Im ambulanten Bereich kann nicht ausreichend ausgebildet werden. Die Folge ist, dass von 300 Betrieben nur eine Handvoll jährlich eine nicht nennenswerte Anzahl ausbilden kann. Jetzt ist aber auch schon Ende mit den Übereinstimmungen, denn die Antwort der SPD darauf ist der heutige Antrag mit der Ausbildungsplatzumlage. Herr Kienscherf, meiner Ansicht haben Sie es sich zu einfach gemacht,

(*Dirk Kienscherf SPD*: Machen wir ja immer!)

denn die Ausbildungsplatzumlage ist nur eine Möglichkeit für mehr Ausbildungsplätze. Das Umlageverfahren – das wurde eben nur am Rande behandelt – ist in vielen Punkten rechtlich bedenklich. In anderen Bundesländern, die Sie eben aufgezählt haben, läuft das beileibe nicht, sondern es kam zu gerichtlichen Klagen. Viele Bundesländer haben es auch wieder zurückgezogen. Das System ist durch einen sehr hohen bürokratischen Aufwand geprägt, der nicht zuletzt mehr Kosten verursacht, als er Nutzen bringt. Nicht zuletzt findet das Umlageverfahren – das ist besonders interessant – keine Zustimmung der Anbieter und Träger.

Nun müssen wir natürlich nicht immer hören, was die sagen. Aber wenn Sie sagen, Herr Kienscherf, Sie machen sich für die ambulanten Dienste stark, dann wundert mich das ein bisschen. Gerade der Bundesverband Privater Anbieter, der alle ambulanten Dienste vertritt, setzt sich vehement gegen diese Ausbildungsplatzumlage ein. Das ist erstaunlich, weil die SPD-Fraktion immer meint, am Nabel der Welt zu sein. Die Träger fordern stattdessen eine Förderung von Ausbildungsverbünden, damit sich im ambulanten Ausbildungsbereich Verbesserungen ergeben.

Ich will an dieser Stelle gar nicht in eine fachpolitische Diskussion für das Für und Wider dieser verschiedenen Modelle einsteigen – ich denke, das machen wir später im Ausschuss –, aber wir müssen uns die Situation in der Altenpflege angucken. Da stimme ich Ihnen zu.

Aus diesem Grunde überweisen wir den SPD-Antrag an den Sozialausschuss. Das fiel uns wirklich nicht leicht. Ich hatte eben das Gefühl, Herr von Frankenberg hätte es auch gern noch weiter ausgeführt, denn Ihr Antrag, Herr Kienscherf wimmelt wieder von zahlreichen Behauptungen, die entweder falsch sind oder ohne irgendeine Begründung daherkommen.

Ich will als Beispiel eine Behauptung der SPD anführen. Sie sagen, es fehlten berufsbegleitende Aufstiegsqualifizierungen von der Pflegeassistent zur Fachkraft. Das ist kompletter Unsinn, Herr Kienscherf. Die Konzepte dafür sind 2008 in der BSB verabschiedet und sowohl die Grone-Schule als auch die HSB setzen sie in die Praxis um.

(*Barbara Ahrons CDU*: Genau!)

Mir scheint, dass Sie nicht immer auf dem neuesten Stand sind, aber das macht nichts, deshalb reden wir darüber.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Gut, dass Sie die Weisheit mit Löffeln gegessen haben!)

Ich kann Ihnen noch mehr Punkte nennen. Es gibt zum Beispiel die Kritik von Herrn Kienscherf, nach

(Christiane Blömeke)

der zweijährigen Ausbildung würden zu wenig Menschen die Weiterqualifizierung nutzen, um dann wirklich examinierte Fachkraft zu werden. Herr Kienscherf, die zweijährige Ausbildung – das hatte Herr von Frankenberg gesagt – ist erst 2006 eingeführt worden. Für eine Evaluation ist es jetzt viel zu früh. Selbstverständlich wird evaluiert, aber erst nach dem dritten oder nach dem fünften Ausbildungsjahrgang. Das ist eine gängige Art und Weise. Jetzt schon zu sagen, das passiert alles nicht, viel zu wenig Menschen qualifizieren sich weiter, ist eher ein typischer Kienscherf, als dass es Fakten sind.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich schließe mich natürlich den Ausführungen von Herrn von Frankenberg an. Ich finde, Sie sollten jetzt einmal zufrieden sein. Der Antrag kommt in den Ausschuss.

(*Michael Neumann SPD*: Danke! Das ist so großzügig und das von einer Grünen!)

Das ist uns nicht leichtgefallen. Wir werden – das ist im Sinne aller – zur Frage, was braucht Hamburg, um wirklich ausreichend Kräfte zu qualifizieren und um die Ausbildung voranzutreiben, eine Expertenanhörung durchführen. Sie können Ihre Experten benennen, wir werden es tun. Im Anschluss sind wir vielleicht alle ein bisschen schlauer und kommen nicht mit einem Antrag daher, der vielleicht nur eine Lösung ist, der dann holterdiepolter mit Fingerzeig abgestimmt werden soll und der vielleicht für einige ins Verderben führt. Herr Kienscherf, ich hätte von Ihnen ein bisschen mehr Differenzierung erwartet.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Schneider.

(*Michael Neumann SPD*: Warten Sie mal ab, in drei Jahren müssen Sie da auch klatschen!)

Christiane Schneider DIE LINKE:* Ich vertrete meine Kollegin Kersten Artus, die leider kurzfristig erkrankt ist.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Alterspflege ist eine der wichtigsten Zukunftspflege in dieser Gesellschaft. Dieses Problem hat viele Facetten und der Antrag der SPD spricht ein wesentliches Feld an. Wie immer im Einzelnen die Alterspflege in Zukunft organisiert werden wird – es müssen viele Probleme bedacht werden –, eines ist klar, ohne ausreichendes Personal und ohne gut qualifiziertes, motiviertes und entsprechend gut bezahltes Personal wird es keine angemessene Lösung geben können. Genau hier liegt das Problem. Ich bin verwundert, dass sowohl die CDU als auch die SPD bestreiten, dass es hier Probleme

gibt. Ich habe mich schlaugemacht und bin unter anderem durch die ver.di-Tagung "Pflege ist mehr wert" auf eine ganze Menge Probleme gestoßen.

Die körperlichen und psychischen Belastungen der Beschäftigten sind extrem hoch, doch die ruinöse Konkurrenz – das ist ein wichtiger Punkt – in der Altenpflege führt dazu, dass gerade Einrichtungen im ambulanten Bereich die Personalkosten drücken, wo sie können, auch drücken müssen, wo sie können, beispielsweise am Personal sparen, nicht nach Tarif zahlen, statt Fachkräften Hilfskräfte beschäftigen und nicht ausbilden. Auch das hängt leider damit zusammen. Insbesondere von Herrn Kienscherf ist gesagt worden, dass die ambulante Pflege ganz wesentlich nach Gesetzen des Marktes erfolgt. Weil, anders als in der stationären Pflege, Ausbildung in ambulanten Pflegeeinrichtungen nicht über Pflegesätze refinanziert wird, müssen ausbildende Einrichtungen höhere Preise für ihre Pflegedienstleistungen in Rechnung stellen. Damit haben sie in der Situation eines hohen Konkurrenzdrucks einen erheblichen Konkurrenznachteil. Die Forderungen im Antrag der SPD helfen, diesem Konkurrenzdruck, der zum Nachteil der Pflegebedürftigen sowie der Beschäftigten geht, wenigstens etwas zu mildern.

Ich will kurz die Dimension des Problems umreißen. In Hamburg leben rund 41 400 pflegebedürftige Menschen, von denen knapp ein Drittel, nämlich gut 13 100, in Heimen und betreuten Wohngruppen und Wohnheimen untergebracht ist.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Das können Sie alles im Ausschuss besprechen!)

28 300 Menschen werden zu Hause gepflegt. Davon wird die Hälfte dieser Gruppe von ambulanten Pflegediensten unterstützt.

Wenn also ein so großer Bereich der Altenpflege – mehr als ein Drittel wird also durch die ambulanten Pflegeeinrichtungen abgedeckt – nicht ausgebildet, dann hat das schon jetzt und erst recht für die Zukunft dramatische Folgen. Wir sind dazu da, um diesen Folgen vorzubeugen.

Wir sind der Auffassung, dass der Gesellschaftsvertrag zwischen Menschen mit mehr und Menschen mit weniger Sorgebedarf angesichts der vielfältigen Probleme, die jetzt gar nicht thematisiert werden können, erneuert werden muss. Dazu gehört auch und nicht zuletzt, dass Beruf und Ausbildung im Pflegebereich gesellschaftlich und finanziell aufgewertet werden müssen.

In diesem Sinne finden wir in dem SPD-Antrag gute Forderungen und wir unterstützen die Überweisung an den Ausschuss. Ich habe mit Freude gehört, dass eine Expertenanhörung stattfinden soll. Ich glaube, dass man damit den Problemen näher rücken wird und vielleicht zu weiteren Lösungen kommen kann. Ich bin gespannt auf das, was dann die Koalitionsparteien sagen werden. – Danke.

(Christiane Schneider)

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kienscherf.

Dirk Kienscherf SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will es ganz kurz machen. Frau Blömeke, der Sozialsenator hat neulich gesagt, jetzt habe er langsam die Faxen dicke. Ich fand das ungehörig, aber in bestimmten Situationen kann man ihn verstehen. So geht es mir jetzt bei Ihnen. Das Bild von Parlamentarismus, das Sie zeigen, oder das Selbstverständnis, das Sie an den Tag legen, ist wirklich erschütternd.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE)

Erst einmal warte ich oder vielleicht die ganze Stadt seit Monaten auf einen Pflegeantrag der GAL. Sie sagen, unser Antrag sei hoppla hopp geschrieben worden und solle nun verabschiedet werden. Lesen Sie ihn doch erst einmal. Wir haben einen Antrag eingebracht, um diese Diskussion voranzutreiben, aber wir haben gleichzeitig auch einen Überweisungsantrag gestellt. Wir wollen, dass das Thema Pflege im Sozialausschuss vorangetrieben wird, vor dem Hintergrund der augenblicklichen Probleme und nicht aus Barmherzigkeit der GAL-Fraktion. Deswegen haben wir diesen Antrag eingebracht, Frau Blömeke.

(Beifall bei der SPD und Heiterkeit bei der CDU)

Sie meckern bei jedem Antrag,

(Zurufe von der GAL und der CDU)

sodass ich mich immer frage, warum Sie nicht selbst einen Antrag einbringen. Zwischenfragen nehmen Sie auch nicht an. Sie sagen, was heutzutage ist, ist alles kein Problem, alles ist wunderbar, außer dass zum Beispiel im Marienkrankenhaus der Pflegedienst eingestellt werden musste, weil es keine Fachkräfte mehr gibt, außer dass die anderen Träger, beispielsweise die Diakonie und die AWO, erhebliche Probleme haben, Fachkräfte zu bekommen. Wenn wir einen Antrag einbringen, dann können Sie von mir aus gern einen Ergänzungsantrag stellen. Machen Sie das doch, Frau Blömeke, handeln Sie endlich einmal, anstatt hier immer solche Reden zu halten. Das ist wirklich unerträglich.

(Beifall bei der SPD)

Zum ersten Mal gibt es in dieser Stadt eine schwarz-grüne Koalition und noch nie sind so wenig Anträge an den Sozialausschuss überwiesen worden. Dafür tragen Sie die Verantwortung, meine Damen und Herren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/1114 an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss zu, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren angenommen worden.

Wir kommen zum Punkt 12 der Tagesordnung, der Senatsmitteilung: Bericht zum Verkauf von städtischen Grundstücken für den Geschosswohnungsbau.

**[Senatsmitteilung:
Bericht zum Verkauf von städtischen Grundstücken für den Geschosswohnungsbau
– Drs 19/1048 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen.

Mir ist mitgeteilt worden, dass auf eine Debatte verzichtet wird.

Deshalb kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/1048 an den Stadtentwicklungsausschuss zu, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist diese Überweisung angenommen.

Wir kommen zum Punkt 5 der Tagesordnung, den Drucksachen 19/1087, 19/1088 und 19/1089, den Berichten des Eingabenausschusses.

[Gemeinsame Beratung

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/1087 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/1088 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/1089 –]**

Ich beginne mit dem Bericht 19/1087. Zunächst zu Ziffer 1. Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Die in Ziffer 2 erbetene Kenntnisnahme ist erfolgt.

Wir kommen zum Bericht 19/1088. Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 556/08 abgegeben hat, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe!

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden)

– Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich angenommen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich angenommen.

Es würde uns hier oben helfen, wenn sich mehr Abgeordnete an der Abstimmung beteiligen würden. Dann wäre das ein bisschen eindeutiger.

Im Übrigen hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Schließlich zum Bericht 19/1089. Zunächst zu Ziffer 1. Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Die in Ziffer 2 erbetene Kenntnisnahme ist erfolgt.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung unter B an, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Wer schließt sich dem Verlangen auf Besprechung nach Paragraph 20 Absatz 2 Satz 5 unserer Geschäftsordnung unter C an, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig angenommen worden.

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf, die Große Anfrage der SPD-Fraktion: Mittelverwendung der Ausgleichsabgabe für Schwerbehinderte in Hamburg

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Mittelverwendung der Ausgleichsabgabe für
Schwerbehinderte in Hamburg
– Drs 19/599 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage Drucksache 19/599 ohne Besprechung Kenntnis genommen hat.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 9 auf, die Große Anfrage der SPD-Fraktion: Erkenntnisse aus dem „Jahresbericht 2007 der bezirklichen Jugendämter zum Kinderschutz“: Situation der Allgemeinen Sozialen Dienste sowie Leistungen der bezirklichen Jugendämter.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Erkenntnisse aus dem „Jahresbericht 2007 der
bezirklichen Jugendämter zum Kinderschutz“:
Situation der Allgemeinen Sozialen Dienste
(ASD) sowie Leistungen der bezirklichen Ju-
gendämter
– Drs 19/946 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wird Besprechung beantragt? – Das ist der Fall. Dann wird die Besprechung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Wir kommen zu Punkt 11a der Tagesordnung, Senatsantrag: Entwurf eines Gesetzes zur Gewährung einer Einmalzahlung für das Jahr 2008.

**[Senatsantrag:
Entwurf eines Gesetzes zur Gewährung einer
Einmalzahlung für das Jahr 2008
– Drs 19/1146 –]**

Wer möchte das Gesetz über die Gewährung einer Einmalzahlung für das Jahr 2008 aus Drucksache 19/1146 beschließen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Es bedarf einer Zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen Zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in Erster Lesung beschlossene Gesetz in Zweiter Lesung beschließen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Ent-

* Siehe Anlage, Seite 667

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden)

haltungen? – Das ist damit in Zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe Punkt 16 der Tagesordnung auf, den Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/895: Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetzes.

**[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/895:
Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetzes (Senatsantrag)
– Drs 19/1051 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/1192 ein gemeinsamer Antrag von GAL- und CDU-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktionen der GAL und CDU:
Viertes Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetzes
– Drs 19/1192 –]**

Über diesen lasse ich zuerst abstimmen. Wer möchte diesen Antrag annehmen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Nun zum Bericht des Haushaltsausschusses aus Drucksache 19/1051. Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen und das Vierte Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetzes aus Drucksache 19/895 mit der soeben beschlossenen Änderung beschließen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist wiederum einstimmig angenommen.

Es bedarf einer Zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen Zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in Erster Lesung beschlossene Gesetz auch in Zweiter Lesung beschließen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist in Zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe Punkt 18 der Tagesordnung auf, den Bericht des Haushaltsausschusses: Entwurf eines

Gesetzes über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern für das Kalenderjahr 2008.

**[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/744:
Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern für das Kalenderjahr 2008 (Senatsantrag)
– Drs 19/1090 –]**

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen und das Gesetz über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern für das Kalenderjahr 2008 aus Drucksache 19/744 beschließen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Es bedarf einer Zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen Zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in Erster Lesung beschlossene Gesetz auch in Zweiter Lesung beschließen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist somit auch in Zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 20, dem Bericht des Umweltausschusses: Artenschutz am Gebäude: Ein Platz für den Spatz!

**[Bericht des Umweltausschusses über die Drucksache 19/590:
Artenschutz am Gebäude: Ein Platz für den Spatz! (Antrag der SPD-Fraktion)
– Drs 19/1085 –]**

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 23 auf, den Bericht des Schulausschusses: Volkspetition "Wiederherstellung der Lernmittelfreiheit"

**[Bericht des Schulausschusses über die Drucksache 19/12:
Volkspetition "Wiederherstellung der Lernmittelfreiheit" (Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft)
– Drs 19/1119 –]**

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden)

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE einstimmig angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 27 auf, den Antrag der SPD-Fraktion: Explodierende Energiekosten für Geringverdiener auffangen – Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Explodierende Energiekosten für Geringverdiener auffangen – Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger
– Drs 19/1116 –]**

Wer möchte diesem Antrag zustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Punkt 28, Antrag der CDU-Fraktion: Verwendung der Mittel aus der Tronc-Abgabe des Jahres 2007, Haushaltsplan 2008, Titel 9500.971.01.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Verwendung der Mittel aus der Tronc-Abgabe des Jahres 2007, Haushaltsplan 2008, Titel 9500.971.01
– Drs 19/1117 (2. Neufassung) –]**

Die Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss überweisen.

Der Abgeordnete Dr. Martin Schäfer hat mir mitteilen lassen, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/1117 in der zweiten Neufassung federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss zu, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt worden.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den CDU-Antrag aus Drucksache 19/1117 in der zweiten Neufassung annehmen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit bei Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE angenommen worden.

Es bedarf einer Zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen Zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will den soeben in Erster Lesung gefassten Beschluss in Zweiter Lesung fassen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist damit in Zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir sind am Ende der Tagesordnung. Ich wünsche Ihnen einen schönen Nachhauseweg.

Ende: 19.09 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Kersten Artus, Wolfgang Joithe - von Krosigk, Birgit Stöver, Carola Thimm, Karin Timmermann, Carola Veit und Andreas Waldowsky

Anlage**Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO****für die Sitzung der Bürgerschaft am 1. Oktober 2008****A. Kenntnisnahmen**

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
13	1083	17. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) vom 31. August bis 2. September 2008 in Visby, Schweden
14	1104	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 07.05.2008 Drs. 19/138 – Bericht des Eingabenausschusses
17	1084	Bericht des Haushaltsausschusses
22	1096	Bericht des Stadtentwicklungsausschusses

B. Einvernehmliche Ausschussempfehlung

TOP	Drs.-Nr.	Ausschuss	Gegenstand
15	1050	Verfassungs- und Bezirksausschuss	– Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen – Initiative für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren! – – NPD-Verbot weiter vorantreiben

C. Einvernehmliches Verlangen auf Besprechung nach § 20 Abs. 2 Satz 5 GO

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
7	848	Bilanz der Polizeirechtsnovelle drei Jahre nach Inkrafttreten